

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Ich danke Ihnen sehr dafür, daß Sie sich zu unserem 23. Gespräch eingefunden haben, dessen Thema eine notwendige Ausweitung unserer bisherigen Fragestellung darstellt. Ich freue mich, daß wir als Referenten die Herren Professor Schelsky und Dr. Lohmar begrüßen können. Ihre Thesen werden wir unter der Leitung von Professor Becker diskutieren. Allen drei Herren sind wir für ihre Bereitschaft sehr zu Dank verpflichtet.

Unser heutiges Thema ist so formuliert, daß es im Diskussionsansatz keine Mißverständnisse geben sollte. Es handelt sich um Verständigung und Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik im überaus kompliziert gewordenen politischen Alltag unserer heutigen Demokratie.

Wir befassen uns in Bergedorf in erster Linie mit den uns allen gegenwärtigen realen Faktoren unserer Gesellschaft und nicht mit ideologischen Streitsituationen; wir meinen also sozusagen zunächst die Physik unserer Demokratie und nicht ihre Metaphysik. Mit dieser Äußerung wollen wir aber nur davor warnen, komplizierte Zusammenhänge übertrieben vereinfacht zu sehen.

Die vorliegende Problemstellung bedrängt ältere und jüngere Demokratien seit langem. Sie wird jedoch in unserer Gesellschaft ungenügend präzise diskutiert und die Verständigung über die notwendigen Voraussetzungen immer wieder verschleppt. Die dynamische Entwicklung seit 1945 - wir denken dabei besonders an unsere innergesellschaftlichen Wandlungen und an den Stand der Integrationsprozesse innerhalb der größeren politischen und wirtschaftlichen Bezugssysteme, in denen wir unseren Platz haben - setzt die zeitbedingte Kooperation zwischen den wissenschaftlichen Experten und den Politikern voraus, wenn sie sich - gleich, wo sie stehen - in der heutigen Deutung ihrer Funktion als "decision makers" verstehen.

Wir haben in letzter Zeit eine Reihe von Situationen erlebt, die im Rahmen zeitgenössischer parteipolitischer Auseinandersetzungen unvorbereitet anmuteten. Ich denke dabei nicht zuletzt an die Werbekampagne, in der die großen Parteien als überzeugende Wahlargumente ihre professoralen "brains trusts" herausstellten - ein bemerkenswertes Moment, wenn man an die 48. Sitzung des 2. Deutschen Bundestages erinnert, in der der Satz fiel: "Wir lassen uns auch nicht durch größeren Fachverstand von unserer politischen Richtung abbringen."

Sicher darf die Karte der Wissenschaft nirgendwo doktrinär ausgespielt werden. So wie der Wissenschaftler seiner politischen Verantwortung nicht mehr ausweichen kann und als Berater im weiten Bereich der politischen Praxis auf diese Verantwortung aufmerksam gemacht werden muß, sollte umgekehrt aber auch der mit wissenschaftlicher Information politisch Handelnde in seiner Arbeit unausweichliche Folgerungen aus den irreversibel veränderten Situationen ziehen.

Der zeitgenössische Ansatz für ein sinnvolles Zusammenspiel in den Arbeitsfeldern unserer Gesellschaft setzt einen sicheren Überblick über die Bereiche voraus, innerhalb derer wir uns bewegen. Eine auch nur ungefähre Bestandsaufnahme zeigt, wie weit die in unserem Thema enthaltenen Fragen reichen. Sie zeigt aber auch, welches Ausmaß die neuen, unsicher geübten Spielregeln und die unabgesicherten Abhängigkeiten in unserer wissenschaftlichen Zivilisation erreicht haben, ohne daß eine generelle Verständigung über das jeweilige Bezugssystem ersichtlich wäre.

Politik ist ein Vielfältiges, gerade in bezug auf die Wissenschaft; und Wissenschaft ist nur zu leicht voll politischer Mißverständnisse für die Wissenschaftler selbst und für viele, die auf sie in ihren notwendigerweise verschiedenen Umsetzformen angewiesen sind. Da wir genügend von den Spannungen zwischen Politik und Wissenschaft wissen, müssen wir uns gesellschaftlich darüber verständigen, welche Verantwortung die einander konfrontierten Bereiche tragen. Jeder versteht seinen Arbeitsbereich innerhalb einer spezifischen Eigengesetzlichkeit. Wenn der gesellschaftliche und damit auch der politische Bezug geklärt wird und Einverständnis darüber herrscht, wenn unmißverständlich definiert und die einzelne Legitimation anerkannt wird, so müßte die Zusammenarbeit fruchtbar werden.

Es handelt sich heute abend also um ein spezifisches Gespräch über einen Aspekt des rationalen Funktionierens unserer zeitgenössischen heutigen und morgigen politischen Demokratie und darum, taugliche Formen für die wissenschaftliche Beratung in den verschiedenen Bereichen der politischen Praxis zu finden.

Darf ich Sie nun bitten, sehr verehrter Herr Schelsky, mit Ihren Ausführungen zu beginnen.

Schelsky

Ich habe die Aufgabe, unser heutiges Gespräch einzuleiten, will jedoch nur Diskussionsthesen aufstellen, selber vielfach fragen und wenig antworten.

Das Thema heißt "Wissenschaftliche Experten und politische Praxis - das Problem der Zusammenarbeit in der heutigen Demokratie". Die Demokratie werde ich nicht unmittelbar behandeln, sondern sozusagen als Schwänzchen wieder anhängen; denn die Probleme, die ich aufwerfen werde, sind doch wohl in entwickelten demokratischen und nicht-demokratischen Staaten nahezu gleich.

Bei der Herausarbeitung des Themas will ich mich zunächst des negativen Weges bedienen und vorschlagen, worüber wir nicht reden sollten. Erstens sollte es für uns eine Selbstverständlichkeit sein, daß Politik heute wissenschaftliche Beratung braucht. In einer wissenschaftlichen Zivilisation werden alle belangvollen Vorgänge des gesellschaftlichen Lebens mehr und mehr von wissenschaftlich erkannten Sachgesetzmäßigkeiten beherrscht, die wissenschaftlichmethodisch gesteuert werden müssen. Daß also "die Schranken zwischen Macht und Geist langsam fallen", wie "Die Welt" neulich einen Beitrag meines Kollegen Hans Paul Bahrdt rückständig überschrieben hat, diese Erkenntnis sollten wir hier voraussetzen. Im übrigen würde eine solche Diskussion nur auf eine Polemik der Wissenschaftsintellektuellen für ihre Bedeutsamkeit hinauslaufen - ein "Anliegen", das wie alle Anliegen immer ein Plädoyer der Machtbehauptung und Machterweiterung darstellt. Außerdem wird darüber in zahllosen Veröffentlichungen und Tagungen geredet und geschwätzt.

Lassen Sie uns, zweitens, auch nicht davon sprechen, ob bestimmte Wissenschaftsformen und -disziplinen zur wissenschaftlichen Beratung der Politik besonders geeignet oder notwendig seien und welche Forderungen von dort her für die wissenschaftliche Beratungstätigkeit gestellt werden müßten. Es sollte uns also nicht die Frage beschäftigen, ob kybernetische Planung, elektronische Entscheidungshilfen, operation research, Modell- und Entscheidungstheorien und so weiter die unentbehrlichen, optimalen wissenschaftlichen Beratungsmittel sind, was von ihnen zu erhoffen ist und was nur illusionär vorgegaukelt wird. Ich würde vielmehr einmal voraussetzen, daß auch so veraltenden Wissenschaften wie die Jurisprudenz, die Soziologie oder die nicht in Modell- und Entscheidungstheorien denkende Ökonomie noch zu wissenschaftlicher Beratung fähig sind. Ich würde dies deswegen ausklammern, weil wir sonst ein Gespräch nur unter Wissenschaftlern führen würden. Wir kämen dann auf eine Diskussion des Handlungsbegriffes, der den verschiedenen Wissenschaften unterliegt, auf ideologische Wissenschaftspositionen und so weiter, brächten aber die Zusammenführung von Praxis und Expertenerfahrung nicht zustande.

Ich schlage vor, daß wir uns mit folgender Problematik auseinandersetzen: Wir sollten die Wirklichkeit der vor allem bei uns in Westdeutschland bestehenden Kooperationsformen zwischen Wissenschaft und politischer Praxis ins Auge fassen, sie auf ihre Zweckmäßigkeit hin prüfen und von dieser Erörterung aus einige allgemeine Regeln, Forderungen, Grundsätze für die Kooperation von wissenschaftlichen Experten und politischen Praktikern aufzustellen versuchen.

Es besteht bereits eine ausgedehnte Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis, selbst wenn wir nur die Formen der Beratung, Begutachtung und so weiter betrachten, in denen eine autonom institutionalisierte Wissenschaft oder deren Mitglieder - Hochschulen, wissenschaftliche Institute mit öffentlicher oder gemeinnütziger Trägerschaft und deren einzelne Vertreter, also meistens Professoren - tätig sind. Unter politischer Praxis verstehe ich dabei, weit gefaßt: Regierungen, Parteien, Ministerien, Behörden, Kommunen, Kirchen, Gewerkschaften, Rundfunk, Fernsehen und anderes mehr, aber auch supranationale Behörden, wirtschaftliche Großbetriebe und Unternehmen, in denen die gleichen Probleme auftauchen. Von der Tätigkeit der Wissenschaftler in diesen Organisationen selbst, von betriebseigenen oder ministerieneigenen Forschungsinstituten sehe ich also ab und frage nach dem Verhältnis von institutionell autonomer Wissenschaft zu politischer Praxis.

Auf diesem Gebiet existiert eine Fülle von Kooperationsformen: wissenschaftliche Beiräte, gemischte Beiräte von Wissenschaftlern und Politikern oder Wissenschaftlern und Interessenvertretern bei den Ministerien; Wissenschafts- und Bildungsräte, Deutscher Rat für Landespflege, offizielle Gutachterausschüsse, zum Beispiel für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, für wirtschaftliche Konzentration, für das Verhältnis Rundfunk und Presse sowie öffentliches oder privates Fernsehen. Man gibt Auftragsuntersuchungen an fast alle Institute, an alle willigen Gelehrten. Wir haben vermeintlich öffentliche, aber durch Finanzierung in Wirklichkeit an die Praxis gebundene Forschungs-, zum Teil sogar Hochschulinstitute. Wir haben Gutachteraufträge en masse, Beratungsverträge mit Instituten und mit einzelnen Gelehrten, wissenschaftliche Gesellschaften, die sich berechtigt fühlen, Politiker und Regierungen zu beraten. Es finden Tagungen der kirchlichen, gewerkschaftlichen oder

sonstigen Akademien statt, die Politiker und Wissenschaftler zu Aussprachen und Beratungen zusammenführen. Schließlich sitzen Wissenschaftler in den Beratungs- und Entscheidungsgremien der politischen Organisationen selber, sei es der Parlamente, Regierungen, Parteivorstände, Kirche, wirken dort als Wissenschaftler und wollen als solche anerkannt werden.

Hat dieses - ich wage nicht zu sagen: System;- , hat dieses Bündel von Kooperationsbezügen eigentlich irgendwelche Gesetzmäßigkeiten? Und zwar erstens im rein strukturellen Sinne: Haben sich also wenigstens gewisse ständig wiederkehrende Handlungs- und Erwartungsformen zwischen wissenschaftlichen Experten und politischen Praktikern herausgebildet, was wir Soziologen ein bestirntes Rollenverhalten und bestimmte gegenseitige Rollenerwartungen nennen? Zweitens aber auch Gesetzmäßigkeiten in einem engeren, normativen Sinne, daß nämlich beide Teile dieser Kooperation ihre Handlungen nach vorgegebenen und gegenseitig anerkannten Normen, zum Beispiel berufsethischen Normen, politischen Grundnormen und so weiter, ausrichten? Sind sich die Partner über das, was der eine beim anderen jeweils voraussetzt, überhaupt im klaren und einig? Sind die Kooperationsformen, etwa das Beiratssystem, die öffentlichen Gutachten oder die Auftragsuntersuchungen, für die damit angestrebten Ziele optimal? Welche Spannungen, Schwierigkeiten, Fehlleistungen, Frustrationen und Enttäuschungen tauchen regelmäßig in diesem Verhältnis auf, und worin sind sie begründet? Kann der Wissenschaftler seine wissenschaftliche Expertentätigkeit außerhalb rein wissenschaftlicher Institutionen noch unter den verfassungsrechtlichen Schutz der Wissenschaft stellen, und unter welchen Bedingungen kann er ihn in Anspruch nehmen?

Oder wenn die Wissenschaft in ihre autonomen Institutionen Expertenaufträge von außenstehenden Auftraggebern hineinnimmt, etwa von politischen Instanzen, die in gewissem Sinne immer parteiisch sind: Wie weit wird damit die geistige, rechtliche, berufsethische Grundlage dieser wissenschaftlichen Institutionen ausgehöhlt?

An diese Fragen will ich etwas konkreter heranzuführen, um daraus einige grundsätzliche Folgerungen zu ziehen. Es geht also um die gegenwärtigen Formen der Kooperation von Wissenschaft und Politik, um ihre Analyse und Kritik und die aus dieser empirischen Betrachtung entspringenden grundsätzlichen Forderungen.

Im Verhältnis zwischen wissenschaftlichen Experten und politischen Praktikern lassen sich vier Stufen der Kooperation unterscheiden, die jede ihre eigene Problematik hat. Die erste würde ich "Auftrag" nennen, die zweite "Information", nach beiden Seiten gedacht, die dritte "Transformation", eine häufig gar nicht gesehene Sache, und die vierte "Verwirklichung". Allerdings werde ich aus Zeitgründen nur den ersten Problemkreis systematisch untersuchen.

Zunächst soll also das Auftragsproblem erörtert werden, und zwar erstens die Frage der Annahme oder Ablehnung eines Auftrages. Wann kann ein Wissenschaftler einen Auftrag zur Beratung, Untersuchung, Begutachtung als wissenschaftlich erfüllbar annehmen? Wann müßte oder muß er ihn als wissenschaftlich nicht erfüllbar ablehnen? Sollte der Wissenschaftler, der von einer autonomen wissenschaftlichen Institution getragen wird, etwa von der Universität, vom Max-Planck-Institut und so weiter, nicht die Ziele des geplanten und beratenen Handlungsprozesses irgendwie mitbestimmen können, wenn er zur Beratung aufgefordert wird? Oder müßte er sich nicht wenigstens mit den betreffenden Zielen identifizieren beziehungsweise diese einer normativen Kontrolle unterwerfen? Das wird schon fraglich.

Identifikation oder normative Zustimmung ist problemlos, wenn es sich jeweils um politisch, sozial und ethisch eindeutige Projekte, um Handlungen zum Gemeinwohl, handelt. Aber genügt Identifikation und normative Zustimmung, wenn man einem Parteivorhaben als wissenschaftlicher Experte dient? Ist zum Beispiel der Gutachter bei der EWG in Brüssel, der von der Kommission bestimmt wurde, in der gleichen Position wie der von einer Landesregierung, etwa der Bundesregierung, eingesetzte oder der von einem Industrieverband beauftragte? Stehen sie wissenschaftlich vor der gleichen Aufgabe, oder haben sie unterschiedliche Parteibindungen zu berücksichtigen? Wie weit schlägt ihr gemeinsamer wissenschaftlicher Auftrag eigentlich durch und zu Buche? Sind also Gutachter, die von Parteien benannt werden, völlig frei und wissenschaftlich objektiv, zumal wenn sie sich mit den Parteizielen identifizieren? Können bei wissenschaftlicher Beratung die Ziele als gegeben hingenommen werden, wobei man lediglich ihre Legalität prüft und dann anwaltlich eine reine Mittelanalyse für vorgegebene, nicht kritisierte, nicht überprüfte Zwecke erfolgt? Dabei können durchaus die negativen Nebenwirkungen und Gefährdungen aufgedeckt werden.

Auch da gilt es, noch eine Differenzierung zu beachten. Die reine Mittelanalyse kann einmal bei gegebenen Zwecken als interne, geheime Expertenanalyse für den Auftraggeber durchgeführt werden. Diesem wird also alles Negative gesagt. Weil aber die Untersuchungsergebnisse geheim

bleiben, behält er die Freiheit, seine Ziele zu ändern, seine Mittel gemäß dem Gutachten zu wählen oder nicht. Anders liegen die Dinge, wenn das wissenschaftliche Gutachten gar nicht zur Entscheidungsberatung des Auftraggebers, sondern nur als anwaltlich wissenschaftliches Beweis- und Begründungsmittel vor anderen wissenschaftsgläubigen Instanzen dienen soll. In diesem Fall handelt es sich um ein Parteiengutachten öffentlicher Art.

Die Wissenschaft macht sich heute bei der Übernahme von Expertenaufträgen über diese verschiedenen Konstellationen kaum Gedanken. Dabei ist je nach der Auftragsform die wissenschaftliche Untersuchung sehr unterschiedlich frei. Ich würde deshalb vorschlagen, in Zukunft die verschiedenen wissenschaftlichen Aufträge durch Kategorisierung der Gutachtertätigkeit öffentlich zu kennzeichnen. So sollte man zum Beispiel erstens zwischen freien wissenschaftlichen Gutachten im öffentlichen und im Parteiauftrag unterscheiden. In beiden Fällen kann der Gutachter zu den Zielen Stellung nehmen und ist nicht einfach an vorgegebene Planungen gebunden. Zweitens sollte man unterscheiden zwischen anwaltlichen wissenschaftlichen Gutachten zum internen Gebrauch des Auftraggebers - das ist die interne Expertenanalyse - und solchen zum Gebrauch als Beweismittel - das ist das Parteiengutachten, wie wir es heute verstehen. Diese Fragen müßten einmal von Juristen geprüft werden; denn für die unklare Situation hinsichtlich der Nebentätigkeit der Professoren, für die Situation der Institute, die sich alle wissenschaftlich schlechthin nennen, ist es gar nicht so unwichtig, ob ein Industrieverband oder etwa die Max-Planck-Gesellschaft Träger ist. Das ist für die Freiheiten bedeutsam, die der Gutachter gegenüber dem Auftraggeber rechtlich fordern kann und sollte.

Ein weiterer Punkt innerhalb der Auftragsproblematik ist die Frage nach den Zielen des Auftraggebers. Wozu geben politische Praktiker oder die politischen Instanzen überhaupt Beratungs- und Untersuchungsaufträge an die Wissenschaften? Wird von der Wissenschaft wirklich nur primär die Erforschung der Sachgesetzmäßigkeiten, des Entscheidungsfeldes erwartet, und leistet sie das? Ich will auf diese Frage mit einer Kasuistik von Erwartungen, die an die Wissenschaft herankommen, antworten.

Erstens gibt es zweifellos die echte Ziel-Mittel-Analyse, das heißt die Erforschung der Zielsetzungen und der Mittelhandlungen auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnis der Sachgesetzmäßigkeiten. Das wird von der Praxis gefordert, wenn sie einer Situation gegenüber ratlos und unsicher ist, was häufig vorkommt. Das ist die echte Entscheidungsberatung, die echte wissenschaftliche Information.

Zweitens gibt es eine reine Mittelanalyse bei bereits gefallenem Ziel-, ja häufig genug auch Mittelentscheidungen parteilicher Art. Es müssen zum Beispiel die Interessen eines Wirtschaftsverbandes, die Programmatik einer Partei, Gewerkschafts- oder Landwirtschaftsinteressen vertreten werden, die angemessen wissenschaftlich durchgesetzt werden sollen. Das ist strategische Beratung.

Drittens erwartet die Praxis gar keine Beratung, sondern Beweismittel. Hier wird das Gutachten im Grunde genommen als Argumentation benutzt. Für bereits erfolgte Entscheidungen und Handlungswege etwa müssen wissenschaftliche Rationalitäten nachgeliefert werden; oder man fordert eine genau verpaßte Ideologie, mit der man sich öffentlich interpretieren kann. Das ist der Argumentationsauftrag. Mitunter wird noch nicht einmal das Argument, sondern nur die Wissenschaft als solche aus Prestige Gründen in die Waagschale geworfen. Ein Professor hat das und das gesagt. Das würde ich die Feigenblattfunktion der Wissenschaft nennen.

Viertens werden zur Ausfüllung von Kompetenzlücken oder auch nur aus Kompetenz- und Verantwortungsfurcht erst einmal wissenschaftliche Kommissionen, wissenschaftliche Beiräte eingesetzt. Bobby Todd hat einst gesungen: "Wenn die Gefühle fehlen, stellt sich zur rechten Zeit ein Schlager ein." Das kann man hier variieren: Wo Kompetenzmut fehlt, also politische Verantwortung s- und Führungsscheu herrscht, stellt sich zur rechten Zeit ein Beirat ein. Dieser Zustand ist in hohem Maße typisch für die westdeutsche Funktion der Wissenschaft, da die organisatorischen Kompetenzlücken und die politische Führungsscheu in unserem Lande besonders ausgeprägt sind. Hier übt die Wissenschaft eine Lückenbüßerfunktion aus, worüber sie sich häufig gar nicht im klaren ist.

Davon ist, fünftens, die Funktion der Neutralisierung zu unterscheiden. Eine Frage wird politisch neutralisiert, indem man sie, wenn nicht an die Justiz, dann an die Wissenschaft abschiebt. Häufig ist das der Grund für sogenannte überparteiliche Enquetenaufträge an Wirtschaftsgremien. Ich habe selbst an mehreren mitgearbeitet. Zum Beispiel wurde vom Bundesarbeitsministerium vor längerer Zeit für die Neuabgrenzung von Angestellten und Arbeitern eine gemischte Kommission gebildet, bestehend aus Wissenschaftlern und Interessenvertretern, also Gewerkschaftlern und Vertretern des Arbeitgeberverbandes. In Wirklichkeit wurde hier versucht, eine arbeitsrechtlich damals aktuelle Frage, die nicht zu lösen war, einfach über die Wissenschaft zu neutralisieren. Natürlich scheiterte das

Vorhaben. Herr Koch wird uns vielleicht nachher sagen, ob nicht der Sachverständigenbeirat mit der Erstellung von Gutachten der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auch eine Neutralisierungsfunktion ausübt. Das läßt sich vielfach - etwa bei der Sozialenquete - auch an der Besetzung feststellen. Will man jedoch eine politische Frage mit Hilfe der Wissenschaft neutralisieren, besteht die Gegentendenz sofort in der Politisierung der Wissenschaft, also der betreffenden Gremien.

Sechstens dient die Wissenschaft als Grundlage, Politik zu treiben. Entweder benutzt ein Wissenschaftler sein Institut oder seine wissenschaftliche Produktion, um politische Ziele zu verfolgen, oder aber ein Praktiker schafft sich eine wissenschaftliche Position, um mit dieser getarnt seine Politik besser durchsetzen zu können. Das ist der unmittelbare politische Einsatz der Wissenschaft.

Diese sechs Absichten - vielleicht hätte ich noch die Dekorfunktion der Wissenschaften aufführen sollen - gehen ineinander über und sind nicht immer klar erkennbar. Im Sinne naiver Wissenschaftsgläubigkeit kann jedoch nur in den beiden ersten Fällen von wirklicher Experten- und Beratungstätigkeit die Rede sein. In allen anderen Punkten wird die Wissenschaft oder der Wissenschaftler mittelbar oder unmittelbar politisch eingesetzt, und häufig ist er sich dieses Einsatzes gar nicht bewußt. Diese politischen Funktionen kann der Wissenschaftler keineswegs immer aus seinen wissenschaftlichen Einsichten und Methoden ableiten und begründen. Hier "fallen die Schranken zwischen Geist und Macht" in dem fatalen Sinne, daß Macht als Geist maskiert wird und Geist in Wirklichkeit Macht anstrebt.

Wie steht es nun mit dem Auftragnehmer? Hält die Wissenschaft, was sie verspricht? Sicherlich dort, wo sie wirklich Entscheidungsfelder erforscht und Sachgesetzmäßigkeiten aufzeigt, die den beratenen Stellen nicht bekannt sind. Ich möchte aber hier deutlich machen, in welchem Maße die Wissenschaft gegenüber diesen Aufgaben versagt oder sie unter andere Ziele stellt als die der echten Beratung und Expertise. Leider sind hier von den vielen eingeladenen Auftraggebern nur sehr wenige erschienen, das heißt Vertreter der Behörden und derjenigen Stellen, die Beratungs- und Untersuchungsaufträge vergeben. Deshalb muß ich selbst einmal kritisch gegen die Wissenschaft sprechen.

Erstens gibt es in der Wissenschaft, in diesem ganzen Untersuchungs- und Expertenwesen, so etwas wie eine Untersuchungs- und Auftragsschnorrerei. Es werden Gelder von Ministerien, Behörden, Kommunen, Stiftungen erbettelt - beantragt, wollte ich sagen;- , indem eine unmittelbare Praxisbezogenheit der Forschung behauptet wird. Das ist gängige Masche. In Wirklichkeit geht es etwa um die Etatisierung eines Institutsbetriebes, um Verfügungsgelder für längst aus eigenen Interessen festgelegte Forschungen, die anders nicht mehr weiterfinanziert werden können. Derartige Vorhaben lassen keine regulierende Bindung an die Bedürfnisse der Praxis mehr erkennen. Man nützt vielmehr aktuelle Themen zu Finanzierungsgewinnen der "autonomen" Wissenschaft aus. Ich schätze, daß diese Art behördenfinanzierter Untersuchungen, die keine echten Beziehungen zur Praxis haben, heute mindestens 50 Prozent ausmachen. Es gibt Modethemen, die sich für solche "Wissenschaftsförderung" besonders eignen; in meinem Fachgebiet ist zum Beispiel zur Zeit die Untersuchung über Gastarbeiter aktuell.

Das Zweite ist die Frage des Richtungsgutachtens: Man erhält Beratungs- und Gutachteraufträge, weil man - das heißt entweder das ganze Institut oder der einzelne Wissenschaftler - als Vertreter einer politischen und wissenschaftlichen Lehrmeinung bekannt ist. Die Praxis, die sich der wissenschaftlichen Objektivierung, Beratung, Information bedient, kann dabei sicher sein, daß sie den Auftrag zwar an einen anerkannten Gelehrten gibt, das Gutachten aber in ihrer Richtung liegt. Das hat nichts mit Bestechung zu tun; man muß sich nur die Richtigen aussuchen, übrigens wird das dann unter Wissenschaftlern positiv als "Engagement" gewertet, über die Auswirkung dieses praktischen Engagements auf ihre wissenschaftliche Urteilsfähigkeit und Urteilshaltung wird in der Wissenschaft sehr viel geschwiegen. Stark praxisbezogene Disziplinen, Institute, Wissenschaftler mit ausgedehnter Expertentätigkeit sind fast immer richtungsmäßig vorbestimmt, zuweilen vorfinanziert, was viel interessanter ist als die unmittelbare Finanzierung eines Gutachtens. Die Balance-Akte zwischen der Wahrung des Ansehens als objektiver Wissenschaftler und als richtungsverlässlicher Gutachter sind häufig wahrzunehmende Schaustellungen auf dem Theater der deutschen Wissenschaften. Dazu gehören die Probleme der offenen Parteizugehörigkeit eines Wissenschaftlers, der Förderervereine, die eindeutig von einer bestimmten Interessengruppe getragen werden und offiziell die Wissenschaft fördern, der öffentlich festgelegten politischen Überzeugungen durch Aufrufe und Deklamationen, aber auch so seltsame private Dinge wie Besitz- und Einkommensverflechtungen von Wissenschaftlern und Auftraggebern.

Drittens erwähne ich die Kritik der fachlichen Leistungsunzulänglichkeiten wissenschaftlicher Forschungsinstitute gegenüber den Ansprüchen der Praxis. Hans Paul Bahrdt hat mit seinen Mitarbeitern gerade eine Untersuchung darüber durchgeführt, wie die Behörden über Beiräte und

wissenschaftliche Experten denken. Darin wird deutlich, daß sie sich allmählich enttäuscht von den Beiräten abwenden und es für vernünftiger und rationaler halten, sich an Auftragsinstitute zu wenden, die merkantil, das heißt gegen ein bestimmtes Entgelt, arbeiten. Dort kann man nämlich auch verlangen, daß das beantwortet wird, was man gefragt hat. Das ist bei Wissenschaftlern durchaus nicht immer der Fall. Sobald diese ein Problem haben, setzen sie es in längere Forschungen um. Meistens ist dann die aktuelle Frage, um die es ging, bereits zwei Jahre veraltet, wenn die Antwort in Form eines dickeren Buches gegeben wird. Es werden dabei oft die Fragestellungen verändert; außerdem hat man keinen Nerv für die springenden praktischen Punkte, oder die Leistungskraft wurde einfach überschätzt. So erhalten die Sozialforschungsinstitute zum Beispiel verschiedene Anfragen von der Regierung: Könnt Ihr nicht diese oder jene Frage untersuchen? Wir können aber nicht in einem oder eineinhalb Jahren eine Forschungsserie vorlegen, etwa über die Alterssozialfürsorge. Eine solche Untersuchung wurde durchgeführt; sie dauerte acht Jahre, und da war das Problem abgeklungen. Worauf ist diese Situation zurückzuführen? In den reinen Forschungsinstituten sind die Problemfelder auf längere Zeit festgelegt; wir sind gar nicht disponibel genug für die Fragen der Praxis. Ein Auftragsforschungsinstitut dagegen muß sich disponibel erhalten und auf die Praxis eingehen: Termin ist Termin, sonst wird nur die Hälfte bezahlt. Das kann man keineswegs mit den "autonomen" Wissenschaftlern machen: Wie empört würden die sein, wenn Termine eingehalten werden sollten.

Der nächste Punkt betrifft die verschiedenen Formen der Kooperation, die jeweils unterschiedliche Rollenansprüche an den Wissenschaftler stellen. Sie sollten systematisch auf ihre strukturellen Gefahren und ihren möglichen Nutzeffekt hin untersucht werden. Dazu möchte ich den Versuch einer Formtypologie vorlegen: Erstens offizielle, dauernde wissenschaftliche Beiräte, und zwar einmal nur von Wissenschaftlern besetzt und zum anderen mit gemischten Besetzungen. Zweitens ad-hoc-Ausschüsse zu einem Problem, die nach Beendigung der Untersuchung wieder aufgelöst werden. Drittens Einzelgutachteraufträge; viertens Auftragsuntersuchungen und -erhebungen; fünftens Dauerzusammenarbeit mit einem Forschungsinstitut; sechstens mündliche, informelle Einzel- oder Dauerberatung. Schließlich gibt es noch wissenschaftliche Tagungen und so weiter. Gebräuchlich sind bei uns die ersten vier Formen: Beiräte, ad-hoc-Ausschüsse, Einzelgutachten, Auftragsuntersuchungen. Schon die Dauerzusammenarbeit mit einem Einzelinstitut besteht nur in sehr seltenen Fällen, und die Dauerberatung informeller Art ist - zumindest in Westdeutschland - relativ unentwickelt. In diesen zuletzt genannten Kooperationsformen liegen nach meiner Meinung noch Möglichkeiten, die bisher nicht ausgeschöpft wurden.

Ich will im folgenden auf die einzelnen Kriterien eingehen, und zwar erstens auf die gemischten oder nur von Wissenschaftlern besetzten Ausschüsse. Zur Zeit wird in Amerika über diese joint commissions diskutiert. Ich selbst halte die Mischung zwischen Wissenschaftlern und Auftragsvertretern, also Praktikern, für richtig. Wenn nämlich der Wissenschaftler an einem Gutachtenauftrag eine Zeitlang allein gearbeitet hat, sollte er mit der Verwaltungs- und Politikerfahrung der Praktiker konfrontiert und gezwungen werden, zu den an ihn gerichteten Fragen Stellung zu nehmen. Man muß ihm aber zunächst Zeit lassen, seine Methoden anzuwenden, um für sich selbst Klarheit zu schaffen.

Oft treffen wir aber eine Mischung zwischen Interessenvertretung und Wissenschaftler an, also zwischen Lobby und Wissenschaft, wobei die Lobby nicht selten mit Professorentitel auftritt. Eine solche Mischung ist deshalb unergiebig, weil jedes wissenschaftliche Argument durch vested interests praktisch lahmgelegt wird. Ich erwähnte vorhin den Nipperdey-Ausschuß, der mit der Neuabgrenzung von Arbeitern und Angestellten befaßt war. Die Untersuchung ging aus wie das Hornberger Schießen; denn die Angestelltengewerkschaft und der DGB waren hinsichtlich ihrer Mitglieder festgelegt und hatten gar keine Möglichkeit, diese umzudirigieren, was sofort erfolgt wäre, wenn man die rechtlichen Abgrenzungen anders gelöst hätte. Ich habe eineinhalb Jahre dem Beirat im Familienministerium angehört. Als die Wissenschaftler berufen wurden, gab es noch keine Interessenvertreter auf diesem Gebiet. Darauf förderte das Ministerium die Entstehung von Familienverbänden und finanzierte ihre Arbeit; damit konnten deren Beauftragte im wissenschaftlichen Beirat des Ministeriums "Interessen vertreten". Die Beratungen zwischen Wissenschaftlern und Verbandsexperten in einer Kommission halte ich grundsätzlich für unergiebig.

Becker

Vielen Dank, Herr Schelsky. Man wird Ihrem Referat zweifellos zugestehen, daß es genügend Stoff zur Diskussion enthält. Wir sollten aber zunächst Herrn Lohmar hören, um dann beide Referate zu diskutieren.

Lohmar

Von Carlo Schmid stammt der Satz: Politiker sollen sich vornehmen, Notwendiges möglich zu machen. Was aber notwendig ist, bleibt umstritten. Schon bei dem Bestreben, für die Bestimmung des Notwendigen verlässliche Maßstäbe und Auskünfte zu erhalten, sollte der Politiker die Beratung durch den wissenschaftlichen Experten suchen.

Wissenschaftler haben jedoch - jedenfalls aus der Perspektive des Politikers - ein unterschiedlich ausgeprägtes Verständnis für die Belange der Politik. Ein die Republik der Gelehrten durchdringendes Verstehen der Wechselwirkungen zwischen Politik und Wissenschaft mag eine Aufgabe der Wissenschaft sein; eine Realität ist sie noch nicht. Soweit Wissenschaftler überhaupt eine ideologische, rationale oder berufliche Nähe zur Politik und ihren Problemen finden, bleibt ihre Beziehung dazu nach meinem Eindruck auch dann meistens komplex und kompliziert.

Nur selten mögen sich Wissenschaftler zu uneingeschränkter Mitarbeit in der Politik entschließen, vor allem nicht im Gehege der Parteien. Das gilt insbesondere für Naturwissenschaftler und Techniker. Es ist kein Zufall, daß sich unter unseren elf Kultusministern nur einer findet, der den Naturwissenschaften enger verbunden ist, als es ein interessierter Laie zu sein vermag. Im Bundestag, in den höheren Rängen der Bonner Ministerialbürokratie oder gar in den Landtagen gibt es kaum Naturwissenschaftler oder Techniker. Dies ist einer der wesentlichen Gründe für die Diskrepanz zwischen den Leitbildern der politischen Führung und den strukturellen Planungsaufgaben in Wirtschaft und Gesellschaft, die sich aus der Interdependenz von naturwissenschaftlicher Forschung, technologischer Entwicklung und soziologischer, beziehungsweise ökonomischer Wandlung entwickelt hat.

Der Wissenschaftler nun orientiert sich erstens an den Maßstäben der Objektivität und der Sachgerechtigkeit. Objektivität will er in der Forschung, Sachgerechtigkeit in den Folgerungen erreichen, die er aus den Resultaten der Forschung zieht. Den meisten Wissenschaftlern ist dabei klar, daß die Forschung und die Interpretation ihrer Resultate ungeachtet dieser Grundhaltung in engem Zusammenhang mit geprägten Wertentscheidungen und -haltungen des Wissenschaftlers stehen.

Zweitens möchte der Wissenschaftler gegenüber der Politik neutral bleiben. Das hängt mit seinem Willen zur Objektivität und zur Sachgerechtigkeit zusammen. Die Folge davon ist die Abneigung der großen Mehrheit der Wissenschaftler, sich zum Beispiel einer politischen Partei anzuschließen. Ob diese Abstinenz die politische Einflußmöglichkeit der Wissenschaftler mindert, ist eine andere Frage. Unsere Parteien neigen im allgemeinen dazu, den Rat des Wissenschaftlers, den sie zu ihrem politischen Freundeskreis zählen dürfen, mit größerer Aufmerksamkeit zu bedenken als das Votum eines neutralen Fachmannes.

Wenige Ausnahmen bestätigen diese Regel: Wenn jemand in der Hierarchie der wissenschaftlichen Welt eine der oberen Sprossen der Leiter erreicht hat, gilt sein Wort relativ unabhängig von Grad oder Art seines politischen Engagements und der politischen Relevanz, die eine solche Äußerung jeweils haben mag, insbesondere dann, wenn es von Nobelpreisträgern, Präsidenten von Wissenschaftsorganisationen oder Rektoren deutscher Universitäten gesprochen wird.

Drittens aber liegt dem Wissenschaftler, der sich mit der Politik einläßt - unabhängig von seinem Streben nach Objektivität, Sachgerechtigkeit und Neutralität;-, an der Möglichkeit, die Entscheidungen der Politiker nachhaltig zu beeinflussen. Das mag zunächst als Ausdruck einer widersprüchlichen Haltung erscheinen, aber vom Wissenschaftler her gesehen, ist dieser Widerspruch nicht oder nur begrenzt vorhanden. Er vertraut den Maßstäben der Objektivität und der Sachgerechtigkeit so sehr, daß er selbstverständlich erwartet, aus einem sachlichen Votum müßten sich angemessene politische Folgerungen ergeben. Dies kann sich - wie das Beispiel des Sachverständigenrates, der die wirtschaftliche Entwicklung zu begutachten hat, eindringlich zeigte - gelegentlich als ein Irrtum erweisen.

Anders steht es um die Erwartungshaltung der Politiker. Sie wissen oder vermuten doch, daß sie in der Analyse von Sachverhalten, den daraus zu entwickelnden Prognosen und Trendbeobachtungen und in den methodischen Fragen der Politik auf den Rat wissenschaftlicher Experten angewiesen sind oder ihnen dieser Rat doch nützlich sein kann. Ein begrenzter wissenschaftlicher Informationshorizont macht es den Politikern aber gelegentlich schwer, Fragen und Antworten im Gespräch mit der Wissenschaft so zu formulieren und auszuwerten, daß daraus eine brauchbare Politikberatung wird. Sie vertrauen der Sachautorität des Wissenschaftlers hier mehr und dort weniger, im ganzen aber recht weitgehend. Zudem ist ihnen das Sozialprestige nicht unangenehm, das der enge Kontakt mit

Wissenschaftlern mit sich bringt, denn der deutsche Professor steht an der Spitze der Skala der sozialen Einschätzung von Berufen.

Gemeinsam ist Wissenschaftlern und Politikern, wenn auch natürlich nicht allen, die Neugier. Gehen wir einmal davon aus, Wissenschaft sei methodisch qualifizierte Neugier. Beim Politiker ist diese Neugier nicht in wissenschaftlicher Weise, sondern auf seine politische Art methodisch qualifiziert. Der Politiker denkt in Aufgaben, der Wissenschaftler in Problemen. Das unterscheidet beide in ihrem Denkstil und in ihrer jeweils spezifischen Tätigkeit. Daraus ergibt sich ein Übersetzungsproblem besonderer Art von beiden Seiten aus und nach beiden Seiten hin.

Der Entschluß des Politikers, sich einer Beratung in systematischer Weise zu versichern, hängt allerdings in seiner Tragfähigkeit von einer Vorentscheidung ab. Wissenschaftliche Beratung konzentriert sich auf die Analyse von Sachverhalten, auf Prognosen und Trendbeobachtungen sowie auf methodische Auskünfte an die Politiker, wie ein bestimmtes politisches Ziel am besten erreicht werden könne. Das wird gelegentlich mißverstanden. In einem Kreis höherer, in ihrem Informationsradius keineswegs begrenzter Ministerialbeamter in Bonn sagte man mir unlängst, die Politik brauche keine weitergehende Beratung durch die Wissenschaft, sie habe schon mehr als genug davon und könne nicht mehr viel damit anfangen. Auf meine etwas erstaunte Gegenfrage, welche Art von Politikberatung die Herren denn meinten, erfuhr ich, daß sie den Einfluß der Meinungsforschung auf die Politik für ein Übel hielten. Damit haben sie sicher nicht unrecht, aber ich war doch etwas betroffen von dem verengten Verständnis der Möglichkeiten, die sich einer Politikberatung aufzutun können.

Politikberatung setzt den Entschluß der politischen Führung zu unvoreingenommener Tatbestandsaufnahme und zu langfristiger Disposition voraus - jedenfalls dann, wenn solche Beratung zu nennenswerten politischen Folgerungen führen soll. Nun ist Ludwig Erhard nicht Berthold Beitz, aber die konkreten Möglichkeiten, die Führung der Bundesrepublik etwa analog der Führung eines großen Unternehmens - systematisch zu beraten, sind an die Bereitschaft des Regierungschefs, Planung nicht nur emotional zu werten, gebunden. Hier in nächster Zukunft auf eine Änderung zu hoffen, wäre natürlich vermessen, aber es bleibt dennoch nützlich, sich Gedanken über das Problem zu machen, überdies wäre es ungerecht, den Regierungschef allein für die unzulängliche Art des Zusammenwirkens der politischen Führung mit der Wissenschaft verantwortlich zu machen. Die Ministerialbürokratie, auch auf den oberen Rängen, hat sich einen do-it-yourself-Stil angewöhnt, oder - besser gesagt - sie hat ihn beibehalten. Die Beratung der Bürokratie in Bonn wird, soweit sich die Beamten nicht selbst beraten, von den Experten der Verbände innerhalb und außerhalb des Parlaments besorgt. Dem Bundestag gehören immerhin 30 Prozent Geschäftsführer von Verbänden an, die als Experten mit zum Teil wissenschaftlicher Ausbildung jedenfalls Hochschulabschluß - in einem spezifischen Sinn darum bemüht sind, die Regierungsmaschine vom Parlament aus zu steuern.

Der statistische Überblick über die Beteiligung von Professoren an der Beratung der Bundesregierung scheint diese skeptischen Anmerkungen zunächst zu relativieren. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat herausgefunden, daß mehr als 800 Hochschullehrer gelegentlich oder ständig zu den Beratern der Bundesregierung gehören. Das ist etwa jeder siebente ordentliche Professor. Nicht wenige von ihnen finden wir in sechs, acht, zehn oder mehr Beratungsgremien der Bundesregierung. Die vielfältigen Resultate dieser Beratung werden jedoch innerhalb der Regierung nirgendwo koordinierend gesichtet, geprüft und ausgewertet. Die Beratung vollzieht sich in unterschiedlichen Formen, zum Beispiel in Gutachten zu speziellen Problemen und auf besondere Anforderung hin. Daneben gibt es die Beiräte verschiedener Bundesministerien, deren Geschäftsordnungen übrigens sehr unterschiedlich sind. Einige Beiräte können auf Grund ihrer Geschäftsordnung unabhängig vom Minister darüber entscheiden, welche Probleme sie untersuchen und in welcher Form sie ihre Einsichten und Ansichten publizieren wollen. Ein Beispiel dafür ist der Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums. Auch seine Ratschläge sind keineswegs immer wirkungsvoll gewesen, aber sie wurden wenigstens öffentlich bekannt. Der Jugendbericht der Bundesregierung stellt eine begrenztere Form der Beratung dar. Er wurde in seiner ursprünglichen Fassung gar nicht erst veröffentlicht, weil der zuständige Bundesminister sich der Analyse und den Folgerungen der von ihm zur Mitarbeit aufgeforderten Wissenschaftler nicht anschließen mochte und deshalb eine redigierte Fassung des Wissenschaftler-Reports veröffentlichte. Das ist nicht nur eine Stilfrage, sondern ein wichtiges Sachproblem in der Zusammenarbeit von politischer Führung und wissenschaftlichen Beratern. Aus dem Bereich des Verteidigungsministeriums könnte man ähnliche Beispiele nennen, wenn der dichte Verhau von Geheimvorschriften es nicht geraten erscheinen ließe, darüber lediglich diese allgemeine Bemerkung zu machen.

Nun müssen sich Politiker und Wissenschaftler auch im Detail genauer über die wechselseitig gegebenen Möglichkeiten des Zusammenwirkens klar werden. Politiker folgen nicht stets und

selbstverständlich der vermeintlichen Sachlogik wissenschaftlicher Ratgeber. So könnte, um ein Beispiel zu nennen, das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung zwar eine Berechnung darüber vorlegen, was die Einführung von konfessionellen Mittelpunktschulen oder die Bevorzugung von Gemeinschaftsschulen den Steuerzahler kosten würde. Da die Staatsfinanzen in einem desolaten Zustand sind, hätte ein solcher Kostenvergleich möglicherweise sogar eine gewisse politische Wirkung. Aber die Entscheidung des Politikers darüber, welchen Typ von Schulen man bevorzugen will, hängt - wie in diesem so auch in vielen anderen Fällen - nicht allein von der Beratungschance des Wissenschaftlers ab. Diese Entscheidung ist oft mit politischen und weltanschaulichen Wertvorstellungen so eng verbunden, daß dahinter Sachauskünfte der Wissenschaftler zurücktreten.

Lassen Sie mich noch ein anderes Beispiel anführen. Vor Jahren hatte die Bundesregierung die Idee, sie bedürfe für ihre Ostpolitik einer genauen wissenschaftlichen Durchleuchtung der ideologischen und strukturellen Entwicklung in den kommunistischen Staaten. Die Osteuropa-Institute unserer Universitäten kamen nach Meinung der Bundesregierung konkret: des Auswärtigen Amtes - für diese Politikberatung nur begrenzt in Betracht. So entschloß man sich dazu, ein eigenes Institut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus zu gründen, dessen enge und unmittelbare Kontaktpflege mit der Bundesregierung gesichert wurde. Die Entscheidung darüber, welche Problemstellungen die Kommunismusforschung sich überhaupt vornehmen soll, ging damit im Zweifelsfall auf das Auswärtige Amt über. Da das Echo meistens der Frage entspricht, bewältigen die wissenschaftlichen Berater hier nur eine im engeren Sinne subsidiäre Aufgabe.

In welcher Weise aber sollen sich Politik und Wissenschaft in ihren Beziehungen sachgerecht begreifen? Was bedeutet für die Politikberatung etwa die Aussage unserer Verfassung, Forschung und Lehre seien frei? Die politische Führung hat sich in den bisher bevorzugten Formen der Politikberatung häufig damit begnügt, beratende Wissenschaftler von vornherein in eine enge Affinität zu den Intentionen des politischen Fragestellers zu bringen. Das begrenzt die Möglichkeiten einer vorurteilsfreien Analyse und Beratung in vielen Fällen außerordentlich.

Andererseits verstehen manche Wissenschaftler unter der Freiheit der Forschung nicht nur den legitimen Anspruch, in der Auswahl der Forschungsmethoden unabhängig zu sein und die Resultate ihrer Arbeiten öffentlich zur Debatte zu stellen. Sie meinen gelegentlich auch, daß die Wissenschaftler allein und von sich aus über die Problemstellungen entscheiden müßten, die im Hinblick auf die Politikberatung einer wissenschaftlichen Untersuchung bedürfen. Das halte ich für eine einseitige Interpretation. Selbstverständlich muß der Wissenschaftler gegenüber dem Politiker das Recht haben, die Mitarbeit an einem Forschungsprojekt zu verweigern, das der Wissenschaftler aus sachlichen Gründen für unergiebig hält oder das er aus politischen oder moralischen Gründen nicht mitverantworten möchte. Aber in der Praxis hat sich aus dem unterschiedlichen Verständnis der Freiheit der Forschung auf Seiten der Politiker und der Wissenschaftler ein Zustand entwickelt, der wohlverwogene Erwartungen beider Partner nicht erfüllt. Die Politiker erhalten bei einer ihnen Institutionen allzu eng zugeordneten Form der Beratung vielfach Auskünfte, die lediglich ihre vorgefaßten Meinungen bestätigen.

Eine von den Sorgen und Problemen der Politik kaum berührte Forschung an Hochschulen und Instituten verfehlt ihrerseits oft das Ziel, Entscheidungen der Politik rechtzeitig beeinflussen zu können, weil ihre Fragestellungen mit den Sachaufgaben der Politik in der jeweiligen Entscheidungssituation nicht in Kontext stehen. Dieser Dualismus ist nur durch die Bereitschaft der Politiker und Wissenschaftler zu überwinden, den Forschern die Freiheit der methodischen Anlage und der publizistischen Vertretung ihrer Ergebnisse zu belassen, sich andererseits aber über die Problemstellung, soweit sie die Politikberatung berührt, inhaltlich rechtzeitig zu verständigen.

Dafür gibt es Möglichkeiten innerhalb der bestehenden Wissenschaftsorganisationen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft beispielsweise sieht in ihrer Aufgabenstellung eine wenn auch nicht näher präzierte Politikberatung vor. Die Max-Planck-Gesellschaft würde sich unschwer einer solchen Kooperation zuordnen lassen, und in der Hochschulforschung schließlich könnte man in der Westdeutschen Rektorenkonferenz, wenn man sie etwas ausbauen würde, ein weiteres Gremium finden, das Gesprächspartner für die Politik wäre.

Wir haben in dem speziellen Bereich der Wissenschafts- und Bildungspolitik ja schon zwei Institutionen, die sich der Politikberatung widmen. Der Wissenschaftsrat hat mehrfach gesagt, was er in der Wissenschaftspolitik zu tun für vordringlich hält, wobei man sich über die sachliche Qualität streiten kann. Der Bildungsrat schickt sich an, ähnliches für das Bildungswesen vorzuschlagen.

Die Wissenschaft in ihren heutigen internen Kommunikationsformen ist allerdings den Aufgaben einer systematischen, Erfolg versprechenden Politikberatung nicht voll gewachsen. Sie hat die

methodischen Voraussetzungen dafür bisher durchweg nicht schaffen können. Ansätze dazu gibt es in der Systemforschung und in der etwas unpräzise so genannten Zukunftsforschung.

Die Systemforschung sucht nach Möglichkeiten der methodischen und terminologischen Verständigung über die Grenzen der Disziplinen hinweg. Sie bemüht sich des weiteren um eine Übersetzung wissenschaftlicher Sprache und Resultate in die Problemstellung und das Vorstellungsvermögen der Politik und umgekehrt. Drittens will sie die öffentliche Meinung als Partner in diesen Dialog zwischen Wissenschaftlern und Politikern einbeziehen.

Die Zukunftsforschung, soweit man schon davon sprechen kann, ist darum bemüht, mögliche Alternativen für die politische Führung nicht ins Uferlose zu vermehren, sondern brauchbare Alternativen zu selektieren. Inwieweit sich Ansätze zu einer Planungswissenschaft daraus entwickeln lassen, ist noch nicht zu übersehen und hängt wohl vom Verständnis der Politiker für solche Möglichkeiten ebenso ab wie von der Qualität und der Zahl der Wissenschaftler, die sich mit solchen Dingen beschäftigen.

Noch eines scheint mir wichtig zu sein. Die Diskussion über die prinzipiell unterschiedlichen Ausgangspositionen von Politikern und Wissenschaftlern ließe sich entkrampfen, wenn man die Zusammenarbeit beider in einer zweigleisigen Weise begreifen und gestalten würde. Was Wissenschaftler unabhängig von den Fragen, die die Politik an sie richtet, diskutieren, erforschen und publizieren, sollte in seiner politischen Bedeutung von der Staatsführung kritisch gesichtet und gewürdigt werden. Umgekehrt muß die politische Führung die Möglichkeit haben, der Wissenschaft ihre eigenen Probleme mit Aussicht auf Untersuchung nahezubringen.

Der Bundeskanzler brauchte eine Art Clearingstelle für die Sichtung und Auswertung der Resultate, die sich aus dem Dialog von Politik und Wissenschaft ergeben. Ob eine solche Institution im Bundeskanzleramt oder im Wissenschaftsministerium ihren bürokratischen Ort findet, mag eine Frage sein, die im Zusammenhang mit dem Gewicht und Verständnis handelnder Politiker entschieden werden kann. In einer solchen Clearingstelle benötigten wir den Typ eines Wissenschaftsmanagers, wie Hans Paul Bahrdt ihn einmal genannt hat, der sowohl die Problemstellungen der Politik übersieht und einordnen kann als auch über einen qualifizierten Überblick und Einblick in den Stand der Diskussion beziehungsweise Forschung in den Disziplinen der Wissenschaften verfügt. Auf eine solche Berufslaufbahn bereitet unser Ausbildungssystem niemanden vor. Dennoch gibt es sicher ein gutes Dutzend Personen, die man dafür gewinnen könnte und sollte. Der Rat des Präsidenten des Bundesrechnungshofes an die Bundesregierung in seinem diesjährigen Bericht, in Zukunft mehr auf die Qualität leitender Beamter zu achten als auf die Vermehrung der Planstellen und deren Anhebung im Bundestag, bekommt hier eine aktuelle Chance.

Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Politikern ist aber nicht nur eine Frage vernünftig zugeordneter Institutionen. Sie ist zugleich von der Atmosphäre bestimmt, in der sich Wissenschaftler und Politiker begegnen. Tagten unsere Bundesregierung und unser Parlament nicht in Bonn, sondern in Berlin, dann könnte man das allmähliche Entstehen eines Klubs von Wissenschaftlern, Politikern, hohen Beamten, Wirtschaftlern und Journalisten erhoffen. In Bonn sind die Voraussetzungen dafür kaum besonders gut zu nennen. Aber warum sollten sich solche offenen Gesprächsgremien als Ergänzung zu den erforderlichen institutionellen Bahnen nicht in mehreren Städten unseres Landes bilden? Warum sollten wir aus der oft beklagten Not des Föderalismus nicht einmal eine Tugend machen? Schließlich haben wir ja neben der richtigen, der heimlichen und der provisorischen Hauptstadt noch neun weitere Landesmetropolen.

Die Arbeitsteiligkeit, dies ist meine letzte Anmerkung, ist das gemeinsame Los der Politiker und der Wissenschaftler. Nicht nur der Politiker, sondern auch der Wissenschaftler ist auf die methodische, sachliche und gelegentlich auch moralische Verlässlichkeit seines Nachbarn angewiesen - des benachbarten Experten also;-, wenn er sich äußert und handelt. Wir vermögen dieser Arbeitsteilung dadurch eine sinnvolle Chance abzugewinnen, daß wir die Enge unseres jeweiligen fachlichen Wirkungsbereichs nicht als Grenze empfinden, sondern offen bleiben, darüber hinauszusehen und zu handeln. Die Integration der wissenschaftlichen Forschung, der wissenschaftlichen und politischen Einsichten und der politischen Entschlüsse ist eine Aufgabe, die Politiker und Wissenschaftler verbinden kann.

Dabei werden beide Partner kaum neue utopische Landschaften für die Politik erschließen. Es wird mehr Kärnerarbeit zu leisten sein. Aber schon Gottfried Keller hat uns ja darauf aufmerksam gemacht, daß der letzte Sieg der Freiheit trocken sein werde.

Becker

Angesichts der Fülle der angeschnittenen Probleme läge es nahe, die einzelnen praktischen Punkte des Referats von Herrn Schelsky zu diskutieren. Jeder von uns könnte sicherlich viel dazu sagen.

Eine andere Möglichkeit wäre, bestimmte, noch ungeklärte Fragen herauszuheben, etwa: Wie ist das Verhältnis von Theorie und Praxis? Was bedeutet "Öffentlichkeit" im Zusammenhang mit unserem Thema? Wie stellt sich das Verhältnis zwischen Experte und politischer Praxis auf dem Hintergrund einer parlamentarischen Demokratie und ihres Entscheidungsvorganges dar?

Seeger

Was die Frage des Verhältnisses zwischen Experte und Politiker angeht, liegt der entscheidende Unterschied in ihrer Aufgabenstellung. Der Politiker soll handeln, der Experte soll erkennen. Der Politiker findet sich einem komplexen Sachverhalt gegenüber und soll eine Entscheidung nach der Maxime des Gemeinwohls treffen. Der Experte dagegen hat eine wissenschaftliche Vor- oder Teilfrage gutachtlich zu beantworten; sie muß keine naturwissenschaftlich-kausale, sondern kann auch eine teleologische Frage sein.

Dabei tritt das Problem der Grenzüberschreitung des Experten auf, der wissenschaftliche Erkenntnisse vermitteln, sich aber nicht zur politischen Entscheidung als solcher äußern und selbst Politik treiben soll. Es wäre falsch, wollte der Politiker dem Sachverständigen politische Fragen etwa in dem Sinne stellen: "Welche Politik soll ich wählen?"

Die Gründe für Grenzüberschreitungen liegen einmal beim Sachverständigen. Er wird oft dazu verleitet, weil die politischen Entscheidungen häufig mit seinen sachlichen Erkenntnissen eng zusammenhängen. Dabei läuft er Gefahr, den größeren Bewertungszusammenhang zu übersehen, denn es sind ja noch andere Gesichtspunkte, wie zum Beispiel verfassungsrechtliche, verfassungspolitische, haushaltsrechtliche sowie Fragen der Rangfolge, zu berücksichtigen. Er wird zwar nur nach einem seine Wissenschaft berührenden Teilproblem gefragt, aber die Neigung, in die politische Argumentation überzugreifen, ist auch bei den besten Sachverständigen ziemlich verbreitet. Von Politik glaubt eben jeder etwas zu verstehen.

Andererseits ist vielfach auch der Politiker für Übergriffe des Sachverständigen verantwortlich. Oft möchte er sich angesichts einer verwirrenden Interessenlage von einer objektiven Instanz beraten lassen. Bei starken Widerständen gegen seine politischen Absichten will er sich wissenschaftlich absichern und der eigenen politischen Entscheidung einen sachlichen Mantel umhängen. Manchmal sucht er auch schlechthin nach dem Stein der Weisen, nach dem Rezept.

Entscheidend ist, daß dem Sachverständigen vom Politiker die richtigen Fragen gestellt werden. Auch ein Computer, der falsch programmiert ist, kann nur Unsinn von sich geben. Ich lege deshalb so großen Wert auf die richtige Fragestellung, weil man sehr wohl auch in einer äußeren Form antworten kann, die so aussieht, als werde hier zur Politik Stellung genommen. Im Gutachten der Träger-Kommission zur Finanzreform finden Sie zum Beispiel formulierte Gesetzesvorschläge. Das sieht nach einem Übergriff aus. Ich halte sie aber durchaus für zulässig, weil man sich nicht anders verständlich machen kann. Die Träger-Kommission ist sich bewußt gewesen, daß sie keine politische, sondern eine Sachverständigenaufgabe hatte. Die Formulierung von Paragraphen sollte besagen, daß sich ihre Vorschläge durch solche Verfassungsnormen verwirklichen lassen könnten.

Das Problem der unterschiedlichen Aufgabenstellung des Politikers und des Sachverständigen ist mir aus der Justiz vertraut. Der Richter hat ein Urteil zu sprechen. Er muß den Sachverhalt feststellen und über Schuld und Strafmaß im Strafrecht oder über eine Rechtsfolge im Zivilrecht befinden. Er braucht einen Sachverständigen, wenn zur Feststellung des Sachverhalts eine wissenschaftliche Erkenntnis notwendig ist. Er wird aber den Sachverständigen niemals fragen, ob der Angeklagte schuldig oder ob der Beklagte schadenersatzpflichtig sei. Er würde damit seinerseits die Grenze überschreiten und den Sachverständigen zu einer Grenzüberschreitung veranlassen.

Schelsky

Aber wie verhält es sich zum Beispiel bei der Beurteilung der Unzurechnungsfähigkeit in Strafprozessen? Der Richter kann doch nur noch vollziehen, was der Psychiater über das Ausmaß der Zurechnungsfähigkeit erkennt. Wer spricht denn da in Wirklichkeit das Urteil?

Seeger

Das ist deshalb nicht richtig, Herr Schelsky, weil der Sachverständige seine Erkenntnis dem Richter niemals oktroyieren darf. Vielmehr soll er die Überzeugung des Gerichts gewinnen, das für das Urteil verantwortlich bleibt. Bei unserem Thema liegt also die Parallele zur Gerichtsbarkeit nahe. Gute

Sachverständige versuchen, aus ihrer Sprache heraus das Problem der Übersetzung zu lösen und dem Richter oder dem Politiker verständlich zu machen, was sie meinen.

Becker

Die den Ausführungen von Herrn Seeger zugrunde liegende Gegenüberstellung von Handeln und Erkennen bedarf noch einer weiteren Reflexion. Es ist zum Beispiel fraglich, ob die Relativitätstheorie in der Physik nur eine Erkenntnis und ob der parlamentarische Antrag des Politikers bereits eine Handlung ist.

Daß Gericht und Sachverständige sich häufig nicht verstehen und daß Richter sich in ihrer Entscheidungsfreudigkeit vor dem Sachverständigen teilweise resigniert zurückhalten, ruft in der Tat durchaus analoge Probleme zu unseren heutigen Erörterungen auf.

Preuss

Ich glaube, Herr Becker, dieser Vergleich ist insofern nicht ganz richtig, als die Tätigkeit des Gutachters im Prozeß nicht dazu beitragen soll, neue Erkenntnisse zu vermitteln, wie es für die Wissenschaft bestimmend ist. Vielmehr wird vor Gericht versucht, Sachverhalte, die dem Juristen unbekannt sind, unter Normen zu subsumieren. Die Gutachtertätigkeit ist hier also prinzipiell geschlossen, nämlich ein Akt der Subsumtion eines gesellschaftlichen Sachverhaltes unter Normen.

Das widerspricht dem Verhältnis von Politik und Wissenschaft, in dem es im Grunde genommen keine festgelegten Normen gibt. Wissenschaft ist qualifizierte Neugier, wie es Herr Lohmar nannte. Auch in der Politik haben wir eine gewisse Neugier, ein Nichtwissen und ein Offensein. Der Richter dagegen ist zumindest in der Norm gebunden, die ihm vorschreibt, was er zu tun hat. Dieser Unterschied muß beachtet werden, damit man nicht zu falschen Parallelen gelangt.

Radke

Wenn ich Herrn Schelskys Schlußfolgerung, daß der Wissenschaftler die Konsequenz seines Urteils nicht zu vertreten brauche, richtig verstanden habe, dann hat meines Erachtens der Wissenschaftler in diesem Fall bestimmte Komponenten seines Gutachtens nicht berücksichtigt und damit die Tatsachen nicht restlos erforscht.

Wenn ich beispielsweise beauftragt werde, ein Gutachten über ein Bildungssystem anzufertigen, darf ich nicht nur die pädagogischen Notwendigkeiten, sondern muß auch die realisierbaren materiellen Voraussetzungen einbeziehen. Bin ich dabei als Pädagoge überfordert, habe ich von vornherein darauf hinzuweisen, daß für die finanzielle Frage andere Gutachter heranzuziehen sind. Beide Bereiche müssen im Hinblick auf die optimal vertretbare Lösung korrespondieren. Die wissenschaftliche Aussage des Pädagogen ist also nur dann in die Wirklichkeit umsetzbar, wenn die materiellen Tatbestände im Gutachten ebenfalls berücksichtigt werden. Alles andere ist Wissenschaft als "l'art pour l'art", also für mich keine Wissenschaft, sondern nur esoterisches Ritual, als Gutachten aber unbrauchbar und damit praktisch ohne Sinn.

Herr Schelsky sprach weiterhin von dem "Schwänzchen Demokratie". Das ist jedoch kein Schwänzchen, sondern eine zentrale Frage. Gibt es in der Bundesrepublik überhaupt einen substantiellen, wissenschaftlich durchdachten Begriff der Demokratie? Gerade auf diesem Gebiet ist tatsächlich wenig erforscht. Müssen wir nicht alles viel komplexer und universeller in seinen Beziehungen betrachten, wenn hier eine so schlechte Kommunikation und Kooperation besteht?

Der echte Politiker ist ein Experte für das Universale. Das ist eine *contradictio in adjecto*. Er kann wohl über die einzelnen Teilgebiete keine Auskunft geben - das ist dann Sache des wissenschaftlichen Experten;- , er muß aber eine allgemeine Kenntnis besitzen, sonst ist er in seiner Aufgabe verfehlt. Allerdings können wir es in einer Demokratie nicht verhindern, daß ein seiner Aufgabe nicht gewachsener Politiker gewählt wird und Funktionen übernimmt. Das muß man als einen wesentlichen Faktor der Demokratie einkalkulieren, ohne es zu bedauern.

Schelsky

In vielen Dingen stimme ich Ihnen zu, Herr Radke. Sie erwähnten jedoch als Beispiel, daß bei einem Gutachterauftrag über ein Bildungssystem der Pädagoge und der Finanzsachverständige sich gegenseitig abstimmen müßten, damit auch die Kostenfrage geklärt wäre. In diesem Punkte sind wir nicht einig. Vielmehr muß der Schulpolitiker als Spezialist des Universalen - wie Sie es ausdrücken - sowohl die Stellungnahme des Pädagogen als auch die des Haushaltssachverständigen zur Kenntnis nehmen und gegenseitig abwägen.

Radke

Ich meinte finanzpolitisch nicht in einem so engen Sinne, sondern dachte an die materiellen Möglichkeiten schlechthin.

Schelsky

Des weiteren sagte ich natürlich nicht, daß die Wissenschaft die Konsequenzen ihrer Erkenntnisse nicht zu bedenken brauche. Das haben Sie mißverstanden.

Schließlich erklärten Sie, eine Wissenschaft als l'art pour l'art sei keine Wissenschaft. Da bin ich ganz anderer Meinung. Primär ist die Wissenschaft um ihrer selbst willen da. Ich scheue mich durchaus nicht zu sagen: La science pour la science. Das ist die Grundlage unseres Fortschritts. Nur wenn sie erhalten bleibt, besteht auch die Demokratie und die Freiheit in einer Gesellschaft. Denn nur dann ist die Wissenschaft fähig zu leisten, was Sie als Praktiker von ihr verlangen.

Heerwagen

Herr Schelsky sprach nur von der Beratung, die Regierung, Parteien und andere Institutionen anfordern. Seltsamerweise erwähnt er jedoch nicht, daß es auch eine Beratung gibt, die spontan seitens der Wissenschaft erfolgt, obwohl er selbst ein Beispiel dafür ist, wie man ungebeten berät. In einer Demokratie sollte die Wissenschaft nicht erst warten, bis sie von irgend jemandem aufgefordert wird. Sie hätte also die in dieser Gesellschaft relevanten Fragen in ihr Forschungsprogramm aufzunehmen. Das würde allerdings den Grundsatz l'art pour l'art - oder wie Herr Schelsky sagt: la science pour la science - aufheben. Darüber hinaus müßte sie zum Beispiel die publizistischen Möglichkeiten nutzen, um sich zu äußern.

Raupach

Die Wissenschaft ist in einer Reihe von Fällen schon heute durchaus imstande, ungefragt Stellung zu nehmen und dem Politiker von sich aus nützliche und notwendige Informationen zu liefern. Sind aber die Politiker bereit zu berücksichtigen, was die Wissenschaft vor ihnen ausbreitet? Gerade in den Sozialwissenschaften haben umfangreiche Forschungen den Zweck, in pragmatischer Absicht bestimmte Probleme des sozialen Lebens zu beschreiben und zu erklären. Darin liegt gleichsam eine indirekte Beratung, denn der Politiker könnte den Ergebnissen entnehmen, wie die Gesellschaft funktioniert und welche Probleme auftreten.

Herr Seeger sagte nun, der Politiker müsse die richtigen Fragen an die Wissenschaft stellen. Ich bezweifle aber, daß er diese richtigen Fragen ohne die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern überhaupt formulieren kann. Schon dazu ist die Beratung seitens der Wissenschaftler notwendig. Erst das Gespräch, die ständige Kommunikation zwischen Politik und Wissenschaft, versetzt den Politiker in die Lage, seine Fragen zu artikulieren. Andererseits erleichtern solche Gespräche dem Wissenschaftler das Verständnis dessen, worauf es dem Politiker ankommt.

In einigen Fällen können sachlich eng begrenzte Fragen von Wissenschaftlern einer Spezialdisziplin allein beantwortet werden. Infolge der Interdependenz der sozialen Phänomene sind jedoch meistens auch andere Bereiche des sozialen Lebens damit verbunden. Das läßt sich nur durch eine interdisziplinäre Kommunikation zwischen Wissenschaftlern und Politikern bereits bei der Fragestellung klären und von vornherein berücksichtigen.

Deshalb stimme ich Herrn Schelsky zu, daß die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und Politikern durch ständige Gespräche gefördert werden sollte. Auch im Laufe des Forschungsprozesses müßte immer wieder eine gegenseitige Information stattfinden. In den Vereinigten Staaten hat die formelle und informelle Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik auf dem Gebiet der Verteidigungsforschung und der Ausarbeitung von außenpolitischen Strategien bereits ihre Bewährungsprobe bestanden.

Ritter

Herr Schelsky sprach von autonomer Wissenschaft und betonte, daß für den Wissenschaftler das entscheidende Beweismittel die Wahrheit sei. Nichts scheint jedoch ungeklärter als der Begriff Wahrheit. Diesen Ausgangspunkt, aus dem sich seine Disposition ableitet, möchte ich in Frage stellen. Grob und pragmatisch gesprochen: Ich habe Vorbehalte gegen den Junggesellenstandpunkt der Wissenschaft. Der darin enthaltene Anspruch der Keuschheit deckt zumindest auch eklatante Fälle von Unkeuschheit, was Herr Schelsky gewiß zugesteht.

Lassen Sie mich bei meinem Bilde bleiben und fragen, ob eine Ehe zwischen Wissenschaft und Politik möglich ist. Es ist nur gut, wenn einige das Gelöbnis des Zölibats auf sich nehmen. Aber dieses Gelöbnis hat für die Zölibatäre unter anderem auch den Sinn, dafür zu beten, daß die Ehe derer, die sie wagen, gut geht. Eine Ehe verändert beide Partner. Eine Strukturveränderung in beiden Bereichen - der Wissenschaft wie der Politik - ist also unvermeidlich.

Bei Annahme einer autonomen Wissenschaft treten dann die von Herrn Schelsky genannten Probleme auf, zum Beispiel: Wann darf der Wissenschaftler einen Auftrag noch annehmen? Wozu wird er gestellt? Natürlich sind die Motive oft fragwürdig. Aber wie häufig geschieht in der Politik nicht auch Richtiges auf Grund falscher Motive! Anders ginge es überhaupt nicht. Ich muß dabei immer an das Bild von der Katze und der Schelle denken: Die Wissenschaft produziert Expertisen, und dann stellt sich die Frage, wer der Katze - nämlich der Politik die Schelle umhängt. In diesem Sinne gibt es aber weder die Katze noch die Schelle noch den Vorgang des Umhängens.

Man sprach weiterhin von der Gegenüberstellung von Handeln und Erkennen sowie von den Alternativen, die die Wissenschaft politisch reserviert und mit reinem Sachverstand präpariert. Unter diesen Alternativen wähle der Politiker dann. Das erinnert mich an einen Witz vom Grafen Bobby, der in der Klinik auf die Niederkunft seiner Gattin wartet. Endlich kommt die Schwester mit Zwillingen. Graf Bobby betrachtet diese streng und mit großem Ernst und sagt nach einer Weile: "Ich wähle dieses!" So verhält sich das etwa mit den Alternativen.

Auch einen anderen Punkt hat Herr Schelsky in seiner Analyse unberücksichtigt gelassen. Politikberatung erfolgt nämlich nicht in der Weise, daß der Wissenschaftler dem Politiker gegenübersteht und eine bestimmte Sachaufgabe durch Anfertigung einer Expertise löst, während der Politiker dann entscheidet und die Erkenntnis des Wissenschaftlers im Rahmen der sogenannten offiziellen Politik umsetzt. Das ist doch bestenfalls ein Aspekt der Sache, um die es hier geht. Politik vollzieht sich heute kaum weniger auf den Ebenen, wo etwa entsprechende Forschungsinstitute im sachlichen Austausch stehen und so auch über nationale Grenzen hinweg am Prozeß der Urteilsbildung beteiligt sind. Auf dem Gebiet der internationalen Politik und Sicherheit, auf dem das von mir vertretene Institut arbeitet, besteht jedenfalls ein hohes Maß an inoffizieller, aber unmittelbarer Mitwirkung durch den Austausch von Forschungsarbeit und den dadurch gegebenen Interpretationszusammenhang. Hier wäre auf die RAND Corporation, das MIT und viele andere derartige Institutionen hinzuweisen. Auch England und Frankreich sind an diesem Prozeß auf ihre Weise beteiligt. Dagegen ist die Bundesrepublik zur Zeit noch sehr im Hintertreffen.

Schelsky

Um Ihr Bild aufzunehmen, Herr Ritter: Eine Ehe setzt voraus, daß Männchen Männchen und Weibchen Weibchen bleiben. Ich bin gegen Zwitterehen.

Preuss

Als wesentlichen Punkt des Verhältnisses von Politik und Wissenschaft bezeichnete Herr Schelsky die Form der Zusammenarbeit und ging dabei besonders auf das Problem des Gutachtens ein. Ich sehe einen bestimmten Zusammenhang zwischen den Begriffen des Gelehrten, der im Referat vorkam, und des Gutachtens einerseits sowie in der Dichotomie von Zweck und Mittel und der vom Handeln und Erkennen andererseits. Meines Erachtens setzt der Begriff des Gelehrten noch eine autonome Position voraus, die ihre Keuschheit im Verhältnis zur Wissenschaft dadurch bewahrt, daß sie in punktuellen Gutachten irgendwelche Erkenntnisse abliefern. Ich würde das als eine handwerkliche Form der Zusammenarbeit von Politik und Wissenschaft ansehen. Wir müßten uns doch aber heute bereits einer industriellen Form bedienen.

Die neuen Techniken haben dazu geführt, daß man eine klare Unterscheidung zwischen Zweck und Mittel nicht mehr machen kann. Ich verweise auf die Techniken des "decision making", der Systemtheorie, der Modellbildung vor allem in der Ökonomie, aber auch in anderen Wissenschaften - ich nenne nur den Strukturalismus, der dieses Problem schon fast zum Prinzip der Wissenschaft erklärt hat;- , also die Tendenz der Modellbildung in der Wissenschaft.

Auf der anderen Seite haben wir auch gesehen, daß die soziologischen Folgerungen dieser Wissenschaften sichtbar geworden sind, wenn wir an RAND, MIT oder ähnliches denken. Die Ökonomen haben ausgerechnet, daß zwischen den Investitionen in die Wissenschaften und dem Produktivitätszuwachs in der Gesellschaft eine starke Korrelation besteht. Um einen veralteten marxistischen Begriff zu variieren, würde ich sagen, daß Wissenschaft heute zur materiellen Gewalt geworden ist.

Was bedeutet das politisch?

Herr Schelsky stellte das Problem der Demokratie ausdrücklich zurück, weil er meinte, darüber würde ohnehin zuviel geredet. Ich möchte nicht als Anhänger von Carl Schmitt angesehen werden, aber man sollte doch nicht übersehen, daß diese neue materielle Gewalt in irgendeiner Weise normativ festgemacht werden muß, wenn sie nicht dem jeweils Stärksten in der politischen Struktur der Gesellschaft zuwachsen soll. Eine noch nicht festgemachte materielle Gewalt ist in der heutigen Gesellschaft meines Erachtens ein Problem, das sich zumindest die Staatswissenschaft stellen muß. Wir können das Problem nicht dadurch bagatellisieren, daß wir das Verhältnis von Politik und Wissenschaft als eine Permanenz von punktuellen Beziehungen zwischen einem Gutachter und einem individuellen Politiker darstellen.

Daher bin ich der Meinung, daß die Fragestellungen von Herrn Schelsky, die man zu einem großen Teil letztlich auf berufsethische Dinge reduzieren kann, zwar möglicherweise wichtig waren, aber am Problem vorbeigingen. Vielleicht sollten wir die Fragen der Berufsethik sowie der individuellen Situation des Wissenschaftlers und des Politikers gegenüber folgendem prinzipiellem Problem zurückstellen: Wie muß unsere demokratische Struktur verändert werden, um die neue materielle Gewalt Wissenschaft normativ festzumachen und sie auf diese Weise auch wirklich im Interesse des zivilisatorischen Fortschritts einzusetzen?

Becker

Diese letzte Fragestellung ist, glaube ich, gar nicht so weit von der von Herrn Schelsky entfernt, wie es zunächst den Anschein hat. Wir sollten zu dem Problem des Festmachens der neuen materiellen Gewalt Wissenschaft, das ja - ohne daß es Herr Schelsky ausgesprochen hat - in den Untertönen seines Referates anklang, in unserer Diskussion Stellung nehmen.

Mayer

Ich freue mich, daß Herr Schelsky sehr pragmatisch und erfrischend begonnen und viele unbequeme Dinge gesagt hat. Ich begrüße jedoch die Bemerkung von Herrn Becker, daß wir auch über das durchaus philosophische und soziologische Problem des Theorie-Praxis-Verhältnisses diskutieren sollten. Das tun wir nun in der Tat. Und hier, Herr Schelsky, hatte ich den Eindruck, daß Sie ein Theorie-Praxis-Verhältnis in diesem konkreten Fall von Wissenschaft und Politik im Sinne einer Max Weberschen Auffassung vertreten. Auch die bisherige Diskussion führt dahin. Das hat mich gerade bei Ihnen in soziologischer Hinsicht doch gewundert. Max Weber hat in seinen beiden Schriften "Vom inneren Beruf zur Wissenschaft" und "Der Beruf zur Politik" eine sehr abstrakte, weitgehend von der schöpferischen, pragmatischen Lebensentscheidung ausgehende Form dargestellt. Das waren aber Idealtypen, die schon der Realität der damaligen Zeit nicht mehr entsprachen. Das Theorie-Praxis-Verhältnis ist heute kein abstraktes Problem mehr, sondern eines der gesellschaftlichen Praxis. Jürgen Habermas hat konkret gezeigt, wie sich diese Probleme Theorie-Praxis, Theoretiker - Praktiker völlig neu gestellt haben, und zwar nicht in dem Sinne: "Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis." Bereits Kant hat in seiner Studie über den Gemeinspruch darauf hingewiesen, wie unsinnig die Trennung der Theorie von der Praxis ist. Das sind einige Einwände, die man vom Theoretischen her gegen Ihre praktische Grundlage erheben kann.

Ich habe nicht recht begriffen - Herr Radke sprach es auch schon an;- , daß Sie bei diesem Thema die Demokratie als ein Schwänzchen, eine obligate Formulierung und gleichsam als ein Dekorament bezeichneten. Das ist sie aber durchaus nicht, und ich glaube, Ihr Referat hätte anders laufen müssen, wenn Sie das Verhältnis von Experten und Politik in einer sagen wir: nicht durch das jetzige Grundgesetz fixierten Gesellschaft betrachtet haben würden.

In den ostdeutschen Verhältnissen zum Beispiel liegen die Dinge sowohl für die Wissenschaft als auch für die Politik ganz anders. Reich-Ranicki sprach neulich über die Beziehung der Literatur zur Politik und fand dabei eine gute Formulierung. Er sagte: "Wenn wir die Situation von Literatur und Politik in der Bundesrepublik mit der in der DDR vergleichen, dann beschäftigen sich die Literaten in der Bundesrepublik im Augenblick mit der Politik. In der DDR dagegen siehe das 11. Plenum der SED - beschäftigen sich die Politiker mit der Literatur." Die Rolle, die etwa die Literatur und Wissenschaft sowie auch Literaturwissenschaft, Philosophie und Geschichte drüben spielen, zeigt doch, wie notwendig es ist, konkret zu fragen, in welchem Rahmen und in welcher gesellschaftlichen Struktur wir uns über das Thema des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik überhaupt unterhalten.

Ich machte diese Bemerkung in contrario, um zu zeigen, daß Sie auch viel konkreter hätten fragen müssen: Wie sieht denn diese Politik mit ihren Spielregeln aus und wie die Wissenschaft, die wir im Augenblick in der Bundesrepublik praktizieren?

Ich komme nun zum Pragmatischen und versuche, an Hand zweier Beispiele aus meiner Praxis der Literatur- und Geisteswissenschaft zu fragen, ob Ihre Auffassungen stimmen. Ist denn diese Forderung nach der optimalen Neutralisierung des Wissenschaftlers überhaupt realisierbar? In beiden Fällen reicht meine Tätigkeit, und zwar als Literaturwissenschaftler, in die politische Sphäre hinein.

Im ersten Beispiel geht es um die wichtige Frage, was in den deutschen Lesebüchern enthalten ist. Wie muß ich mich verhalten, wenn ich um ein Gutachten für eine Regierungsinstanz gebeten würde, was ich von den vorhandenen deutschen Lesebüchern halte? Ich treffe doch keine abstrakte Entscheidung, sondern in jedem Fall eine kulturpolitische auch innerhalb meiner Wissenschaft. Ich werde bestimmte Werke ablehnen, weil ich sie insofern für schädlich halte, als darin für junge Menschen ein Bild unserer Wirklichkeit wiedergegeben wird, das der Realität nicht entspricht. Denken Sie etwa an die Blut- und Bodenlyrik, durch die ein fades, idealistisch verbrämtes Bild der heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse vermittelt wird. Ich treffe also mit meinem Gutachten auch eine Entscheidung. Ein Gegensatz von Handeln zu Erkennen ist hier nicht gegeben, Herr Seeger.

Zu meinem zweiten Beispiel schicke ich voraus, daß ich in den letzten drei Jahren zehn Gutachten für Verlage und Autoren zur Vorlage bei der Bundesstelle gegen jugendgefährdendes Schrifttum gemacht habe. Ich mußte in der Frage der Obszönität und Pornographie entscheiden. Das kann man nicht in einem abstrakten wissenschaftlichen Sinne tun. Hier handelt es sich vielmehr um kulturpolitische Entscheidungen, weil ich eine von mir als bedenklich und schädlich erachtete Praxis und sogar legislatorische Theorie nicht weiter unterstützen möchte. Außerdem ist mir die im Grundgesetz verankerte Freiheit der Kunst und der Literatur wichtiger als bestimmte andere, auf überholten Normen des Strafgesetzes und der richterlichen Praxis beruhende Entscheidungen. Ich treffe also eine wissenschaftliche, gleichzeitig aber auch eine kulturpolitische Entscheidung, ich bin hier nicht frei. Damit entscheide ich mich für einen Autor und bin dessen Anwalt, weil ich verhindern möchte, daß sein Buch verboten wird. Gleichzeitig bin ich ein Anwalt des Verlages, um zu verhindern, daß eine große, von mir als wichtig erachtete kulturpolitische, editorische Praxis durch Maßnahmen einer politischen Instanz geschädigt wird.

Ich lese häufig Gutachten, nach denen ein bestimmtes Buch verboten werden sollte. Vielfach handelt es sich hier um Bücher von großem Wert. Dazu gehören Henry Miller und Günther Grass - die Fälle sind ja in aller Munde. Es muß aber zugegeben werden, daß man in Godesberg im allgemeinen sehr vorsichtig entschieden hat. Immer wieder werden jedoch vom Bundesinnenministerium und vom bayerischen Innenministerium Anträge gestellt. Hier bin ich als Wissenschaftler Partei.

Es gibt auf diesem Gebiet konkrete Mischformen, die wir in der Praxis zur Kenntnis nehmen müssen. Die Abgrenzung zwischen Advokatur und Richteramt ist nicht gegeben. Ich weiß nicht, ob die strikte Montesquiesche Gewaltenteilung jemals funktioniert hat. Hier könnte sie auf keinen Fall funktionieren.

Schelsky

Ihre Äußerungen, Herr Mayer, könnten zu Mißverständnissen führen und eine bestimmte Diskussionsgegnerschaft aufrichten, die ich nicht für angebracht halte. Es sind gar nicht meine Positionen, gegen die Sie polemisieren.

Das Schwänzchen "in der Demokratie" lehnte ich bei diesem Thema aus zwei Überzeugungen ab. Zunächst könnten wir ruhig einmal eine Diskussion führen, ohne ständig das Grundsatzproblem Demokratie ins Gespräch zu bringen. Wir dürfen doch wohl als selbstverständlich voraussetzen, daß wir alle demokratisch eingestellt sind, ohne es dauernd zu beteuern. Die Unterschiede der Funktion der Wissenschaft in einem demokratischen gegenüber der in einem autoritären System könnte ich als Soziologe selbstverständlich leicht darlegen, Sie werden mir aber zugeben, daß diese Unterschiede uns allen zumindest im Groben bewußt sind. Um das konkrete Thema nicht unnötig in politische Allgemeinheiten abgleiten zu lassen, sprach ich vom Schwänzchen des Titels.

Außerdem stecken in der Frage der Zusammenarbeit des Politikers mit dem Experten rein formale Probleme, die nicht ohne weiteres an das politische System gebunden sind. Sie scheinen sich in Ost und West immerhin einander zu nähern, wobei ich nicht der Meinung bin, daß damit die grundsätzlichen politischen Ordnungsunterschiede aufgehoben werden. Ich habe zwar nichts dagegen, wenn Sie die Debatte in den Zusammenhang Wissenschaft und Demokratie führen wollen, würde es aber gern vermeiden, weil ich darin nicht den Kern des mir gestellten Themas sehe.

Im übrigen habe ich an keiner Stelle gesagt, man hätte als Wissenschaftler nicht zu entscheiden. In meinem Artikel "Die politische Aufgabe der Wissenschaft" vertrete ich die gleiche These wie Sie, Herr Mayer. Sie sagten: "Als Wissenschaftler bin ich Partei". Dabei liegt die Betonung auf "als

Wissenschaftler". Wenn Sie etwa Lesebücher begutachten, leiten Sie die Kriterien aus Ihren wissenschaftlichen Überzeugungen her, und weil Sie von dort her urteilen, wirken diese Kriterien zwar dann politisch, Sie sind jedoch nicht unmittelbar politische Partei. Sie sagten deutlich: "Wenn ich eine wissenschaftliche Entscheidung fälle, ist das zugleich immanent eine kulturpolitische." Das ist ein Zwitterbegriff, und ich würde eine solche Entscheidung sogar für eine politische Inkonsequenz halten, sofern Sie sie als Wissenschaftler treffen. Ich bin der letzte, der die Wissenschaft sozusagen von den von ihr ausgehenden politischen Konsequenzen abnabeln will. Wie ist es aber, wenn Sie Ihre Entscheidungen als Politiker fällen und sich Ihre wissenschaftlichen Beweismittel danach richten?

In Literaturgutachten ist das relativ selten der Fall. Aber Herr Mestmäcker als wirtschaftspolitischer Gutachter könnte Ihnen die Phänomene aufzeigen, die solche Dinge bewirken. Wenn ein Verlag Sie um ein Gutachten ersucht, um gegen den Vorwurf der Pornographie anzugehen, werden Sie bereits vorher wissen, ob Sie das betreffende Werk für empfehlenswert halten, und zwar sowohl von Ihrem ästhetischen Urteil als auch vom Grundsatz der Freiheit der Meinungsäußerung her, der als Wert in den Begriff der Literaturwissenschaft mit eingeht, die übrigens nicht nur eine ästhetische, sondern auch eine politische ist. Man kann bestenfalls sagen, man habe Herrn Mayer gebeten, weil man weiß, daß er wissenschaftlich positiv zu der Sache steht. Ich möchte keinesfalls dahingehend mißverstanden werden, daß ich etwa die wissenschaftliche Entscheidung als solche für unpolitisch halte.

Becker

Das Problem des Wissenschaftlers, der zugleich Partei ist, sowie die Frage der Nichtvoraussetzungslosigkeit der Wissenschaft bedarf wohl noch einer weiteren Erörterung, denn trotz der Entgegnung von Herrn Schelsky scheint mir keine Einigkeit zwischen seiner Auffassung und der von Herrn Mayer zu bestehen.

Schelsky

Der Wissenschaftler ist seine eigene Partei.

Becker

Auch das Thema Demokratie - immerhin eine Grundfrage - ist noch nicht geklärt. Vieles aus der technischen Fragestellung von Herrn Schelsky hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik ist mir genauso als Problem der Sowjetunion bekannt. Vom Technischen her hat Herr Schelsky insofern recht, als sich diese Frage in mancher Beziehung für das Sowjetsystem sogar sehr viel massiver stellt, weil es mit einer bestimmten Realität in der Wissenschaft konfrontiert wird, die außerordentlich schwierig zu bewältigen ist. Im Zusammenhang mit dem Thema Demokratie sollten die Fragen noch beantwortet werden, wie die Faktoren bei der politischen Meinungsbildung zusammenwirken und wie sich demokratische Verantwortung und technokratisches Modell zueinander verhalten.

Mestmäcker

Ich habe den Eindruck, daß diese Diskussion die Fragestellung des Themas verändert. Es ist ein Unterschied, ob ich das Verhältnis des Experten zum Politiker prüfe oder frage, welche politische Bedeutung das Wissenschaftssystem in seiner Eigengesetzlichkeit für die Gesellschaft hat, in der es wirkt. In diesem Rahmen kann darüber gesprochen werden, wovon die wissenschaftlichen Fragestellungen bestimmt werden, wie weit der Wissenschaftler an die politischen Auswirkungen denkt, die er mit seiner wissenschaftlichen Arbeit hervorruft, und wie weit auf sozial relevante Sachverhalte Rücksicht zu nehmen ist. Das sind alles wichtige Fragen, und ich bin überzeugt, daß jedenfalls für die Sozialwissenschaften die Vorstellung einer voraussetzungslosen Wissenschaft, bezogen auf das politische System, illusionär ist. Die Besonderheit im Verhältnis des Experten zu einem politischen Auftraggeber scheint mir im Bereich der Fragestellung zu liegen.

Als "autonomer" Wissenschaftler wähle ich eine Fragestellung, weil ich sie für wissenschaftlich erheblich halte. Hier ist meines Erachtens der legitime Ort, wo der Wissenschaftler seine politische Verantwortung hinsichtlich der Wirkung seiner speziellen Forschungen berücksichtigt. Das eigentliche Problem des Experten im Verhältnis zur Politik besteht nun darin, daß die Autonomie der Fragestellung entfällt, weil der politische Auftraggeber den Forschungsgegenstand bestimmt.

Das hier häufig zitierte Verhältnis von Handeln zu Erkennen hat eine unmittelbare Entsprechung in der Wissenschaft. Bestimmte Fragestellungen können deshalb nicht untersucht werden, weil der Zugang zu den notwendigen Informationen fehlt. Ganz ähnlich wird in der Politik der Gegensatz zwischen

Handeln und Erkennen dadurch aufgehoben, daß rationales Handeln notwendig Informationen über den zu gestaltenden Sachverhalt voraussetzt. Information in diesem Sinne ist ein Gegenstand der Sozialwissenschaften. In den Geschäftsordnungen des amerikanischen Senats und des House of Representatives ist als eine selbständige - man wird sofort sagen: politische - Aufgabe der gesetzgebenden Körperschaften enthalten, sich diejenigen Informationen zu verschaffen, die für eine gute Gesetzgebung notwendig sind, und zu ermitteln, welche Wirkungen die Gesetzgebung im einzelnen gehabt hat, um sie notfalls zu korrigieren.

Dies ist die Grundlage eines beinahe unübersehbar vielfältig gewordenen Systems von Untersuchungen der Wirklichkeit im Hinblick auf gesetzgeberisch erhebliche Probleme. In den Untersuchungsausschüssen arbeiten selbstverständlich Wissenschaftler mit, die sich vorübergehend für die Erfüllung dieser politischen Aufgabe zur Verfügung stellen.

Es besteht wohl kein Gegensatz zu Herrn Schelsky, wenn ich es nun in der Tat für ein Problem unserer Demokratie halte, daß wir im Bereich des Parlaments keine vergleichbaren Instrumente ausgebildet haben. In der politischen Wirklichkeit bestimmt diese Frage weitgehend das Verhältnis von Wissenschaft zu Politik. Der Gesetzgeber versucht nämlich häufig, die Funktion der Ermittlung von Informationen für die Gesetzgebung aus dem politischen Raum zu entfernen und sie in einem Bereiche anzusiedeln, den Herr Schelsky mit "politische Neutralität" bezeichnet. Die sogenannten "unabhängigen" Untersuchungskommissionen sind im Grunde nichts anderes als der Versuch, diese Aufgaben des Parlaments zu verwissenschaftlichen.

Herr Schelsky hat mit Recht darauf hingewiesen, daß auch der Experte Anspruch auf Information für seine Meinungsäußerung hat. Ich habe der beratenden Kommission angehört, die das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in den Fragen einer Konzentrationsenquete beraten sollte. Sie setzte sich je zur Hälfte aus Wissenschaftlern und Praktikern zusammen. In zweimonatiger Arbeit wurde von uns ein Fragenkatalog über die Untersuchungsgegenstände entworfen. An diesem Punkt entschied das Bundesamt, daß die Wissenschaftler nicht über die Ergebnisse informiert werden dürfen, die auf Grund dieses Fragenkatalogs gewonnen werden. Dieser Entscheidung lag eine Absprache zwischen dem Bundesamt und den zuständigen Verbänden der Industrie zugrunde, die ihre Informationen nur mitteilen wollten, wenn sichergestellt sei, daß sie den Wissenschaftlern nicht weitergegeben würden.

Diese Art der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik veranlaßte mich, aus der Beratungskommission zurückzutreten. Dabei erhob sich die rechtliche Frage, die auch unserem heutigen Problem zugrunde liegt, was eigentlich Beratung der Politik durch die Wissenschaft ist, denn so war die Aufgabe der Kommission im Gesetz umschrieben. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, den ich auch heute noch als wissenschaftliche Aussage aufrechterhalte, daß wissenschaftliche Beratung bei Untersuchungen sozial erheblicher Tatbestände ohne gesicherte laufende Korrektur der Fragestellung durch die Fakten schlechterdings unmöglich ist. Wahrscheinlich hat diese Erfahrung dazu beigetragen, daß die nächsten Kommissionen nicht die Aufgabe der Beratung, sondern die der Untersuchung selbst erhielten. Ein Beispiel dafür ist die Kommission für die Untersuchung der Wettbewerbsgleichheit von Presse und Fernsehen. Diese Kommission, der ich angehöre, soll diejenigen Sachverhalte ermitteln, die für eine Beurteilung der Wettbewerbsverhältnisse zwischen Rundfunk und Presse relevant sein können.

Hier stellt sich das Problem der Information in ganz neuer Form, und zwar auch verfassungspolitisch. Erfahrungsgemäß werden die wirklich ins Gewicht fallenden Tatsachen nur selten freiwillig mitgeteilt. Aus diesem Grunde haben die amerikanischen Kongreßausschüsse Eides- und Zwangsrechte. Sie können Zeugen laden und vernehmen. Dieser Hinweis zeigt, daß die von einer solchen unabhängigen Kommission benötigten Informationen ohne hoheitliche Mittel häufig nicht erlangt werden können. Schon deshalb handelt es sich um eine politische Funktion.

Ich meine, daß es eine Aufgabe des Parlaments ist, solche Untersuchungen zu führen, denn es muß politisch verantwortet werden, welche Tatsachen man der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen will, um sie dann zur Grundlage politischer Entscheidungen zu machen. Man kann sicher auch der Auffassung sein, die der Gesetzgeber in der Bundesrepublik weitgehend vertritt, daß solche Untersuchungen gleichwohl - jedenfalls aber auch - eine Aufgabe der Wissenschaft seien. Man denkt an das System der Royal Commissions und zieht Vertreter der Wissenschaft zur Mitarbeit heran. Dann muß man aber auch der Tatsache ins Auge sehen, daß die Wissenschaft dadurch mit unmittelbar politischen, und zwar hoheitlichen Funktionen ausgestattet wird, die der verfassungsmäßigen Grenzen bedürfen. Die Frage nach der Verfassung der Wissenschaft und ihrer Funktion in diesem Gemeinwesen muß also konkret entschieden werden. Sollten diese Untersuchungen unabhängig und ohne Rücksicht auf politische Konsequenzen vorgenommen werden, handelt es sich um eine Entscheidung, die verfassungspolitisch derjenigen ähnelt, die zu der Institution einer unabhängigen Justiz führte.

Sicherlich tritt man der Wissenschaft nicht zu nahe, wenn man ihr solche Untersuchungsaufträge erteilt. Ich halte es auch für möglich, diese Aufgaben an eine bestimmte gesetzgeberische Zielsetzung zu binden. Dann muß man aber die verfassungspolitischen Konsequenzen ziehen, die derartige Untersuchungen nicht nur legitimieren, sondern überhaupt erst ermöglichen. Andernfalls sollte man auf unabhängige Kommissionen verzichten.

Ich wollte mit diesen beiden, aus der jüngsten Vergangenheit gegriffenen Beispielen zeigen, wie sich auch aus der eingeeengten Fragestellung: Verhältnis des Sachverständigen zur Politik verfassungspolitische Fragen ergeben, wenn man Wissenschaftler an Untersuchungen beteiligt, die der Information des Gesetzgebers dienen sollen.

Becker

Was Herr Mestmäcker ausführte, wird am Beispiel des Instituts für außenpolitische Forschung deutlich. Dieses Institut kann nur arbeiten, wenn ihm aktuelle außenpolitische Informationen zugänglich gemacht werden, die natürlich mit einem bestimmten Vertrauensschutz ausgestattet sein müssen. Das aber führt - und hier liegt eines der Probleme der RAND Corporation - zu gewissen Schwierigkeiten hinsichtlich der Verantwortung des Wissenschaftlers gegenüber der Öffentlichkeit, wenn nicht die Wissenschaft in der von Herrn Mestmäcker beschriebenen Weise ihren Standort in der Verfassung erhält.

Wie ungelöst dieses Problem bei uns in der verfassungspolitischen Praxis noch ist, erkennt man an der rührenden Weise, wie das Gesetz über die Wirtschaftssachverständigen einerseits beliebige Amtshilfe zu geben sucht, andererseits aber die politische Gefahr solcher Amtshilfe dadurch einschränken möchte, daß die Sachverständigen nur Analysen, jedoch keine Empfehlungen geben dürfen. Dabei kann man mühelos jede Empfehlung in Form einer Analyse darstellen. Dieser Gedanke wird auch noch juristisch formuliert.

Mestmäcker

Mir schwebt nicht etwa vor, die Wissenschaft als solche als Vierte Gewalt einzustufen, sondern es geht lediglich um begrenzte Funktionen im Hinblick auf gegebene gesetzgeberische Zwecke.

Becker

Das ist klar. Ich wollte weniger den wissenschaftlichen Beirat als vielmehr seine komische gesetzliche Grundlage persiflieren.

Koch

Ich möchte zu dieser "komischen" gesetzlichen Grundlage um so lieber etwas sagen, als dieses im Bundestag einstimmig angenommene Gesetz Antworten auf verschiedene Fragen gibt, die hier bereits behandelt wurden. Ich denke an die Frage nach den Grenzen zwischen Wissenschaft und Politik, zwischen Beratern und Beratenen sowie nach den Zielen und dem Umfang der Beratung.

Herr Schelsky erwähnte den Sachverständigenrat im Zusammenhang mit den Ausführungen, die er zur Neutralisierung machte. Er meinte, man habe bestimmte Fragen, die an sich die Politik beantworten müsse, auf neutrale Gremien abgeschoben. Ich würde statt Neutralisierung lieber den Ausdruck Versachlichung verwenden, denn Sie wissen, daß dieser Sachverständigenrat seinerzeit aus der Idee heraus gebildet wurde, die Lohnpolitik zu versachlichen.

Bereits im Jahre 1956 hatte die sozialdemokratische Fraktion einen solchen Gesetzentwurf im Bundestag vorgelegt, der sogar noch sehr viel weiter ging und der Versachlichung der gesamten Wirtschaftspolitik dienen sollte, weil man die Lohnpolitik nicht für sich allein behandeln kann. Er wurde damals vom Tisch gefegt.

Der Sachverständigenrat ist nach dem Willen des Parlaments unabhängig. Die fünf Mitglieder werden von der Bundesregierung vorgeschlagen und vom Bundespräsidenten berufen. Dadurch soll zum Ausdruck kommen, daß diese Unabhängigkeit vor allem auch gegenüber der Bundesregierung gegeben ist.

Es wird häufig angenommen, wir seien Berater der Bundesregierung. Das ist jedoch keineswegs der Fall, sondern wir beraten die gesetzgebenden Körperschaften. Die Bundesregierung ist lediglich der Adressat unserer Gutachten, damit sie Gelegenheit hat, innerhalb einer Acht-Wochen-Frist Stellung zu nehmen, bevor sie das Gutachten den gesetzgebenden Körperschaften zuleitet. Diese Frist wird jetzt

auf Grund der Indiskretion, die im vorigen Jahr innerhalb der Acht-Wochen-Frist begangen wurde, wahrscheinlich durch Gesetz verkürzt werden.

Dem Sachverständigenrat sind von der Politik Fragen gestellt und Ziele gesetzt. Er soll untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig die Stabilität des Preisniveaus, die Vollbeschäftigung und das außenwirtschaftliche Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. Wir haben nicht die Möglichkeit, zwischen diesen Zielen zu wählen. Die Bundesbank dagegen hat nach dem Bundesbankgesetz lediglich darauf zu achten, daß die Stabilität des Preisniveaus und der Geldwert gesichert sind. Sie braucht bei ihren Maßnahmen also keine Rücksicht etwa auf das Wachstum zu nehmen. Das sehen wir jetzt bei der rigorosen Restriktionspolitik.

Außerdem stellt das Gesetz dem Sachverständigenrat noch einige Nebenaufgaben. Er soll sich zum Beispiel gutachtlich auch über die Bildung und Verteilung von Einkommen und Vermögen äußern.

Nun kommt die schon angedeutete Grenze. Herr Becker gebrauchte in diesem Zusammenhang das Adjektiv "rührend". Wenn ich richtig unterrichtet bin, ist durch den Bundestag selbst die Bestimmung in den Gesetzentwurf eingefügt worden, daß der Sachverständigenrat keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen soll. Man hat das sicherlich bewußt getan: Der Berater soll lediglich beraten und analysieren. Er soll sein Gutachten abgeben und hat damit seine Aufgabe erfüllt. Die politische Entscheidung bleibt ausschließlich den Politikern, den gesetzgebenden Körperschaften und der Bundesregierung, vorbehalten.

Becker

Im ersten Gutachten wurde die Frage der flexiblen Wechselkurse angesprochen. Sie waren zwar nicht empfohlen; nach der Lektüre dieses Gutachtens wüßte ich jedoch nicht, wie man eine Empfehlung schärfer formulieren könnte, als es in dieser Analyse geschehen ist.

Koch

Da muß ich auf die gesetzlichen Bestimmungen hinweisen, die uns in die Lage versetzen, über diese flexiblen Wechselkurse zu sprechen. So heißt es im Gesetz: "Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder Beseitigung aufzeigen". Nun kommt das Komma, und danach fährt der Gesetzgeber fort: "jedoch keine Empfehlungen geben". Man wollte damit zum Ausdruck bringen, daß die Aussage des Sachverständigenrates nicht als Empfehlung aufgefaßt werden darf. Kein Politiker soll sich später unter Berufung auf etwaige Empfehlungen des Sachverständigenrates von seiner Verantwortung freisprechen können.

Gerade im Fall der flexiblen Wechselkurse haben wir unsere Grenzen bestimmt nicht überschritten. Hier ist uns sogar im Gegenteil der Vorwurf gemacht worden, wir hätten weder an das System von Bretton Woods noch an die Integration Europas gedacht. Daran durften wir aber gar nicht denken, denn das sind ausgesprochen politische Tatbestände, die wir in unsere volkswirtschaftlichen Erwägungen nicht aufzunehmen brauchten, worauf wir im Gutachten aber auch ausdrücklich hingewiesen haben.

Man hat nach der Abgabe des ersten Jahresgutachtens wohl ausschließlich gegen die flexiblen Wechselkurse polemisiert, um so das ganze Gutachten "vom Tisch zu wischen" - der Ausdruck fiel in der ersten Pressekonferenz der Bundesregierung;-; denn das Gutachten behandelte auch andere Dinge, die der Bundesregierung unangenehm waren.

Nach Max Weber gibt es eine klare Arbeitsteilung zwischen Berater und Beratenen, und wir bewegen uns durchaus im Rahmen dieses decisionistischen Modells. Ähnlich ist es in Großbritannien. Dort besitzen die eingesetzten Kommissionen und committees lediglich beratenden Charakter. Der Politiker, das Unterhaus, entscheidet. Das entspricht wahrscheinlich dem Respekt, den man drüben vor der Weisheit der Politiker hat.

Daneben besteht die Möglichkeit der pragmatistischen Politikberatung, wie Habermas sie nennt. Man hatte sie in den Vereinigten Staaten schon unter Roosevelt. In den Jahren 1945 bis 1946 wurde dann durch Gesetz der Council of Economic Advisers sowie das ihm entsprechende parlamentarische Gremium gebildet. Beide Häuser besetzen gemeinsam das Joint Economic Committee. Zwischen dem Council als Berater und dem Präsidenten als dem Beratenen besteht ein ständiger Kontakt, von dem auch Herr Raupach sprach. Dem Beratenen wird auf diese Weise oft erst während der Beratung das ganze Problem klar.

Beide Möglichkeiten könnten durchaus nebeneinander bestehen. In unserer Praxis haben wir versucht, aus den decisionistischen Schranken ein wenig in das pragmatistische Modell hinüber zu gelangen. So hatten wir - allerdings auf Einladung des Bundeskanzlers und des Bundeswirtschaftsministers - mit beiden Besprechungen und verhandelten gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsminister mit Vertretern der gesamten Wirtschaft.

Wenn nun das Gutachten vom Sachverständigenrat selbst der Öffentlichkeit übergeben wird, so entspricht das schon mehr dem pragmatistischen Modell, bei dem die Mitwirkung der Öffentlichkeit bei der Beratung wesentlich ist. Darum kann es im § 1 des Gesetzes über den Sachverständigenrat auch ausdrücklich heißen: "Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung" - nun nicht etwa bei der Regierung oder bei den gesetzgebenden Körperschaften, sondern - "bei allen wirtschaftspolitischen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet".

Was die Informationen betrifft, liegt die Fragestellung bei uns. So können wir vor Abfassung des Gutachtens allen uns geeignet erscheinenden Personen Gelegenheit geben, sich zu unseren Fragen zu äußern. Dazu gehören Vertreter von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Wir können auch die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Bundesbank hören, die ihrerseits verlangen können, gehört zu werden. Hinzu kommt, daß die Behörden des Bundes und der Länder dem Sachverständigenrat Amtshilfe leisten, so daß wir von jeder Behörde in Bund und Ländern Informationen verlangen dürfen, die uns für unser Gutachten notwendig erscheinen. Es hat sich bisher noch niemand unseren Einladungen versagt. Wir haben aber noch nicht viel Gebrauch davon gemacht, weil wir lieber mit den zuständigen Leitern der Behörden verhandelten. Sein Recht, gehört zu werden, hat allerdings nur der Bundesminister für Wirtschaft wiederholt wahrgenommen.

Die Gutachten des Sachverständigenrates haben sich nach unseren Feststellungen inzwischen durchgesetzt. Insbesondere das zweite Gutachten hat erheblich zu einer Versachlichung der Urteilsbildung und der Diskussionen beigetragen. Zweifellos ist auch der Bundestag von den in den Gutachten festgestellten Fakten und Analysen ausgegangen und hat dann vornehmlich über die politischen Konsequenzen debattiert. Hier sehen wir deutlich die Grenze zwischen Beratung und Beratenen. Der Sachverständigenrat analysierte im Gutachten die Lage und zeigte Möglichkeiten zur Beseitigung von Fehlentwicklungen auf. Der Bundestag diskutierte darüber in politischer Richtung.

Außerdem haben die Lohnverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und Gesamtmetall, der eisenschaffenden Industrie und vor allem dem Bergbau bewiesen, daß wir über die gesetzgebenden Körperschaften hinaus versachlichend gewirkt haben. Herr Brenner ist zum Beispiel in der ersten Verhandlung in Wiesbaden, wenn ich richtig unterrichtet bin, von dem vom Sachverständigenrat genannten Satz von 6,5 Prozent ausgegangen, und man hat sich nach langen Verhandlungen schließlich auf sechs Prozent geeinigt. In der eisenschaffenden Industrie hat man sich im Sinne der von unserem Gutachten aufgezeigten Entwicklung auf die Arbeitszeitverkürzung beschränkt. Wir hatten zum Ausdruck gebracht, daß Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhungen nebeneinander nicht angängig seien, weil man sich sonst überlegen müsse, wie viele ausländische Arbeiter zusätzlich einzustellen seien oder ob die Steuern erhöht werden müßten, weil die Produktion zurückgehe, und manches andere mehr.

Mestmäcker

Wir haben hier ein gutes Beispiel dafür, inwieweit es Informationen über Sachverhalte gibt, die nur mit Hilfe sozialwissenschaftlicher Methoden ermittelt werden können, ohne daß in die Informationen in weitgehendem Umfang Werturteile einfließen.

Ich möchte meinen nationalökonomischen Kollegen nicht vorgreifen, halte aber zum Beispiel die Feststellung, was ein angemessenes und ausgeglichenes Wachstum ist, nicht mehr für reine Information. Vielmehr ist eine Aussage darüber eindeutig das Produkt eines - in diesem Falle mit Sicherheit - politischen Werturteils.

Radke

Herr Koch erwähnte soeben die Lohnsummenerhöhung von 6,2 Prozent, die gemäß dem wissenschaftlichen Gutachten für das Jahr 1966 als ungefährlich angesehen wurde. Daraus zog er die Schlußfolgerung, daß Herr Brenner aus Einsicht in die wissenschaftlichen Resultate entsprechende Forderungen gestellt habe. Leider ist es nicht ganz so gewesen. Dabei spreche ich hier als Leiter der Abteilung Tarifpolitik in der Industriegewerkschaft Metall. Den Satz von Marx variierend, daß Ideen zur materiellen Gewalt werden können, möchte ich im Sinne der Ausführungen von Herrn Preuss sagen, daß hier die Wissenschaftsgläubigkeit zur materiellen Gewalt geworden ist.

Die Industriegewerkschaft Metall war sich darüber im klaren, daß man, nachdem dieses Gutachten vorlag, selbst gegen bessere Einsicht - die ich einmal unterstellen möchte, ohne damit zu behaupten, daß wir sie hatten - in der Öffentlichkeit nicht mit anderen Zahlen operieren konnte. Wir mußten die in Ansatz gebrachte Lohnsummenerhöhung akzeptieren, weil sie als wissenschaftliches Resultat zu einer materiellen Gewalt geworden war. Dabei war in dem Gutachten durchaus lesbar, daß diese 6¹/₂ Prozent nicht als Rate eines konkret abzuschließenden Tarifvertrages für eine bestimmte Branche gemeint waren. Es handelte sich vielmehr um die prognostizierte Durchschnittsrechnung für das zu Ende gehende Gesamtjahr 1965, also um eine Durchschnittsgröße. Das hätte zur Folge haben müssen, daß in der einen Branche viel weniger, in einer anderen viel mehr und in einer dritten gar nichts gefordert werden konnte.

Die Publizierung dieser Durchschnittsgröße und insbesondere die Art ihrer Verbreitung spekulierte auf die Wissenschaftsgläubigkeit der deutschen Öffentlichkeit, so daß die Durchschnittsrate von 6¹/₂ Prozent zur materiellen Gewalt geworden war. Daher konnte nur noch diese Größenordnung als konkrete Forderung für eine Branche durchgesetzt werden. Damit ist eine Fehlentwicklung eingetreten. Wenn sich nämlich alle danach richten, liegt die Durchschnittsgröße nicht mehr bei sechs Prozent, sondern darunter. Das kann unter Umständen zu volkswirtschaftlichen Auswirkungen führen, die gefährlich sind. Die breite Bevölkerung sieht nur die globale Größe und macht die Differenzierung der Positionen nicht mit. Von Tarifpolitik glaubt ja jeder - auch der "Bild" - Leser etwas zu verstehen.

Dieses Beispiel paßt zur These von Herrn Schelsky über die Gefahr der Veröffentlichung von Gutachten zum falschen Zeitpunkt, obwohl ich grundsätzlich der Meinung bin, daß sie veröffentlicht werden sollen. Da aber die breite Öffentlichkeit nicht wissenschaftlich differenziert zu denken vermag, entsteht durch die Simplifizierung eine unbeabsichtigte politische Wirkung, die wiederum gefährliche Nebenwirkungen haben kann. Das gilt nicht nur für die Volkswirtschaft, sondern auch für andere Bereiche.

Altmann

Herr Radke hat hier ein Beispiel dafür gegeben, wie die Verwissenschaftlichung der Politik vor sich gehen kann, unabhängig davon, ob das Gutachten recht hat oder nicht.

Becker

Wir sind uns wohl darüber klar, daß von Seiten der Sachverständigen einiges gegen die Version von Herrn Radke einzuwenden ist.

Altmann

Die Verwissenschaftlichung der Politik steht außerdem im Zusammenhang mit der immer größeren Manipulationsfähigkeit der gesellschaftlichen Bereiche. Darüber hinaus möchte ich auf die wachsende wissenschaftliche Qualifikation der Stäbe von Gewerkschaften und Verbänden hinweisen.

Becker

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, daß sich auch die Verwaltung der Wissenschaft bedient, um überhaupt funktionsfähig zu sein. In verschiedenen Beiräten, denen ich selbst angehöre, wurde von führenden Verwaltungsbeamten betont, daß die Beiratssitzungen die einzige Möglichkeit des Kontaktes zwischen Verwaltung und Minister böten. Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Politik ist aus verschiedenen Gründen schwierig, unter anderem wegen der zunehmenden Komplexität der Sachbezüge für die Verwaltung. Man könnte also die Beiräte als ein Mittel betrachten, den zum Teil fehlenden Kontakt zwischen Regierung und Verwaltung wieder herzustellen.

Andererseits fragt es sich, ob nicht die Verwaltung, die ursprünglich in Wissenschaftsnähe entstanden ist, bis zu einem gewissen Grade zu diesem Ausgangspunkt zurückkehren könnte. Dann müßten Teile der Funktion, die heute durch beauftragte Wissenschaftler wahrgenommen werden, durch Wissenschaftler in der Verwaltung selbst ausgeführt werden. Herr Schelsky sprach davon, daß jeder Auftrag in der Verwaltung nachher verfolgt werden muß. Das setzt den Einbau einer Art von Wissenschaftsstäben in die Verwaltung voraus, die zur Zeit an vielen Stellen noch fehlen.

Sombart

Den von Herrn Becker aufgezeigten Aspekt der Verwaltung halte ich für außerordentlich wichtig. Dabei frage ich mich, ob es sinnvoll ist, den Begriff des Politikers so weit zu fassen, wie es Herr Schelsky tat, daß er Verwaltungsbeamte und Parlamentarier umgreift. Wir müssen doch das Problem

des Gesetzgebers und somit des Parlamentariers von dem der hohen Verwaltung trennen. Die Beziehungen der beiden zueinander sind mit mindestens ebenso großen Schwierigkeiten verknüpft wie diejenigen der beiden zur Wissenschaft. Oft müssen hohe Verwaltungsbeamte Parlamentariern gegenüber die Rolle von Experten spielen, weil sie auf Grund spezieller Sachkenntnisse einen "Kompetenzmehrwert" aufzuweisen haben, der in anderen Fällen beim Wissenschaftler gesucht wird. Dieser ist gewissermaßen der Fachmann par excellence mit der Aura des "Medizinmannes".

In unserer Diskussion hat sich eine Dichotomie von Wissenschaft und Politik auf drei Ebenen gezeigt: erstens als der Gegensatz von Erkennen und Handeln. Zweitens hat Herr Schelsky sein Referat weitgehend auf die Beziehung von Wissenschaftlern im wesentlichen wohl Universitätsprofessoren und Institutsdirektoren - zu Politikern abgestellt. Drittens stellte Herr Preuss die wichtige Frage nach dem Verhältnis unserer politischen Institutionen zur Wissenschaft als gesellschaftliche Funktion, die Frage nach der Verwissenschaftlichung der Staatsführung und Verwaltung.

Aus der Perspektive des Auftraggebers, das heißt der Administration, ist der Appell an den Experten immer das Symptom einer Insuffizienz der Verwaltung. Es läßt sich die Formel aufstellen, daß sich der Bedarf an Experten umgekehrt proportional zur Kompetenz der Verwaltung verhält. Die Verwaltung ist aus sich heraus den ihr gestellten Aufgaben nicht mehr gewachsen. Der wissenschaftliche Experte ist also zu einer Komplementärfigur einer überforderten Bürokratie geworden.

Becker

Aber nur die wirklich kompetente Verwaltung ist in der Lage, sich der Wissenschaftler tatsächlich zu bedienen.

Sombart

Der Experte und das gesamte Gutachtenwesen, wie es heute betrieben wird, ist eine Prothese der Verwaltung, die um so mehr Fetisch-Charakter gewinnt, je veralteter, inkompetenter und darum schwächer die Verwaltung ist. Die hohe Ministerialbürokratie müßte grundsätzlich in der Lage sein, die Sachprobleme, für die sie zuständig ist, auf wissenschaftlichem Niveau selbst zu behandeln. Die Verwaltungsspitze sollte also mit der Wissenschaft auf einer Stufe stehen. Die heutige Realisierung der Beziehungen von Administration und Wissenschaftlern, die eine Dichotomie von Politik und Wissenschaft mit genau festgelegter Verteilung von Rollen und Rollenerwartungen unterstellt, ist eine durch Arbeitsteilung kaum gerechtfertigte Entfremdung der Verwaltung von ihrer ursprünglichen Bestimmung.

Es handelt sich hier um die Frage einer endogenen Kompetenzsteigerung der Verwaltung: Wie kann man die Verwaltung so ausrüsten, daß sie imstande ist, die ihr gestellten Aufgaben auf wissenschaftlichem Niveau zu bewältigen? Die Auslagerung der Problembewältigung ist eine Notlösung und alle Mißlichkeiten, die Herr Schelsky aufzählte, sind Kennzeichen einer unbefriedigenden Übergangssituation.

Die Institution von Beiräten und Gutachten stellt vielleicht einen ersten Versuch dar, die Wissenschaft in die Verwaltung zu integrieren. Doch ist das nur ein bescheidener erster Schritt auf dem Wege zur absolut notwendigen Verwissenschaftlichung der Administration.

Altmann

Herr Schelsky zeigte uns ein breites Panorama der wissenschaftlichen Beratungsmöglichkeiten. Man kann tatsächlich nicht mehr übersehen, daß sich die Wissenschaft zu einem hochqualifizierten Dienstleistungsgewerbe entwickelt und damit ein Prozeß ihrer Vermarktung vor sich geht. Der Druck der Wissenschaft auf die öffentlichen Strukturen, Verbände, Bürokratie, Parlament und so weiter nimmt ebenfalls zu, indem man erklärt, die Politiker seien Banausen, wenn sie den Rat der Wissenschaften nicht einholen, das heißt faktisch, wenn sie die Angebote der wissenschaftlichen Dienstleistung nicht akzeptieren. Pädagogen zum Beispiel üben einen starken moralischen Druck auf die Verbände aus, um als Gutachter herangezogen zu werden, weil sie noch nicht zu den hochdotierten Gutachtern gehören.

Ich spreche von diesem Prozeß der Vermarktung durchaus nicht im Sinne eines Unwerturteils, aber man sollte dabei nicht so oft von Ethos und Autonomie reden. Nach meiner Kenntnis des heutigen wissenschaftlichen Berufslebens herrscht ein Trend zur öffentlichen Teilnahme, weil die wissenschaftliche Autorität letztlich auch eine Frage des Marktpreises ist.

Becker

Das Wort ethisch ist in unserer Diskussion vielleicht dem Sinne nach, jedoch nicht in der Formulierung gefallen. Dagegen wurde das Wort berufsmoralisch hervorgehoben.

Schelsky

Das ist nicht ganz das gleiche und wurde von mir meistens sehr kritisch angewandt.

Altmann

Ich wollte Ihre Ausführungen nicht kritisieren, Herr Schelsky, sondern ergänzen. Das Angebot der Wissenschaft muß mit einer gewissen Nachfrage korrespondieren. Das gilt besonders für die Sozialwissenschaften, die ihre Sozialtechnik anbieten; auch die Bildungsforschung gehört dazu. Das ist kein privatwirtschaftlicher Markt, sondern man strebt eine Beziehung zur Öffentlichkeit im weiteren Sinne an. Die öffentlichen Strukturen gehören zur modernen Gesellschaft und sind Auftraggeber großen Stils.

Hier entwickelt sich ein Marktmechanismus, der seine Eigengesetzlichkeit hat. Man darf diesen Prozeß nicht ethisch bewerten, etwa im Hinblick auf die Frage, wie die Politik auf wissenschaftliches Niveau kommen könne, sondern muß ihn als eine Notwendigkeit für die Zukunft begreifen.

Es erscheint mir durchaus fraglich, ob politische Planung eine Aufgabe für die Wissenschaftler sein kann, wie es hier anklang. Handelt es sich nicht vielmehr um eine Umorientierung der klassischen Bürokratie und die Entwicklung wissenschaftlicher Stäbe mit anderen Ausbildungsmethoden? Ich möchte behaupten, daß es für die Professoren besser wäre, wenn sie wieder auf die Lehrstühle zurückgedrängt würden.

Weiterhin sollten wir das Problem der Beratung nicht ausschließlich als Kontaktproblem von Wissenschaft und Politik betrachten. Ich halte die Frage der Vermachtung der Wissenschaft in der Gesellschaft für außerordentlich wichtig. Die Wissenschaft wird zu einem neuen Machtfaktor in einem Dreieck, das von wissenschaftlich-technologischem Fortschritt, Verwaltung und wirtschaftlichem Prozeß gebildet wird. Der parlamentarische Ritus wird dabei anscheinend nur noch vordergründig gebraucht. Hier wird in der Mischung sachlicher und moralischer Autorität nur die Spitze eines Eisberges sichtbar, dessen Umfang sich noch kaum ausmessen läßt.

Dams

Zweifellos hat die Wissenschaft einen Anspruch darauf, den Meinungs- und Willensbildungsprozeß durch Gutachten zu fördern. Nun gebe ich zu, daß nicht alle von der Wissenschaft abgegebenen Gutachten im Sinne der vorurteilsfreien Stellungnahme objektiv sind. Aber Ihre Formulierungen, Herr Altmann, sind zu einseitig. Insgesamt betrachtet, wissen Sie nicht, welche Positionen die Wissenschaft bei Erteilung eines Auftrages einnehmen wird. Beim Industrie- und Handelstag, bei den Gewerkschaften, den Arbeitgebern und anderen weiß man es dagegen sehr genau.

Altmann

Man weiß es in den meisten Fällen.

Dams

Wenn Sie, wie Herr Schelsky, von der Wissenschaft als solcher sprechen, wissen Sie es glücklicherweise nicht. Die Wissenschaften, also auch die Sozialwissenschaften, sind anonym in ihrem Anspruch. Wenn man ein wirkliches Gutachten einholt, weiß man im voraus nicht, wie die Ergebnisse den Meinungs- und Willensbildungsprozeß beeinflussen werden.

Altmann

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, Herr Dams. Wir wissen genau, welche Professoren auf einem bestimmten Gebiet der Ökonomie oder des öffentlichen Rechts welche Lehrmeinung vertreten. Wir kennen auch die Preise, die sie verlangen. Danach richten wir uns einfach.

Preuss

Herr Altmann sprach sowohl von einer Vermarktung als auch von einer Vermachtung der Wissenschaft. Eine Vermarktung hat auf keinen Fall stattgefunden, denn weder im ökonomischen noch im kulturellen Bereich besteht heute noch ein Markt im ursprünglichen Sinne. Wir haben heute den organisierten Kapitalismus. Im eigentlichen gesellschaftlichen Bereich gibt es keine

Konkurrenzsituationen mehr, sondern relativ statische, hochbürokratisierte und konzentrierte Apparate ökonomischer und militärischer Art. In dieser gesellschaftlichen Situation tritt tatsächlich eine Vermachtung ein. Es zeigt sich nämlich, daß sich diese Apparate die modernsten Möglichkeiten der heutigen Wissenschaften bereits angeeignet haben, ohne daß die Öffentlichkeit es bemerkt hat.

Die modernen Entscheidungs-, Spiel- und Konflikttheorien wurden bei General Motors und im Pentagon entwickelt. Eine solche Funktion der Wissenschaft ist in der Tat höchst bedenklich, weil sie zeigt, daß der Anspruch der Wissenschaft auf Autonomie auf der einen und auf eine Zusammenarbeit mit der Politik auf der anderen Seite in einem öffentlichen Sinne nicht mehr möglich ist. Denn bezeichnenderweise haben alle großen Apparate wissenschaftliche Stäbe. Lediglich das Parlament hat keinen. Allerdings wäre ein Parlament mit einem wissenschaftlichen Stabe auch nicht befriedigend, denn es hat bei uns heute schon in gewisser Weise eine Herrschafts- und keine demokratisch-pluralistische Funktion mehr.

Die Wissenschaft ist heute eine Produktivkraft von unermeßlichem Wert für den gesellschaftlichen Fortschritt. Deshalb besteht das Problem der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik vor allem darin, die Wissenschaft als materielle Gewalt, wie sie sich in den Apparaten darstellt, wieder in den kontroversen Sektor der Gesellschaft zurückzuholen und in irgendeiner Form von Öffentlichkeit zu konstituieren. Das läßt sich jedoch heute praktisch kaum noch realisieren, da wir keine naive Öffentlichkeit im aufklärerischen Sinne mehr voraussetzen, die dem 19. Jahrhundert angehört. Angesichts der heutigen Vermachtung muß eine andere Form von Öffentlichkeit entwickelt werden, deren soziologisches Substrat etwa in einer technischen Intelligenz liegen könnte, die heute erst ausgebildet wird.

Damit hängt das Problem der Autonomie der Wissenschaft zusammen, die in Artikel 5, Absatz 3 des Grundgesetzes verankert ist. Das ist die Autonomie eines Individuums, des Wissenschaftlers, sowie die institutionelle Garantie einer in sich geschlossenen autonomen Korporation "Universität", wie sie im 19. Jahrhundert verstanden wurde. Wie aber Herr Schelsky an der Deutschen Forschungsgemeinschaft und den Stiftungen zeigte, ist der Prozeß der Wissenschaftspolitik, selbst an den traditionellen Lehrstühlen Soziologie oder Jurisprudenz, mit Streitigkeiten und Kontroversen über politische Konzeptionen, Forschungsvorhaben und dergleichen in einem Maße belastet, daß von einer Autonomie kaum mehr gesprochen werden kann.

In der Deutschen Forschungsgemeinschaft beispielsweise wird handfeste Wissenschaftspolitik betrieben. Man gesteht sich das jedoch nicht ein und erkennt die gesellschaftliche Vermittlung des heutigen Wissenschaftlers sowie den Umstand, daß er in einem weiteren gesellschaftlichen Konnex steht, nicht an. Deshalb kann man ihm am Ende nur noch moralische Vorwürfe machen, wie es bei Herrn Schelsky ja auch häufig anklang. Man sagt also, er vergäbe sich etwas, wenn er Parteigutachten anfertigt oder sich als Wissenschaftler tarnt, in Wirklichkeit aber ein Lobbyist ist. Wenn man den Autonomiebegriff des 19. Jahrhunderts bewahrt, anstatt zu versuchen, einen neuen, gesellschaftlich vermittelten zu entwickeln, bleiben tatsächlich nur noch moralische Ansprüche.

Das Problem ist deshalb so wichtig, weil es um die Frage geht, welche Wahrheiten in fünfzig Jahren herrschen werden. Diese Wahrheiten werden heute entschieden. Leider geschieht dies in einem unkontrollierten Prozeß, sei es auf der Ebene der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Volkswagenstiftung und ähnlicher Institutionen oder auf der Ebene der großen Bürokratien, wofür ich beispielhaft das Pentagon und General Motors nannte. Die Entscheidungen über die in fünfzig Jahren herrschenden Wahrheiten fallen also außerhalb der Öffentlichkeit.

Hofstätter

Was bedeutet eigentlich der Satz, daß die Wissenschaft Macht besitzt? Die Wissenschaft schlechthin gibt es ja gar nicht. Ist damit ein einzelner Wissenschaftler gemeint oder was sonst? Auch die "materielle Gewalt" der Wissenschaft ist eine wunderschöne Vokabel, nur ist sie, glaube ich, ohne Sinn.

Ich gehöre zu den Dutzend-Wissenschaftlern. Eigentlich gibt es nicht Ärmeres als die Wissenschaft. Sie muß sogar "schnorren" gehen, was Herr Schelsky vorhin anprangerte, und sich das auch noch einigermaßen plausibel machen. Da die Autonomie unserer Wissenschaft zwar die Lehre deckt, aber nicht die Forschung, müssen wir doch irgendwie sehen, wo wir die Forschungsmittel herbekommen.

Jedoch sind wir noch aus einem anderen Grund arme, vielleicht aber auch lustige Teufel. Das erleichtert das Los etwas. Wir kommen hier nämlich dauernd mit voreiligen Perfekten ins Gespräch. Im Titel des Abends steht etwas von Experten; das ist ein Perfektum. Herr Schelsky gebrauchte den Ausdruck Gelehrter, das ist auch ein Perfektum. Als ob sich die staatlichen Institutionen an einen

Wissenschaftler wenden und sagen könnten: "Hier ist ein Problem, Du weißt die Lösung. Nun sei so freundlich und teile sie uns mit". Wenn die Dinge so lägen, genügte das Anfängerlehrbuch und wahrscheinlich ein eben fertig gewordener Doktorand, um es zu interpretieren.

De facto aber sind alle wesentlichen Fragen ungelöst, und die Wahrscheinlichkeit, daß ein Wissenschaftler sie auch tatsächlich beantworten kann, liegt bei ungefähr 20 Prozent. Die Wissenschaft ist notwendigerweise ein äußerst luxuriöses Geschäft der Gesellschaft, in dem das, was die Angelsachsen "waste motion" nennen, einen großen Raum einnimmt. Ich habe keine Ahnung, welches Ergebnis ich erziele, wenn ich mich auf einen Forschungsweg einlasse. Ich glaube, alles Gerede von der "Macht der Wissenschaft" traut dieser etwas zu, was sie in keiner Weise besitzt, ja was ihrem Geist völlig zuwider ist, nämlich ein schon bereitliegendes Wissen. Wir suchen das Wissen von morgen, wobei wir allerdings keine Wahrheiten setzen oder bestimmen, sondern nur hoffen können, sie gelegentlich zu finden.

Dams

Lassen Sie mich jetzt einmal grundsätzlich die Frage einer befriedigenden Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Auftraggeber am Beispiel der Zuordnung von theoretischer und praktischer Wirtschaftspolitik herausstellen. Beiden ist gemeinsam, daß sie von der konkreten Wirtschaftswirklichkeit auszugehen haben; das gilt auch für die theoretische Wirtschaftspolitik, deren Vorschläge sonst nicht praktikabel wären. In diesem Zusammenhang könnte zum Beispiel gefragt werden, ob es zweckmäßig ist, daß der "Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" einerseits Aussagen über die Zusammenhänge des Wirtschaftswachstums macht, andererseits jedoch die Daten der europäischen Integration nicht einbeziehen zu müssen glaubt. Wenn die konkrete Wirtschaftswirklichkeit der Ausgangspunkt sowohl der theoretischen als auch der praktischen Wirtschaftspolitik ist, könnte man hier der Auffassung sein, daß auch diese Daten in das Jahreshgutachten hätten mit eingehen müssen.

Als zweites haben theoretische und praktische Wirtschaftspolitik die Kompromißlösung gemeinsam. Dabei ist jedoch ein grundsätzlicher Unterschied zu beachten: Die theoretische Wirtschaftspolitik geht rational, logisch - vom Kostendenken her - vor. Die praktische Wirtschaftspolitik bietet dagegen ein Ergebnis an, das aus den Kräfteverhältnissen der pluralistischen Gesellschaft resultiert. Selbstverständlich formulieren politische Parteien oder Verbände ihre Zielsetzungen optimistischer, als es die theoretische Wirtschaftspolitik in ihrer rationalen Überlegung tun würde. Aber gerade die Konfrontation der Kompromißlösungen der theoretischen mit denjenigen der praktischen Wirtschaftspolitik halte ich in der Tat für einen wichtigen Beitrag der Sozialwissenschaften.

Im Rahmen dieser Fragestellung müßte die Problematik aufgezeigt werden, die mit dem Werturteilsstreit in der Nationalökonomie verbunden ist. Die Auseinandersetzung darüber, ob sich die Wissenschaft auch zu den Zielen der Wirtschaftspolitik äußern darf, ist zwar noch nicht beendet, wir sind in dieser Grundsatzfrage seit Max Weber jedoch ein Stück weitergekommen. Selbstverständlich wollen und sollen wir keine Kathederwertungen vornehmen. Hinsichtlich des Ziel-Mittel-Katalogs besteht aber heute durchaus die Auffassung, daß die Wissenschaft gegenüber den naiven und dogmatischen Zielvorstellungen bestimmter Gruppen ihren Beitrag zu einem systematischen Zielbewußtsein leisten müsse. Bereits aus den einzusetzenden Mitteln, die in einer bestimmten Bandbreite vorgegeben sind, kommt die Wissenschaft zu einer entsprechend begrenzten Beurteilung der Zielvorstellungen, ob sie es expressis verbis will oder nicht will. Jedoch können heute, wie Karl Schiller ausgeführt hat, Ziele und Mittel gar nicht mehr scharf voneinander unterschieden werden.

Ein ähnlicher Sachverhalt ergibt sich bei Daten und Prozessen in der Wirtschaftswissenschaft. Was heute Prozeß ist, wird morgen Datum der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung. Meines Erachtens gibt die Anerkennung dieser Zusammenhänge die Basis für eine wirksame Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis der Wirtschaftspolitik ab.

Wenn ich Herrn Schelsky in einem weiteren Punkt richtig verstanden habe, ist er erstens gegen eine Institutionalisierung von Ausschüssen, zweitens gegen gemischte Ausschüsse und drittens gegen eine Veröffentlichung der in den Ausschüssen erarbeiteten Ergebnisse. In diesen drei Punkten vertrete ich eine entgegengesetzte Auffassung. Herr Becker und ich waren nicht von Ihrer Einsicht getragen, Herr Schelsky, als wir zum Beispiel die Berufung in den Deutschen Bildungsrat, einem solchen gemischten Ausschuß, angenommen haben.

Schelsky

Ich früher auch nicht, aber nach meinen Erfahrungen bin ich heute dagegen.

Becker

Der Unterschied zwischen Herrn Schelsky und uns liegt eben darin, daß er die Erfahrung bereits hinter sich hat und wieder ausgetreten ist.

Schelsky

Ich bin gegen gemischte Ausschüsse von Wissenschaftlern und Interessenvertretern, nicht etwa gegen solche von Regierungsvertretern und Wissenschaftlern.

Dams

Ich bin nicht gegen eine Teilnahme an Sitzungen von Ausschüssen, in denen Wissenschaftler und Interessenvertreter angetroffen werden. Vielleicht ist es hier angebracht, sich einmal einige Gedanken über die verschiedenen Spielarten der Beratungen durch die Wissenschaft und der Ausschüsse mit Beteiligung der Wissenschaften zu machen.

Betrachten wir zunächst den einzelnen Wissenschaftler als Berater eines Politikers, einer Institution oder einer Verwaltungsbehörde. Diese Beratung kann durch einen Vertreter der Wissenschaften erfolgen, der an einer Universität tätig ist. Die internationalen Organisationen wie EWG, EGKS, OECD haben in vielfältiger Weise diese Form der Beratung durch "Consultants" und "Conseillers" praktiziert. In manchen Ländern, unter anderem in Belgien, haben auch staatliche und halbstaatliche Institutionen hauptamtliche Beraterstellen, die ihre unabhängigen Stellungnahmen außerhalb der üblichen Verwaltungshierarchie abgeben.

Des weiteren gibt es die Arbeit der Wissenschaftler in den Beiräten der Bundes- und Landesministerien.

Die wissenschaftlichen Beiräte erhalten ihre Themenstellungen vom zuständigen Ministerium beziehungsweise wählen sich ihren Beratungsgegenstand in Abstimmung mit dem Ressortminister. Welchen Wert eine solche Institutionalisierung wissenschaftlicher Tätigkeit hat, zeigt das Beispiel des Getreidepreisgutachtens. Von den politischen Institutionen war normativ vorgegeben, die Voraussetzungen und Konsequenzen aufzuzeigen, um bei einem auf 36,- DM je Doppelzentner gesenkten Weizenpreis zu Pro-Kopf-Einkommen in der Landwirtschaft zu gelangen, die keine Vergrößerung des Abstandes zwischen industrieller und agrarischer Entlohnung beinhalten. Die Veröffentlichung dieses Gutachtens hat gezeigt, daß die dazu erforderliche Abwanderung aus der Landwirtschaft nur zu einem Drittel aus der Preissenkung, aber zu zwei Dritteln aus dem kräftigen Wirtschaftswachstum resultieren wird.

Die Institutionalisierung in Form der wissenschaftlichen Beiräte gibt den Gutachten eine Bedeutung, die ihnen sonst nicht zukäme. Die zuständigen Verwaltungen, die Ministerien, stehen mit ihren qualifizierten Beamten zur Verfügung, um die für die Erstellung des Gutachtens notwendigen Auskünfte zu geben. Wo diese der Wissenschaft nicht zur Verfügung gestellt werden, hört allerdings die wirkungsvolle Arbeit solcher Beiräte auf, wie sich am Beispiel des Konzentrations-Ausschusses zeigt. Weiterhin steht im allgemeinen den wissenschaftlichen Beiräten nicht das Veröffentlichungsrecht ihres Gutachtens zu; ob und wann veröffentlicht wird, entscheidet der zuständige Minister. Es ließen sich verschiedene Beispiele anführen, daß diese Regelung durchaus nicht nachteilig ist.

Ein anderes Beispiel der institutionalisierten wissenschaftlichen Stellungnahme, jedoch mit obligatorischer Veröffentlichung, ist die durch Gesetz verfügte Bildung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Herr Schelsky hat sich dann durchaus für eine Zusammenarbeit von Wissenschaft und Verwaltung in gemischten Ausschüssen ausgesprochen. Als ein solcher Ausschuß kann der Wissenschaftsrat bezeichnet werden; Vertreter der Wissenschaft und der Verwaltung verabschieden gemeinsam die Stellungnahmen.

Im Gegensatz dazu wandte sich Herr Schelsky gegen gemischte Ausschüsse, in denen Vertreter der Wissenschaft und der Interessenverbände Sitz und Stimme haben. Es gibt verschiedene solche Ausschüsse in der Bundesrepublik, die sogar durch Gesetz oder Verwaltungsabkommen institutionalisiert sind. So wurde zum Beispiel der Beirat für Raumordnung nach § 9 des Bundesraumordnungsgesetzes vom 8. 4. 1965 beim Bundesinnenministerium einberufen, dem neben Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen Vertreter der Verbände und Organisationen angehören. Ein weiteres Beispiel ist der Deutsche Bildungsrat; zur Bildungskommission zählen Vertreter der Wissenschaft, der Schulpraxis, der Kirchen sowie der einzelnen Wirtschaftsbereiche einschließlich der

Gewerkschaften. Von diesem Gremium werden die Vorschläge nach Artikel 2 des Verwaltungsabkommens verantwortlich entwickelt. Die Regierungskommission wird lediglich konsultiert.

Vor dem Hintergrund dieser verschiedenen Formen der Zusammenarbeit von Verwaltung, Interessenvertretung sowie Politik einerseits und der Wissenschaft andererseits können einige Vorteile, aber auch einige Vorbedingungen einer wirksamen Arbeit von gemischten Ausschüssen genannt werden. Aus dieser Gruppierung ergibt sich eine neue Dimension der Information wechselseitiger Art. Weiterhin enthalten die Stellungnahmen solcher gemischten Ausschüsse eine größere Wirklichkeitsnähe, weil Gruppen der pluralistischen Gesellschaft daran mitgearbeitet haben, was unter Umständen ein großer Vorteil für die praktische Durchsetzbarkeit der Vorschläge ist.

Allerdings muß der Vertreter der Wissenschaften einige Vorbedingungen stellen: Entscheidend ist die Möglichkeit der Abgabe von Minderheitenvoten, und wichtig ist ihre Veröffentlichung im Rahmen der gesamten Stellungnahme. Unter diesen Voraussetzungen kann die Wissenschaft ihre Verantwortung auch in gemischten Ausschüssen beim Prozeß der Meinungs- und Willensbildung voll übernehmen, indem sie ihre objektiven Feststellungen trifft.

Meine Ausführungen sollten zeigen, daß ich gerade für die gemischten Ausschüsse eine Institutionalisierung, Minderheitenvoten und eine Veröffentlichung befürworte, andernfalls wäre die Mitarbeit der Wissenschaft unmöglich.

Seeger

In letzter Zeit bildet sich immer mehr ein Typ von Kommissionen in zwei Ebenen heraus. Eine Kommission von Politikern bildet die obere und die Sachverständigenkommission die untere Ebene. Beide stehen in ständigem Konnex miteinander. Die Sachverständigen teilen ihre Ergebnisse mit, die Politikerkommission modifiziert den Auftrag gegebenenfalls auf Grund dieser Ergebnisse und sorgt dafür, daß eine entsprechende politische Umsetzung erfolgt.

Becker

Es gibt im Bildungsrat noch eine besondere Komponente. Dort steht die Regierungskommission bisher auf dem Standpunkt, daß nicht sie, sondern nur die Bildungskommission Beschlüsse fassen darf. Die Beratung geht also ohne Beschlußfassung vor sich.

von Dohnanyi

In der bisherigen Diskussion scheint die Perspektive der Wissenschaft zu dominieren. Auf der anderen Seite steht aber das Problem der Aufnahmefähigkeit der Politiker. Ich habe Zweifel, ob bei aller Pragmatik des Ansatzes von Herrn Schelsky die Lösungsmöglichkeiten auf organisatorischer Ebene liegen.

Sie sind sicherlich mit mir darin einig, daß von den Politikern in der täglichen Arbeit sehr viel weniger an Wissen verwendet wird, als ihnen in den Lexika zur Verfügung steht. Es hat aber doch einen Grund, warum das Bedürfnis nach besserer Orientierung und damit auch die Nachfrage nach wissenschaftlicher Beratung fehlen. Ich muß Herrn Sombart widersprechen, der meinte, daß die Parlamentarier in der Bürokratie Gesprächspartner finden können, die sachverständig genug sind. In Gesprächen mit der obersten Ebene der Bürokratie bin ich oft erschrocken über das "lexikalische Unwissen", dem man dort begegnet.

Sombart

Das kommt vor. Meine Feststellung betraf eher die Parlamentarier, deren wissenschaftliches Niveau noch darunter liegt.

Becker

Die Frage des Niveaus darf nicht mit der Fähigkeit der Beherrschung von Vokabularen verwechselt werden. Wenn die Sprachen nicht beherrscht werden, liegen darin auch Grenzen in der Benutzung von Lexika. Es gibt außerordentlich nützliche Lexika, die aber in einem wissenschaftlichen Partei-Chinesisch gehalten sind, was die Überbrückung der Sprachbarrieren erheblich erschwert. Diese trennen nicht nur unsere kleinen Kinder voneinander, sondern auch die Erwachsenen, die verschiedene Funktionen in diesem Gemeinwesen bekleiden.

von Dohnanyi

Man muß sich aber doch fragen, warum dieses Gefühl der Vermarktung, von dem Herr Altmann sprach, keineswegs dort besteht, wo die Wissenschaft seriös versucht, von sich aus Rat zu geben. Ich glaube, das rührt von der relativ geringen Nachfrage her.

Deshalb beschäftigt mich das prinzipielle Problem der Mentalität von Wissern und Entscheidern. Ohne auf die Kategorien Max Webers zurückzugreifen, gibt es vielleicht diese beiden unterschiedlichen Persönlichkeitstypen. In vielen Fällen löst eine Zentralisation der Macht auf der einen und eine Dezentralisation des Wissens auf der anderen Seite die Möglichkeiten der Entscheidung auf. Die Frage ist, inwieweit durch die wissenschaftliche Vorbereitung ein komplexes Problem besser entschieden werden kann. Oftmals ist es für den Entscheider äußerst schwierig, die wissenschaftlichen Ergebnisse in die politische Entscheidung mit einzubeziehen.

Gegenwärtig befinden sich in Europa zwei Wissenschaftler in entscheidenden politischen Positionen, nämlich Professor Erhard und Premier Wilson. Es scheint mir kein Zufall zu sein, daß es beiden angeblich an der Entscheidungswilligkeit fehlt. Dagegen war Adenauers Mentalität durchaus nicht wissenschaftlich geprägt, aber er hatte keinerlei Schwierigkeiten, sich zu entscheiden. Inwieweit bestehen hier Zusammenhänge, die auf den Persönlichkeitstyp, auf die Mentalität, zurückzuführen sind?

Becker

Dabei sind wir uns wohl darüber einig, daß es in der Persönlichkeitsstruktur entscheidungshindernde Faktoren gibt, die nicht wissenschaftlicher Natur zu sein brauchen.

von Dohnanyi

Da haben Sie recht, Herr Becker. Das Beispiel war von mir sehr mutwillig gewählt.

Warum funktioniert aber, um ein anderes Beispiel zu verwenden, in Frankreich die Kooperation zwischen Industrie und Politik einerseits und der Wissenschaft andererseits so viel besser als bei uns? Ist das vielleicht auch ein Vorbildungs- und Mentalitätsproblem?

Sombart

In Frankreich ist das Niveau der hohen Verwaltungsbeamten höher.

von Dohnanyi

Warum gibt es in den USA innerhalb von wenigen Jahren so eklatante Unterschiede im Gebrauch wissenschaftlicher Beratung in der Politik wie zwischen Kennedy und Johnson? Das ist doch keine Frage der Möglichkeit von Hearings oder von Institutionen. Entscheidend war die Mentalität von Präsident Kennedy, der über ein ganz anderes Problembewußtsein verfügte als sein Nachfolger.

In der Industrie kann häufig ein Generaldirektor, der keinerlei Marktforschung und ähnliche Dinge treibt, jedoch markt- und produktbewußt ist, weitaus besser sein als ein anderer, der sich mit einem großen Stab von Fachleuten umgibt, selber aber nicht problembewußt ist.

Liegt unsere Problematik deshalb nicht viel weniger auf der organisatorischen Ebene - wie also Wissenschaftler und Politiker zusammenzubringen sind - als vielmehr darin, wie die Mentalität der Politiker verändert werden kann? Natürlich wäre eine derartige Veränderung erst in einem langwierigen Prozeß möglich.

Lassen Sie mich einen pragmatischen Vorschlag machen. Ich glaube, die Wissenschaft würde das Problembewußtsein und damit die Nachfrage nach ihrer Hilfestellung, vielleicht sogar die Präzision in der Problemstellung, wesentlich fördern, wenn sie die politische Relevanz und die Konsequenzen bestimmter Entwicklungen in größerem Umfang als bisher aufzeigte. Man sollte sich nicht wie bisher in der Regel darauf beschränken, auf diese und jene Zusammenhänge zu verweisen. Man müßte darüber hinausgehen und die Bedeutung bestimmter Entwicklungen für die politischen Entscheidungen klar vorzeichnen.

Das müßte mit sehr einfachen Darstellungen geschehen, wobei man an den gegenwärtigen "unterlexikalischen" Wissensstand der Politiker denken sollte. Man darf auch nicht übersehen, wie stumpf das Entscheidungswerkzeug ist, für das oft so rasiermesserscharfe wissenschaftliche Vorbereitungen getroffen werden. Erst wenn die Politiker die Informationen auch wirklich verarbeiten

wollen, wird es gelingen, eine sinnvolle Form der Zusammenarbeit - abgesehen von allen organisatorischen Fragen - zu finden.

Heerwagen

Wie wichtig eine Änderung der Mentalität ist, Herr von Dohnanyi, zeigt die Göttinger Befragung, die in 120 Interviews bei 17 Ministerien erfolgte. Danach antworteten die leitenden Ministerialbürokraten auf die Frage, warum nach ihrer Meinung Sachverständige durch ihre Minister herangezogen würden, in der Reihenfolge etwa folgendes: Weil Zeit zu gewinnen ist; weil Tabus angegriffen werden sollen, die wir als Politiker nicht gern angreifen; weil man gute Argumente gegen die Opposition gewinnt; weil man sich damit in der öffentlichen Diskussion abschirmen kann; weil man damit von vornherein wissenschaftliche Gutachten bei eventuellen Auseinandersetzungen, unter Umständen auch in Prozessen, abwehren kann.

Wenn diese Überlegungen im Vordergrund stehen, dann fehlt allerdings das Problembewußtsein völlig.

Raupach

In diesem Zusammenhang sollte einmal untersucht werden, welche Konsequenzen die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik für die Struktur einer parlamentarischen Demokratie hat. Können nicht Institutionen für eine solche Zusammenarbeit gefunden werden, die das Parlament aufwerten, anstatt es gegenüber der Regierung und deren Bürokratie noch mehr in den Hintergrund zu drängen?

Die Parlamentarier wären mitunter schon zufrieden, wenn sie nur das vermittelt bekämen, was die Wissenschaft schon weiß. Die Sozialwissenschaften zum Beispiel wären allein auf Grund ihrer bereits vorliegenden und gesicherten Erkenntnisse in vielen Fällen durchaus sofort in der Lage, zuverlässige Ratschläge und Informationen zu geben, auf die der Politiker seine Entscheidungen rational gründen kann. Woher bekommt das Parlament heute das wissenschaftliche Material für seine politischen Entscheidungen, die es entsprechend unserer politischen Ordnung zu fällen hat?

Aus der Diskussion ging hervor, daß das Parlament überwiegend auf diejenigen wissenschaftlichen Erkenntnisse angewiesen ist, die ihm von der Exekutive, der Verwaltung, der Bürokratie angeboten werden. Inwieweit und wie häufig werden aber diese Informationen bereits so aufbereitet, umgeformt und dargeboten, daß das Parlament überhaupt nicht mehr die verschiedenen Gestaltungsmöglichkeiten eines politischen Problems ausmachen kann und so die von der Verwaltung suggestiv vorgelegte einzige Lösung wohl oder übel akzeptieren muß?

Dams

Das Parlament, beziehungsweise die Ausschüsse des Parlaments haben durchaus die Möglichkeit, bei der Beratung einer Gesetzesvorlage die Vertreter der Wissenschaften um ihre Stellungnahme zu bitten. So hat man zum Beispiel im Jahre 1955 im Bereich der Agrarpolitik bei der Beratung des umstrittenen Landwirtschaftsgesetzes eine Reihe von Wirtschaftswissenschaftlern gebeten, vor dem betreffenden Ausschuß den derzeitigen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse darzulegen. Das gleiche geschah vor einigen Wochen bei der Beratung der schwierigen Gesetzesvorlage zum Schutz der Veredelungsproduktion in bäuerlichen Betrieben. Das hat den Ausschuß allerdings nicht daran gehindert, ohne Rücksicht auf die von der Wissenschaft aufgezeigten Zusammenhänge aus politischen Gründen bei der Formulierung, wie sie jetzt vorliegt, zu bleiben.

Becker

Man muß natürlich fragen, ob bei der heutigen Komplikation der Probleme solche Hearings, so wichtig und nützlich sie in einem gewissen Sinne sind, das ersetzen, was eine detaillierte wissenschaftliche Beratung der Parlamentarier erreichen könnte.

Sombart

Es bleibt auch fraglich, ob selbst ein wissenschaftlich sehr gut beratenes Parlament bei den Entscheidungen der Regierung noch das nötige Mitspracherecht behalten kann, sobald es sich um technische Probleme handelt, die ein großes Sachverständnis erfordern. Dieses Sachverständnis kann nicht durch Expertisen allein geliefert - grob gesprochen: gekauft - werden; es ist nur durch eine selbständige Beschäftigung mit den Problemen zu erringen. Das erfordert einen neuen Parlamentarientyp und neue Arbeitsmethoden des Parlaments.

Lohmar

Das Bild von der Wissenschaft und dem Wissenschaftler ist in den legislativen Entscheidungsgremien sehr diffus. Das sollte man zur Kenntnis nehmen, wenn man sich über die Frage der Übersetzung unterhält. Unsere Agrarpolitiker beispielsweise, die früher auf den Lieben Gott, den Regen und ihren Fleiß vertrauten, sehen zwar die Nützlichkeit des Grünen Plans ein, nicht aber die Funktion der Chemie für die Ergiebigkeit ihres Tuns, denn das eine ist unmittelbar sichtbar, das andere nicht.

Ich glaube nicht, daß man die Verwaltung in ihrer Fähigkeit zu übersetzen so hoch veranschlagen kann, wie das hier gelegentlich anklang. Zwar würde ich jederzeit zugeben, daß das Parlament in seiner Gesamtheit den Spitzen der Verwaltung unterlegen ist, aber man kann beide nicht miteinander vergleichen. Dann müßte man die gesamte Verwaltung von der Putzfrau bis zum Staatssekretär dem gesamten Parlament gegenüberstellen. Ich habe bei verschiedenen Parlamentsausschüssen die Erfahrung gemacht, daß die Experten im Parlament denen der Bürokratie jedenfalls in Bonn - oft beträchtlich an Sachverstand überlegen sind.

Im übrigen ist die Verwaltung durch die überkommene Arbeitsgliederung nach sogenannten hoheitlichen Merkmalen bisher daran gehindert worden, den Maßstäben eines Leistungsdenkens und eines Leistungswettbewerbs zu entsprechen. Schon durch das Hineinragen einer obrigkeitsstaatlich orientierten Verwaltungs- und Bewertungsstruktur kann sie oft nicht in sachgemäßer Weise mit außenstehenden Beratungsorganen, seien es Wissenschaftler oder andere, kooperieren. Aus dieser traditionellen Struktur der öffentlichen Verwaltung folgt, daß selten etwas auf der Ebene entschieden wird, auf der es sachlich entschieden werden könnte: Das meiste wird nach oben weitergeschoben. Es gibt keine Delegation der Verantwortung von oben nach unten mit einer klar abgegrenzten Arbeitsteilung. Der Umbau der öffentlichen Verwaltung in Richtung auf ein vernünftiges Leistungsdenken hin ist eine der Voraussetzungen, die auf der Verwaltungsebene geleistet werden müssen, um wissenschaftliche Beratung effektiv werden zu lassen.

Die Sachberatung durch Wissenschaftler kann vielleicht insoweit zu einer demokratisch legitimierten politischen Entscheidungsvorbereitung beitragen, als sie den Spielraum für Interessen und Ideologien in vielen Fällen erheblich einschränkt. Beides halte ich selbst bei den bis heute noch vorhandenen begrenzten Möglichkeiten für einen Vorzug.

Seeger

Ich habe einmal untersuchen lassen, wie viele wissenschaftliche Ausschüsse und Gremien es bei der Bundesregierung gibt. Im Bundeshaushalt finden sich Ansätze für Sitzungsgelder und Spesen für etwa 50 Beiräte, 35 Kommissionen und 20 Ausschüsse. Dazu kommen Unterausschüsse und Arbeitskreise. Man kann also allein bei der Bundesregierung mit annähernd 100 wissenschaftlichen Beiräten rechnen. Unter Hinzunahme der Länder erhöht sich diese Zahl in der gesamten Bundesrepublik auf etwa 180. Das sollte man sich vergegenwärtigen, um den Umfang zu ermessen, den diese Form der Beratung angenommen hat.

Koch

Sind das alles Dauerinstitutionen?

Seeger

Zum Teil sind es kleine Gremien, wie zum Beispiel die Sachverständigenausschüsse für national wertvolle Archive und für national wertvolles Kulturgut. Aber auch zeitlich begrenzte Beiräte wie die Trägerkommission gehören dazu.

Becker

Da es ständig neue vorübergehende Beiräte gibt, bleibt die Zahl im Schnitt immer gleich.

Seeger

Was für Gelder gibt nun der Staat für die gezielte Forschung aus? Dabei sind drei Begriffe zu unterscheiden. Der Staat fördert erstens die freie Forschung, die sich selbst die Themen stellt, mit ganz erheblichen Beträgen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft gibt DM 160 Millionen, die Bundesministerien vielleicht 30 bis 40 Millionen, Nordrhein-Westfalen allein beteiligt sich mit 20 Millionen. Alle diese Förderungsbeträge werden gewährt, wenn ein Wissenschaftler für ein Forschungsvorhaben einen Zuschuß erbittet.

Daneben gibt es die Auftragsforschung. Dabei erteilt der Staat den Auftrag, aus wissenschaftlichen Gründen ein Problem zu untersuchen. Der Staat bestimmt das Thema, weil er es zum Beispiel für notwendig hält, einer bestimmten Frage der Atomforschung nachzugehen.

Schließlich haben wir die Ressortforschung, die uns hier besonders interessiert, wobei es sich um Arbeiten handelt, die ein Minister einem Forscher überträgt, um ministerielle Entscheidungen vorzubereiten. Dafür finden sich in den meisten Haushalten bei weitem nicht so große Beträge, wie man erwarten sollte. Ich habe in Nordrhein-Westfalen einmal festgestellt, daß der Minister für Landwirtschaft dort etwa DM 750.000, der Bauminister DM 320.000 und der Wirtschaftsminister etwa DM 2.500.000 - jeweils im Jahr - zur Verfügung haben.

Becker

In welcher der drei Gruppen erscheinen Forschungsaufträge zur Beantwortung großer parlamentarischer Anfragen?

Seeger

Auch das ist Ressortforschung. Dafür haben die Ressorts in den Landeshaushalten und wahrscheinlich auch im Bundeshaushalt höchstens einige Millionen.

Becker

Im Bundeshaushalt sind meines Wissens die Beträge sehr viel höher.

Lohmar

Sie liegen knapp unter einer Milliarde, einschließlich des Verteidigungshaushalts.

Seeger

Der Verteidigungshaushalt sprengt natürlich jede Größenordnung. Normalerweise aber verfügt man nur über einige Millionen und in den kleineren Fachministerien höchstens über einige Hunderttausend, um Forschungsthemen bearbeiten zu lassen, die für das Ministerium interessant sind.

Becker

Da müßte man wohl die Haushalte sehr genau nach Kategorien überprüfen, weil viele Formen der Ressortforschung unter anderen Titeln untergebracht werden können.

Seeger

Solche Titel dienen der Förderung von Untersuchungs- und Entwicklungsvorhaben, aber nicht mehr der eigentlichen Forschung. Rechnet man diese Titel hinzu, dann sind die Summen wesentlich höher.

Was wird nun eigentlich mit dem Geld gemacht? Bei der Untersuchung dieser Frage stößt man mitunter auf unerfreuliche Ergebnisse. Die Aufgaben werden manchmal ohne genügend sorgfältige Überlegung gestellt; das Thema wird nicht ausreichend präzisiert. In solchen Fällen ist die Forschungsarbeit im Grunde nicht verwertbar. Sie wird von einigen Referenten gelesen und verschwindet darauf in den Schreibtischschubladen. Das geschah wohl auch in dem Fall, den Herr Schelsky erwähnte und der besonderen Anlaß zur Kritik gab.

Becker

Ich würde jetzt gern das zentrale Problem der Übersetzung aufgreifen, das zwar bei verschiedenen Rednern bereits anklang, jedoch noch nicht ausführlich genug behandelt wurde.

Wir stellten fest, daß es Gremien wie den Wissenschafts- und den Bildungsrat gibt, die weder dem Bereich der Wissenschaft noch der Politik zuzurechnen sind. Sie sind vielmehr geradezu für diesen Umsetzungsprozeß konstruiert. Obwohl in den gesetzlichen Bestimmungen von den Vorbereitungen von Plänen gesprochen wird, ist dieser Prozeß mit dem Wort Planung etwas unvollkommen umschrieben.

Diese Gremien ziehen nun ihrerseits wieder Sachverständige und Gutachten heran. In diesen Zusammenhang gehört der Satz von Herrn Mayer, daß man sich hüten müsse, aus der Wissenschaft eine Ersatzreligion zu machen. Ich halte es für bedeutsam, daß gerade ein Wissenschaftler das ausspricht.

Mir fiel neulich bei einer Vorstellung des "Faust" II. Teil in der Version von Herrn Mayer ...

Mayer

Das Stück ist aber immer noch von Goethe!

Becker

... der Satz aus der Kaiserszene auf - übrigens nicht nur mir, sondern auch dem Publikum -: "Entschlüsse sind nicht zu vermeiden!" Dieses Wort war mir weder in der Schule noch bei späteren Begegnungen mit dem zweiten Teil des "Faust" ins Bewußtsein gedrungen. Aber an jenem Abend brach das Publikum in spontanen Beifall aus und hatte bei diesem Satz offenbar einen neuen, unmittelbaren Zugang zu Goethe gefunden.

Die Frage der Entscheidungsbildung wird jedoch durch einen Rückgriff auf die Wissenschaft nicht etwa erleichtert. Eine Gesellschaft, die aus irgendwelchen Gründen nicht entscheidungsfähig ist, wird es nicht durch Wissenschaft.

Schließlich bestanden in der Frage der Öffentlichkeit noch erhebliche Differenzen. Herr Schelsky hielt ein Plädoyer für Geheimhaltung, was allerdings wie viele der Schelskyschen Einzelheiten nicht frei von ironischen Komponenten war. Die Geheimhaltung ist ein komplexes Problem, wobei es darauf ankommt, wann wer was veröffentlicht, und die Frage der Öffentlichkeit führt unmittelbar in das Gebiet der demokratischen Legitimation von Entscheidungen.

Öffentlichkeit ist nicht etwa gleichbedeutend mit Wahrheit, wie es in der Diskussion gelegentlich anklang. Andererseits ist sie ein ausschlaggebender Faktor in diesem Gespräch über Wissenschaft und Politik und müßte genauer analysiert werden. Welche Gefahren ergeben sich aus diesem Zusammenhang für das Funktionieren der Demokratie? Wie kann die Zusammenarbeit zwischen Experte und politischer Praxis so gestaltet werden, daß in diesem Übertragungsvorgang solche Gefahren nicht eintreten?

Gäfen

In unserer bisherigen Diskussion schienen mir die metaphysische, die logische und die institutionelle Ebene etwas durcheinander zugehen. Des öfteren wurde Jürgen Habermas zitiert. In diesem Zusammenhang ist das metaphysische Verhältnis zwischen Theorie und Praxis natürlich nicht mit den institutionellen Voraussetzungen identisch, von denen Herr Schelsky bei der Trennung der Institutionen autonome Wissenschaft und Politik ausging.

Das rein logische Problem ist dabei einfach zu lösen, denn selbstverständlich lassen sich wissenschaftliche Aussagen ohne politischen Einschlag formulieren. Sie können aber dennoch politische Voraussetzungen und Wirkungen haben. Die Wertfreiheit der Aussage ist an sich möglich, das löst jedoch das hier zugrunde liegende politische Problem nicht. So stellt sich zum Beispiel in den Expertenurteilen die Frage nach der politischen Durchsetzbarkeit. Dieses Problem dürfte dem der Transformierbarkeit ähnlich sein. Berücksichtigt man es nicht, wird der Vorwurf erhoben, daß die Vorschläge unrealistisch seien.

In der Nationalökonomie gibt es seit langem Konjunkturmodelle, die sich sozio-technisch umformulieren lassen und mit deren Hilfe man dem Staat den Einsatz dieser und jener Instrumente zur Bremsung einer Hochkonjunktur empfehlen konnte. Dagegen wurde eingewendet, das ließe sich nicht durchsetzen, weil die Politiker die entsprechenden Maßnahmen, wie zum Beispiel Steuererhöhung und Stilllegung der Steuergelder in Zeiten der Hochkonjunktur, nicht akzeptieren. Die Wissenschaftler bauten daraufhin das Verhalten der Politiker in ihr Modell mit ein, was natürlich bedeutet, daß sie diese gleichsam als steuerbar ansehen und zu manipulieren suchen. Auf diese Weise gewinnt die Wissenschaft untergründig eine beherrschende Position.

In ähnlicher Weise geschieht das durchaus notwendige Transformieren des Gutachtens. Dadurch droht jedoch die Gefahr der Vulgarisierung, weil man es so populär formulieren möchte, wie man es guten Gewissens kaum noch verantworten kann. Dennoch geht man aus praktischen Gründen so vor, da man sicher ist, die richtigen Konsequenzen gezogen zu haben. Um es durchzusetzen, versucht man, die Meinung des Politikers zu manipulieren.

Setzt man, wie Herr Schelsky, die Neutralitätsfunktion der Wissenschaft gegenüber politischen Interessen voraus oder will man die Wissenschaft gesellschaftlich-politisch "einbauen", sind diese Probleme nicht zu umgehen, denn der Wissenschaftler treibt sozusagen seine eigene Wissenschaftspolitik. Er ist natürlich daran interessiert, daß wirksam wird, was seinen Einsichten

entspricht. Insofern gibt es keine Wissenschaft, die nicht Politik ist, wenn sie auch in ihren Aussagen unpolitisch erscheinen mag.

Wir haben am Beispiel des Sachverständigenrates gesehen, daß diese Problematik zum Teil mit den Zielen in Zusammenhang steht, die von der Politik gesetzt werden, weil diese nicht operational formuliert sind und erst interpretiert werden müssen. So gibt es wirtschaftstheoretisch kein "angemessenes" Wachstum. Wohl kann man von einem stetigen Wachstum und ähnlichem sprechen, und das läßt sich definieren. Ein angemessenes Wachstum aber nimmt auf irgendeinen Gerechtigkeitsstandpunkt Bezug, der nicht wissenschaftlicher Natur sein kann. Muß man also die Ziele erst konkretisieren, so setzt dadurch eine Mitgestaltung an der Aufgabe ein, die eigentlich dem Politiker zugemessen ist.

Ich sehe dennoch gewisse Schwierigkeiten darin, den Wissenschaftler tatsächlich nur als beratenden Experten zu institutionalisieren. Er wird zwangsläufig immer mehr sein, wobei es ein politisches und demokratisches Gestaltungsproblem ist, wieweit man das tolerieren will.

Glubrecht

Bisher wurden im wesentlichen die Probleme der Geisteswissenschaften einschließlich der Verhaltenswissenschaft besprochen. Tritt nun aber der Naturwissenschaftler oder auch Techniker als beratender Wissenschaftler auf, so sehen manche Aspekte etwas anders aus, als es sich in den Referaten und in der bisherigen Diskussion gezeigt hat. Die Frage der Voraussetzungslosigkeit erschien zum Teil in einem sehr düsteren Licht. In den exakten Wissenschaften, abgestuft über die biologischen bis hin zu den technischen Wissenschaften, ist diese Voraussetzungslosigkeit zwar nicht gerade bedingungslos, aber doch viel eher und in einem weit höheren Maße gegeben. Man kann im Prinzip sagen, daß ein naturwissenschaftliches oder auch technisches Gutachten zunächst einmal wertfreie Tatsachen im Sinne von Herrn Gäfgens Ausführungen enthält, die sich zumeist in objektiv nachprüfbaren Ergebnissen, Zahlen, Kurven, niederschlagen. Im allgemeinen wird der Naturwissenschaftler primär oder vielleicht überhaupt ausschließlich solches Tatsachenmaterial anliefern.

Man kann Naturwissenschaftler hinsichtlich gewisser Tendenzen oder Richtungen auch nicht abstempeln, wie es Herr Schelsky erwähnte. Es gibt in diesem Sinne keine Richtungen und keine Vorurteile. Natürlich kann auch der Naturwissenschaftler seine Ergebnisse interpretieren. Es ist aber von entscheidender Bedeutung, daß man bei einem naturwissenschaftlich-technischen Gutachten das Tatsachenmaterial sauber von der Interpretation trennt, so daß man beides gut auseinanderhalten kann. Freilich zeigt dann die Interpretation, daß auch der Naturwissenschaftler kein chemisch gereinigtes Wesen ist, das nur in der Wissenschaft schwebt, sondern gleichzeitig ein Mensch mit politischen Vorstellungen, ein Staatsbürger. Die Interpretation enthält also unter Umständen Komponenten, die über die Voraussetzungslosigkeit hinausgehen.

Nun treten bei technisch-naturwissenschaftlichen Gutachten Mißverständnisse auf, die auf zwei Gründe zurückzuführen sind. Einmal bewegen sich solche Gutachten - besonders auf dem Gebiet der Atomkerntechnik oder der Weltraumtechnik - in Bereichen, die an so viele Sachkenntnisse gebunden sind, daß es dem Angehörigen von politischen oder Verwaltungsgremien schwer wird, sie zu begreifen. Herr Becker hob bereits hervor, daß die Durchsetzung der Verwaltung mit Wissenschaftlern hier Abhilfe schaffen könnte. Das handhaben unsere Bundesministerien zum Teil auch bereits vorbildlich, insbesondere natürlich das Wissenschaftsministerium. Die naturwissenschaftlichen Sachbearbeiter sind dort die Pfeiler, von denen aus die Brücken zu den reinen Wissenschaftlern geschlagen werden, die in ihrer Forschungstätigkeit vielleicht nicht die Beziehungen zu den praktischen Bedürfnissen haben. Es ist also durchaus zu befürworten, daß Wissenschaftler, insbesondere Naturwissenschaftler und Ingenieure, in die Ministerien aufgenommen werden. Sie mögen dort zwar mit der Zeit ein wenig an Fachkenntnissen verlieren, es bleibt jedoch das grundsätzliche Verständnis der Fachsprache und damit die wichtige Funktion des Brückenschlags.

Ein anderer Grund für Mißverständnisse und Mißdeutungen technisch-naturwissenschaftlicher Gutachten liegt in der Fragestellung, die oft nicht komplex genug gehalten ist. Ein typisches Beispiel hierfür ist die Beratung in Zivilschutzfragen, wo man getrennte Universitäten und sogar Institute beauftragte, Explosions-, Hitze- und Strahlenwirkungen zu untersuchen. Jede Wirkung für sich allein erwies sich als nicht so gefährlich. Bei der Summierung aber unterliefen offenbar einige Irrtümer. Häufig unterläßt man es, bei allgemeinen Fragen - so zum Beispiel bei den hydrologischen - biologische Konsequenzen mit einzubeziehen. Da könnten die wissenschaftlichen Fachleute in den Ministerien bei der Formulierung der Fragestellung helfen.

Es wäre aber wirksamer, wenn sich gerade in den Naturwissenschaften die Tendenz ausbreiten würde, der Öffentlichkeit die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung stärker zugänglich zu machen, und zwar gleichzeitig mit den Interpretationen für die praktischen gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen. Herr Heerwagen sprach bereits davon. Eine solche Tendenz ist neuerdings in vielen Ländern spürbar, und man sollte sie in jeder Weise fördern. Wenn die Wissenschaftler von sich aus und in interfakultativer Zusammenarbeit die gesellschaftlichsoziologischen Konsequenzen ihrer Erkenntnisse bekannt machen würden, dann hätte das den Vorteil, daß es nichts kostete - um auch auf einen Einwand von Herrn Altmann einzugehen.

Dabei möchte ich noch bemerken, daß gerade im Bereich der Naturwissenschaften eine gewisse Vermarktung nicht gar so schädlich ist. Ich glaube, die in diesem Zusammenhang ausgegebenen Beträge sind gut angelegt, wenn auf Grund einer technischpraktischen Nachfrage aus den zugeteilten Mitteln auch für die Grundlagenforschung so viel abfällt, daß diese dadurch gefördert wird.

Mestmäcker

Es gibt auch im Bereich der Naturwissenschaften parallele Fragen, wie sie Herr Schelsky für die Sozialwissenschaften gestellt hat. Denken Sie nur an die Rolle des Mediziners, der die möglichen Nebenwirkungen eines Medikamentes zu begutachten hat, die den Absatz des Produktes beeinflussen. Oder nehmen Sie Gutachten über Nebenwirkungen von Pflanzenschutzmitteln und Dünger, die Implikationen für die menschliche Gesundheit haben können. Hier sieht man deutlich, daß mit der sozialen Relevanz der Aussagen die Fragestellung und die Eingrenzung der Aussage sowie ihre politische - in meinem Beispiel wirtschaftliche - Bedeutung genau die gleiche Rolle spielen wie in den Sozialwissenschaften.

Glubrecht

Sicher, aber das ist doch letztlich eine Frage der Interpretation. Man kennt heute genügend Methoden, um zum Beispiel den gesamten Komplex der Auswirkungen von Pharmaka zu untersuchen. Es gehört zur Objektivität des Tatbestandes, daß angegeben wird, welche Tests vorgenommen wurden und welche nicht. Ich bin weit davon entfernt, Naturwissenschaftler oder auch Mediziner als eine Art verklärter Menschen hinzustellen.

Mestmäcker

Mir ging es nur um die wertfreien Tatsachen. Offenbar liegen die Probleme hier in den Natur- und den Sozialwissenschaften häufig parallel.

Glubrecht

Für die Wissenschaft ist die Absatzfrage keine Wertfrage.

Schelsky

Das kommt auf das Honorar an.

Becker

Ich glaube, es ist uns allen nicht ganz wohl bei der allzu scharfen Unterscheidung zwischen den Geisteswissenschaftlern und den Naturwissenschaftlern.

Glubrecht

Ich sagte gleich zu Beginn meiner Ausführungen, daß sich das kontinuierlich abstuft.

Becker

Diese Dinge spielten sich sinnfällig für die politische Öffentlichkeit erstmalig in den Auseinandersetzungen zwischen Oppenheimer, Teller und anderen Wissenschaftlern ab.

Wenn ich heute zum Beispiel anstelle von Herrn Stoltenberg fragen müßte, ob in den nächsten zehn Jahren Milliarden in die Immunbiologie oder die Weltraumforschung investiert werden sollen, weil die finanziellen Mittel für beides nicht ausreichen, würde ich von den Naturwissenschaftlern wahrscheinlich keine eindeutige Antwort bekommen, obwohl sie viele Tabellen vorlegen könnten. Gerade in diesem Zusammenhang ist uns der kontroverse Charakter auch wissenschaftlicher Äußerungen sehr bewußt geworden.

Glubrecht

Das ist richtig, Herr Becker, die Ergebnisse müssen nicht unbedingt eindeutig sein. Die Gefahr der Einseitigkeit ist deshalb gegeben, weil die Fragestellungen nicht den komplexen Sachverhalt umfassen. Der Immunbiologe wird nichts über die Weltraumforschung aussagen können. Aber jeder Wissenschaftler wird natürlich in der Lage sein, für sein Fach das Tatsachenmaterial und die Entwicklungsmöglichkeiten aufzuweisen. Die Entscheidung darüber, welche Ziele verwirklicht werden sollen, ist dann in der Tat eine volkswirtschaftliche und keine wissenschaftliche Frage mehr.

Becker

Aber wie sollen die armen Volkswirte diese Entscheidungen treffen? Darin liegt doch das Problem.

Gäfigen

Dazu sind auch die Volkswirte nicht in der Lage. Sie können lediglich verschiedene Maximen angeben; wie man sich zum Beispiel gegenüber dem Risiko naturwissenschaftlicher Forschung in ökonomischer Weise verhalten soll, etwa Maxime der Minimierung des maximalen Bedauerns oder etwas ähnliches.

Sombart

Die verantwortlichen politischen Instanzen stehen also vor Entscheidungen, deren Voraussetzungen die Kompetenzen einzelner Wissenschaftszweige übersteigen. Sie könnten wissenschaftlich eigentlich nur beantwortet werden, wenn man - sit venia verbo - eine neue Superwissenschaft entwickelt. Herr Lohmar hat den Begriff Zukunftswissenschaft in die Diskussion geworfen. Es kann aber auch eine Gesellschaftswissenschaft in einem weiteren Sinne als dem bisher üblichen sein, nämlich eine Verwaltungswissenschaft nach Lorenz von Stein. Jedenfalls ist hier zum ersten Mal der Punkt sichtbar geworden, wo der Politiker eine Position einnimmt, in der er, was die intellektuelle Bewältigung eines Problemzusammenhangs betrifft, dem Nur-Wissenschaftler gegenüber die besseren Standortbedingungen und darum die höheren Erkenntnischancen hat.

Becker

Herr Glubrecht befürwortete, daß Wissenschaftler in die Verwaltung geholt werden. Da Herr Schelsky den Wissenschaftler als unabhängigen Gelehrten in Einsamkeit und Freiheit definierte, stellt sich die Frage, ob ein solcher Wissenschaftler im Ministerium diesem Gelehrtentyp hinsichtlich seiner Aufgabe, die Wahrheit zu suchen, noch innerlich zugeordnet ist oder ob er etwas anderes darstellt.

Ritter

Das ist ein Kommunikationsproblem.

Sombart

Es ist eine Frage des geistigen Niveaus der Bürokratie.

Glubrecht

Natürlich sind das in dem von Herrn Schelsky angedeuteten Sinne keine "reinen" Wissenschaftler mehr. Aber wie jeder einsichtige Wissenschaftler anerkennt, daß man Politik nur dann versteht, wenn man praktisch darin gearbeitet hat, wird man auch nur den als Wissenschaftler akzeptieren, der eine Zeitlang praktisch in der wissenschaftlichen Forschung tätig gewesen ist.

Dams

Wer eine akademische Ausbildung erhalten hat, ist - so möchte ich es einmal formulieren - zum wissenschaftlichen Arbeiten "verurteilt". Das trifft insbesondere auf die moderne Verwaltung zu. Glücklicherweise werden die Fälle häufiger, in denen die Beamten vor ihrer Verwaltungstätigkeit in einem Forschungsinstitut einige Jahre wissenschaftlich gearbeitet haben. Bei der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist zum Beispiel eine größere Zahl von Beamten tätig, die vorher auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik eine saubere wissenschaftliche Arbeit geleistet haben. Wenn sehr oft gesagt wird, daß die Verwaltung die Problemstellungen der Wirtschaftswissenschaften nicht versteht, dann möchte ich hier von der Gegenseite her behaupten: Die Vertreter der Wirtschaftswissenschaften sind häufig nicht in der Lage, seitens der Wissenschaft der Verwaltung

Hinweise und Alternativen vorzulegen, die den praktischen Erfordernissen der Verwaltung entsprechen, und zwar einfach deshalb, weil der Wissenschaft die Einsichten in diese Strukturen und Prozesse abgehen.

Ich halte diese strenge Scheidung zwischen Wissenschaft und Verwaltung im Sinne der zu vollziehenden Arbeit nicht für gerechtfertigt. Ich möchte jedoch nicht mißverstanden werden: Die Zielsetzungen und Aufgaben sind selbstverständlich verschieden, aber die Arbeitsmethode müßte annähernd gleich sein.

Vielleicht bin ich aber in dieser Frage vorbelastet, weil ich nach meiner Habilitation sechs Jahre bei der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gearbeitet habe, bevor ich zur Universität zurückging.

Lohmar

Die Beschäftigung von Wissenschaftlern in Ministerien kann man auch kritisch beurteilen. Wir haben zum Beispiel einige Wissenschaftler im Wissenschaftsministerium und eine Beratungskommission für Weltraumforschung. Außerdem gibt es die Gesellschaft für Weltraumforschung, eine Art mittelbares Exekutivorgan der Bundesregierung. Die Wissenschaftler im Ministerium nehmen eine Zwitterstellung ein. Sie sind nicht ohne weiteres zu einer Objektivierung von Ratschlägen seitens der beteiligten Beratungsgremien in der Lage, sondern ihre Loyalität wird sowohl zur politischen als auch zur wissenschaftlichen Seite hin strapaziert, wobei sie gelegentlich nach beiden Seiten hin bis zur Hilflosigkeit entartet.

Ich gebe zu, daß Wissenschaftler mit praktischer Erfahrung in der Forschung in Ministerien nützlich sein können. Das Problem aber ist, wie sie sich in diesem Pluralismus von Ratschlägen von nur einem einzigen Beratungsgremium unabhängig machen können. In der Weltraumforschung haben wir den Fall, daß diejenigen, die vom Staat das Geld bekommen, ihn zugleich beraten, und zwar - wie es Herr Altmann sagte - als ein Kartell von Interessenten.

Glubrecht

Die Weltraumforschung in Deutschland ist eben noch sehr unterentwickelt.

Becker

Dieses Problem wird sich an vielen anderen Stellen wiederholen, da bestimmte Entscheidungen nicht zu vermeiden sind. Sobald man nicht mehr alles beliebig fordern kann, sondern gezwungen ist, das eine zu tun und das andere zu lassen, stellt sich bereits bei der Überlegung, welche Wissenschaft den Vorrang erhalten soll, die Frage, welche Wahrheit in fünfzig Jahren eine größere Rolle spielen wird. Von hier aus relativiert sich auch die Stellung des sogenannten unabhängigen Gelehrten.

Lindemann

Ich möchte noch einmal an Herrn Mayers Ausführungen anknüpfen und betonen, daß eine Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik weitgehend von der Wandlung des gegenseitigen gesellschaftlichen Selbstbewußtseins abhängt. In der Bundesrepublik ist dieses Selbstverständnis heute zum Teil nicht mehr zeitgemäß.

Altmann

Meinen Sie das ethisch, Herr Lindemann?

Lindemann

Die gegenseitigen Ressentiments sollten abgebaut werden. Die Politiker fürchten sich vor den Wissenschaftlern oder wollen nichts mit ihnen zu tun haben. Herr Schelsky forderte die Autonomie der Wissenschaft. Ich halte es für falsch, daß die Wissenschaftler sich nicht mit der Politik einlassen sollen.

Schelsky

Das ist eine völlige Fehlinterpretation meiner Aussage.

Becker

Ihre Autonomie-Vorstellung, Herr Schelsky, ist offenbar von einigen Teilnehmern so verstanden worden, als ob Wissenschaft und Politik durch eine möglichst saubere Trennung ihrer Funktionen gewinnen könnten.

Schelsky

Meine Definition betraf zunächst nur die Institutionen. Ich wollte das Problem der institutionell praxisgebundenen Wissenschaft, nämlich Forschungs-, Planungs- und Entwicklungsinstitute bei Behörden, ausschalten. Mir ging es um die Wissenschaftler, die in einem öffentlichen Amt als reine Wissenschaftler tätig sind. Diesen institutionellen Tatbestand können Sie doch nicht leugnen. Alle Zwischenpositionen leben davon, daß die westliche Demokratie die freie wissenschaftliche Institution kennt. Trotz noch so vieler Interpretationen der Frage, wie politisch die Wissenschaft sein solle, gebe ich diese Institution nicht auf. Die verfassungsrechtliche Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und Lehre ist dokumentiert und verkörpert sich Institutionen in Wissenschaftlern, die diesen Freiheitsanspruch erheben können. Andererseits leiten sich daraus auch bestimmte Verpflichtungen ab. Umsonst haben die Wissenschaftler die Freiheit der eigenen Ziel- und Problemstellung sowie der Veröffentlichung und so weiter wohl nicht.

Herrn Dams muß ich darauf hinweisen, daß ein Ordinarius einer Universität, der sich genauso versteht wie ein Angestellter einer internationalen Behörde, kein Ordinarius ist. Wahrscheinlich mißverstehen wir uns jetzt, Herr Dams. Sie meinten die Art, wie man Wissenschaft treibt. In diesem Punkte stimme ich Ihnen zu. Aber die Position an der Universität ist eine andere. Daran halte ich selbst auf die Gefahr hin fest, daß man mich für rückständig hält. Diese Position des autonomen praxisgebundenen Wissenschaftlers ist einer der "rochers de bronze" unseres wissenschaftlichen Systems.

Von hier aus bin ich nun für Kooperation und frage: Wie ist das Verhältnis der Wissenschaft zur Politik in unserem freiheitlichen demokratischen System? Die Legitimität der wissenschaftlichen Aussage muß sich auf rein wissenschaftliche Positionen beziehen. Ich bin nicht der Meinung - das wurde zwischen Herrn Mayer und mir geklärt;- , daß die Wissenschaft damit selber keine politische Aufgabe habe und vom wissenschaftlichen Kriterium her keine Entscheidungen mit politischen Konsequenzen fälle. Ich stehe vielmehr auf dem Standpunkt, daß die freie Wissenschaft die Position eines Partners in der Kooperation mit der Politik einnehmen muß. Diese Aussage, die in der Verfassungs-Grundordnung steht, mögen Sie für banal halten, und auch wenn Sie mich antiquiert schelten, gehe ich davon nicht ab. Diese autonome Wissenschaft kann sich selbst politisch verstehen, was auch ich selber betonen würde, jedoch nicht als reinen Dienstleistungsbetrieb.

Durch die grundsätzliche Experten- und Beratungssituation ist unser Wissenschaftssystem in eine Krise geraten. Da bin ich mit Herrn Altmann einer Meinung. Die Wissenschaft versteht sich in der Tat nicht mehr als autonom, und ihr Dienstleistungsangebot könnte das Fundament der Freiheit der Wissenschaft erschüttern. Darüber mache ich mir keine Illusionen, überdeckt man das mit dem Terminus "politische Verantwortung", so ist das eine dubiose Redewendung, denn es ist doch zweifelhaft, ob diese politische Verantwortung noch aus der Autonomie der Wissenschaft kommt oder aus einer Serviceleistung. Dieses Problem wollte ich mit dem idealtypischen Auseinanderreißen von autonomer Wissenschaft - vor allem institutionell gemeint - und ihrem Anspruch von der Politik her aufzeigen.

Dams

Es scheint nicht nur schwierig, zwischen Wissenschaft und Politik eine Verständigung zu erzielen - auch zwischen Wissenschaftlern treten manchmal Mißverständnisse auf. Der Unterschied der Arbeit einer Verwaltung und derjenigen einer wissenschaftlichen autonomen Institution ist mir durchaus bekannt, Herr Schelsky. Daß sich ein Ordinarius an einer Universität - etwa gegenüber der Politik - anders versteht als ein Beamter einer internationalen Behörde, bedarf keiner weiteren Diskussion. Meine eigene Entscheidung zeigt sehr deutlich, daß die Position an der Universität hinsichtlich der Stellungnahmen im Prozeß der politischen Meinungs- und Willensbildung eine andere ist.

Aber hier stand die Frage der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Verwaltung zur Diskussion. In diesem Punkte muß der modernen Verwaltung zuerkannt werden, daß sie ebenfalls wissenschaftlich arbeitet. Diese Feststellung - wie auch die Forderung, daß die Wissenschaft den Stachel der konkreten Wirtschaftswirklichkeit stärker zu sehen hat ist für eine erfolgreiche Zusammenarbeit eine der wesentlichen Voraussetzungen.

Mayer

Je länger wir diskutieren, desto weniger bin ich mit den Grundlagen von Herrn Schelsky einverstanden. Wir haben wirklich ganz verschiedene Auffassungen von Wissenschaft. Herr Schelsky - ich will es einmal zugespitzt formulieren - versucht immer wieder, gesellschaftliche Entwicklungen zu ethischen Entscheidungen zu machen. Das ist meiner Meinung nach auf Grund der realen Tatbestände nicht haltbar.

Es gibt zwei extreme Positionen in der Auffassung vom Wissenschaftler. Beide sind bedenklich. Die eine entspricht der Wilhelm von Humboldtschen Idee. Sie ist nach wie vor theoretisch und in vielem - da gebe ich Ihnen recht, Herr Schelsky - auch noch praktisch die Grundlage unseres Universitätstyps: mit der Einheit von Forschung und Lehre, mit der Unabhängigkeit des Hochschullehrers, mit seinem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit und all den Dingen, die damit rechtlich zusammenhängen. Von der Literaturgeschichte her nenne ich das die Position des Hochschullehrers im Sinne von Felix Werner bei Gustav Freytag in der "Verlorenen Handschrift". Das ist eine antiquierte und, um das Lieblingsadjektiv von Herrn Becker zu gebrauchen, eine "rührende" Auffassung aus dem 19. Jahrhundert. Heute entspricht sie keineswegs mehr der Realität.

Das andere ist die Fetischisierung, die Verklärung der Wissenschaft zu einer Ersatzreligion. Dieses Phänomen tritt mit verschiedenen Aspekten, aber in der Sache identisch, sowohl im Osten als auch im Westen auf. Das betrifft im Osten nicht nur den wissenschaftlichen Sozialismus von Marx und Engels, sondern führt sogar zu der Tendenz - so zum Beispiel in der DDR;- jeden als unwissenschaftlich zu bezeichnen, der nicht die offizielle politische Linie vertritt.

Ich spreche hier als ein gebranntes Kind, denn ich habe oft genug im "Neuen Deutschland" über Hans Mayers "unwissenschaftliche Theorien" gelesen, um zu wissen, wie dort der Begriff der Wissenschaft manipuliert wird.

Ich glaube, daß die Dinge im Westen nicht wesentlich anders liegen. Hier wird in einem Säkularisierungsprozeß der Typ des Wissenschaftlers als merkwürdiger Übermensch in einer Art Ersatzreligion bis in die Fernsehspiele und Tonfilme hinein kultiviert.

Ich glaube nicht, daß es in der Wissenschaft eine Entscheidungsfreiheit in aller Unabhängigkeit - von Voraussetzungslosigkeit im Sinne Max Webers wollen wir jetzt gar nicht sprechen - wirklich gibt. Wie sieht es denn in den einzelnen Disziplinen bei den Geisteswissenschaften aus? Der Jurist zum Beispiel ist zunächst interpretatorisch an einen vorhandenen Rechtszustand gebunden. Die Rechtsdogmatik setzt sich mit der Gesetzgebung und den Rechtssystemen auseinander. Da hat er kaum eine freie Entscheidung. Als Staatsrechtler kann er das Grundgesetz interpretieren, auch wenn er es ablehnt. Ebenso verhält es sich mit dem Strafgesetzbuch aus den siebziger Jahren. An den einzelnen Normen kann er höchstens rechtspolitisch - de lege ferenda, wie man das nennt - Kritik üben.

Bei der Nationalökonomie ist schon die Terminologie interessant. Mit dem Begriff der nationalen Ökonomie ist bereits eine ideologische Fixierung im Sinne einer bestimmten Theorie des 19. Jahrhunderts verbunden, genauso wie manche germanistische Institute heute noch Deutsche Philologie im Sinne einer Wissenschaftskonzeption verstehen, die es nicht mehr gibt.

Wie sieht es in der Berufungspolitik aus? Wenn an der Universität X der Lehrstuhl für Philosophie zu besetzen ist, so weiß man genau, welche Richtung der Philosophie dort möglich ist und welche nicht. Genauso verhält es sich mit den Berufungen in den anderen Geisteswissenschaften, zum Beispiel in der Geschichte. Die Spannweite für Ihre unabhängigen, entscheidungs- und voraussetzungslosen Wissenschaften, Herr Schelsky, hängt doch stark davon ab, wie Sie Wissenschaftler geworden sind, wie Sie an eine bestimmte Hochschule kamen, wie Sie berufen wurden und warum andere mögliche Berufungen nicht zustande gekommen sind. Wir müssen diese Probleme also von der gesellschaftlichen Totalität aus betrachten. Eine Entscheidungsfreiheit, wie Sie sie voraussetzen, ist in diesem Maße gar nicht gegeben.

Trotzdem bleibt für den Einzelnen die Möglichkeit, von Fall zu Fall zu entscheiden. Da haben Sie recht, und insofern stimme ich Ihnen zu. Diese Entscheidung hängt jedoch sehr von seinem gesellschaftlichen Bewußtsein ab. Es gibt eine Fülle von Manipulierungen, zum Beispiel durch die Kommunikationsmittel und durch eine konzentrierte Presse, die der Manipulierte gar nicht als solche empfindet. Man glaubt, die Entscheidung in voller Freiheit zu treffen. Diese Freiheit besteht aber schon längst nicht mehr, da die entsprechenden Informationsmöglichkeiten gar nicht gegeben sind. Deshalb sollten wir jetzt endlich einmal die Probleme des Wissenschaftlers sehr genau analysieren, um überhaupt zu erkennen, was er leisten, was von ihm verlangt werden kann.

Wenn Sie Ihren Einwand auf die Wissenschaftler, die im Dienste des reinen Lobbyismus stehen, begrenzen, trifft das nicht das wirkliche Problem. Die Frage müßte vielmehr lauten: Welche Freiheit

hat der Wissenschaftler, und wie ist sie zu verwirklichen? Da hat Herr Dams Ihnen gegenüber durchaus recht, wenn er keinen großen qualitativen Unterschied sieht zwischen dem Wissenschaftler im Dienste einer Verwaltung, eines Ministeriums oder der EWG, einer großen Schule oder Bildungsbehörde einerseits und dem Wissenschaftler, der die seltene Position des Ordinarius an einer Hochschule hat, andererseits. Das sind keine qualitativen, sondern quantitative Probleme.

Mestmäcker

Wie weit halten Sie normative Institutionalisierungen überhaupt für möglich, Herr Mayer? Darum geht es doch. Wir beweisen nichts gegen die Institutionalisierung der Wissenschaft, wenn wir feststellen, daß der Sinngehalt der Institution nicht dauernd verwirklicht wird. Man kann es dennoch anstreben. Die Unabhängigkeit der Rechtsprechung zum Beispiel ist genauso eine Institutionalisierung. Wir kommen offensichtlich auf eine Institutionentheorie hinaus, die kein spezifisches Problem der Institution der Wissenschaft ist.

Schelsky

Sie unterschieben mir Positionen, Herr Mayer, um sie bekämpfen zu können. Ich bin kein Fetischist der Wissenschaft. Ich habe pragmatisch eine Kritik an meiner eigenen institutionellen Position vorgetragen. Desgleichen führte ich die Humboldtsche Position nicht fort. Der Titel meines Buches "Einsamkeit und Freiheit" ist eben auch ironisch zu verstehen. Inhaltlich versucht diese Schrift weitgehend, die Überwindung der Einsamkeit nachzuweisen.

Ich stelle Ihnen jetzt nur eine Frage, Herr Mayer: Was bedeutet eigentlich in unserer gegenwärtig geltenden Verfassung "Freiheit von Forschung und Lehre"? Wer kann sie in Anspruch nehmen und warum?

Mayer

Ich verstehe darunter das maximale Bemühen des Wissenschaftlers, im Rahmen seiner Einsicht in die vorhandenen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Triebkräfte für das Interesse der Sachgerechtigkeit zu entscheiden, ohne für ein materielles Interesse einzutreten.

Schelsky

Unter autonomer Wissenschaft verstehe ich, daß ihre Forschungsselbstbestimmung institutionell gesichert ist. Mehr habe ich nicht ausgeführt.

Radke

Institutionen können Sie die Wissenschaft nur an der öffentlichen Anstalt, in der Universität, sichern. Es gibt doch aber auch außerhalb der Universität Wissenschaft. Wollen Sie die ebenfalls institutionell sichern?

Schelsky

Es gibt die Max-Planck-Institute und eine ganze Reihe von Institutionen, die von öffentlichen Trägern unter dem Aspekt der autonomen Wissenschaft gehalten werden.

Radke

Ist denn Industrieforschung keine Wissenschaft?

Schelsky

Keine autonome!

Mayer

Ist das eine qualitativ andere Wissenschaft?

Schelsky

In der Sozialforschungsstelle in Dortmund ist auf meine Anregung hin von Professor Klages und Dr. Hetzler eine Untersuchung über die Grundlagen der nicht-universitären Forschungsinstitute durchgeführt worden, in deren Zentrum die Entwicklungs- und Forschungsinstitute in Großbetrieben

stehen. Es ist hochinteressant, wie sich bei den dort tätigen Wissenschaftlern zwei völlig verschiedene Leitbilder verschränken, aus denen ihre Einstellung zur Forschung soziologisch erklärt werden muß: Von der Universität oder von der Technischen Hochschule haben sie das Leitbild einer autonomen Wissenschaft erhalten. Das andere Leitbild wird von den Unternehmens- und Betriebsstrukturen bestimmt, die unter dem Prinzip der Gewinnmaximierung stehen. In diesem Dilemma befindet sich jeder Wissenschaftler, der Institutionen nicht zur autonomen Wissenschaft gehört, womit ich die nur von öffentlichen Trägern unter dem Schutze der Verfassungsbestimmungen über Freiheit von Forschung und Lehre unterhaltenen Institutionen meine.

Mayer

Was nützt Ihnen ein Leitbild, Herr Schelsky, wenn es nur für die Hochschullehrer gilt?

Mestmäcker

Herr Radke fragte nach der verfassungsrechtlichen Garantie der Freiheit von Forschung und Lehre außerhalb autonomer Institutionen. Ein einfacher Fall, der übrigens in Amerika großes Aufsehen erregt hat, zeigt Ihnen den Unterschied. Ein junger Wissenschaftler geht in ein Unternehmen für Raumforschung und verpflichtet sich, das dort erworbene Wissen bei keiner anderen Stelle zu verwenden. Diese Verpflichtung eines im Dienstvertrag stehenden Angestellten ist selbstverständlich möglich. Die gleiche Verpflichtung in einem Universitätsinstitut würde mit Sicherheit gegen die Freiheit von Forschung und Lehre verstoßen.

Körber

Kann ein Wissenschaftler von sich aus entscheiden, wem er seine Erkenntnisse bekannt geben will? Ich denke dabei an den Fall Klaus Fuchs, der seine wissenschaftlichen Forschungsergebnisse an östliche Politikerweiterleitete. Ist da nicht eine Grenze zu ziehen?

Radke

Da sehen Sie sich einmal die neue Strafrechtsreform in Fragen der Wissenschafts- und Industriespionage an.

Mestmäcker

Das ist ein ganz anderes Problem!

Radke

Nein, das ist kein anderes Problem. Hier wird den Wissenschaftlern verboten, mit anderen zu kommunizieren, wenn nur ein Interesse an der Sammlung von wissenschaftlichem Material außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik vorliegt. Freiheit ist doch wohl vom Absoluten her zu definieren und ist keine Frage der Zweckmäßigkeit.

Ritter

Herr Mayer argumentierte wohl sehr scharf, behandelte Sie jedoch vielleicht nicht so ungerecht, wie Sie es verstanden haben, Herr Schelsky. Sie gehen von einer institutionellen Feststellung aus und betonen, daß Ihnen daran gelegen sei, von der gegebenen Basis institutioneller Trennung aus zu vernünftigen Kooperationsformen zu kommen. Damit bin ich einverstanden. Aber Ihr praktischer Ausgangspunkt wird dann in Richtung auf eine systematische Aussage überhöht, die Ihnen eben die Argumente liefert, die Sie zur Aufrechterhaltung der institutionellen Trennung ins Feld führen. Sie sprechen zum Beispiel davon, der Wissenschaftler müsse natürlich auch entscheiden und urteilen, wenn er sozialbezogen oder politikbezogen gutachtet, aber er tue das von einer rein wissenschaftlichen Position aus. Ich kann Sie nur fragen: Was heißt das, wenn wir den Begriff so streng nehmen, wie Sie es tun?

Schelsky

Bei den Beispielen von Herrn Mayer aus seinem eigenen Tätigkeitsbereich - wie bei den Lesebüchern bin ich überzeugt, daß er als Wissenschaftler geurteilt hat. Damit will ich ihm nicht freundlich entgegenkommen, sondern ihn auf seine wissenschaftliche Existenz festnageln.

Becker

Aber Herr Mayer gab eine klare Definition, als er davon sprach, was der Wissenschaftler unter Berücksichtigung der für ihn erkennbaren wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Lage tun müsse. Er sieht die Wissenschaft also in den Raum der Gesellschaft gestellt.

Schelsky

Das bestreite ich ja nicht.

Ritter

Ist das als eine systematische Aussage gemeint? Gibt es denn so etwas wie eine Natur der Sache, die der Wissenschaftler mehr oder weniger eindeutig objektiv bestimmen kann? Dann könnte man in der Tat, ausgehend von klaren institutionellen Unterscheidungen, im Sinne von Herrn Schelsky fragen, welches die sauberen und welches die unsauberen Formen des Service sind. Aber darauf beschränkt sich unser Problem doch nicht.

Zunächst müßten die systematischen Ansprüche und ideologischen Überhöhungen, auf denen die derzeitige Trennung beruht, abgebaut werden. Das gilt für die Position des charismatischen Decisionismus ebenso wie für ein bestimmtes Wissenschaftsideal. Die Frage, wie man zu wissenschaftlichen Sachurteilen kommt und wie man diese dann auf die Politik übertragen kann, geht meines Erachtens fehl. Das Problem der Kooperation ist tiefer anzusetzen, sonst werden die sogenannten Übersetzungsprobleme ausschließlich zu Fragen der Bewußtseinsänderung. Der Zugang zum Kernproblem wird indessen verbaut, wenn man für das Fortbestehen der Trennung vom Boden eines Wissenschaftsideals aus argumentiert, das in dieser Form nicht mehr haltbar ist.

Die fortschrittlichen Naturwissenschaftler sind sicherlich über die Anschauung hinausgelangt, daß die Naturwissenschaft im Entscheidenden voraussetzungslos sei. Hier werden positive Voraussetzungen geschaffen, die den Grund für alle weiteren methodischen Abteilungen legen. Auch mit Bezug auf die Naturwissenschaft kann man wohl nicht mehr einfach von einer objektiv eindeutig feststellbaren Natur der Sache ausgehen und dann nachher irgendwo die Politikbezogenheit herstellen. Es erstaunt mich, wenn nun von Seiten der Geisteswissenschaften - ausdrücklich oder unausdrücklich - ein Wissenschaftsideal vertreten wird, das die Naturwissenschaft mehr oder weniger aufbrachte, aber inzwischen preisgab. In diesem Punkt stimme ich Herrn Mayer zu.

Lohmar

Die Verschränkung des Wissenschaftlers in seiner autonomen Position einerseits und seiner gesellschaftlichen Bezogenheit andererseits entspricht als beschreibbarer Tatbestand etwa der Darstellung von Herrn Mayer. Diese Interdependenz ist in solcher Vielfalt vorhanden, daß niemand sie bestreiten kann. Insofern würde ich auch Herrn Dams und Herrn Ritter zustimmen.

Es ist aber doch eine ganz andere Frage, was man aus diesem Tatbestand folgert. Ich gebe Herrn Schelsky insoweit recht, als man versuchen muß, prinzipielle, und das heißt auch institutionelle, Haltepunkte zu finden, von denen aus man diesen Zustand bewertet. Man kann diese Verschränkung beispielsweise als Tatbestand hinnehmen und als Maßstab anerkennen. Ich würde diese Konsequenz nicht ziehen. Vielmehr gibt es gute Gründe dafür, einen prinzipiellen, wengleich in der Realität nicht voll und nicht in jeder Situation durchhaltbaren Unterschied zu machen zwischen dem Wissenschaftler in seinem beruflichen Wirkungskreis einerseits und dem, was er als Staatsbürger aussagt, andererseits. Natürlich weiß auch ich, daß beides ineinander übergeht.

Von welcher prinzipiellen institutionellen Ebene aus diskutieren wir aber? Sollen wir die gegebene Verschränkung auch als Maßstab akzeptieren und danach bestimmen, was wir als Wissenschaftler und wissenschaftliche Tätigkeit verstehen? Damit würden wir die Position der Wissenschaft als eine unabhängige Bastion aufgeben.

Wir sollten vielmehr stärker unterscheiden zwischen dem, was ist, und dem, was wir für richtig halten .

Mayer

Die vorliegende produktive Skepsis hilft uns, die Dinge real zu sehen und zu untersuchen, was nun wirklich im Sinne der Kooperation getan werden kann. Darauf wollen wir doch hinaus.

Glubrecht

Fassen Sie, Herr Mayer, Ihre These von der durchgängigen gesellschaftlichen Verhaftung des Wissenschaftlers und eines jeden Menschen überhaupt im Sinne einer philosophischen These auf?

Dann wäre ihr allerdings entgegenzuhalten, wie man diese Feststellung bei der durchgängigen gesellschaftlichen Verhaftung zu treffen vermag, ohne derselben Einschränkung zu unterliegen, daß nämlich auch diese Feststellung gesellschaftlich verhaftet ist. Das ist jedoch das Grundproblem jeder Erkenntnistheorie.

Becker

Das ist - wie der Jurist sagen würde - unstrittig.

Glubrecht

Jede Einschränkung einer Bewußtseinsfeststellung so prinzipieller Art hebt sich selber auf.

Altmann

Herr Mayer hat die durchaus berechtigte Frage zu weit auseinandergerissen. Herr Schelsky wollte an Hand von zwei Beispielen pragmatisch zwei Probleme aufzeigen. Das erste ging um folgendes: Wenn etwa die Ordinarien des öffentlichen Rechts fortfahren, sich in der bisherigen Weise aus welchen Perspektiven auch immer als Gutachter für verschiedene Interessenten zu betätigen, werden sie auf die Dauer kaum mehr unabhängige, das heißt privatpersönliche Lehrmeinungen vertreten können, denn sie haben sich öffentlich verbindlich festgelegt. Ich glaube, dem stimmen Sie zu, Herr Mayer.

Mayer

Ja.

Altmann

Das zweite Problem betrifft die Zusammenarbeit mit Interessenvertretern. Herr Schelsky meldete seine Skepsis dagegen an und meinte: Wenn sich die Professoren wahllos in Gremien berufen lassen, in denen auch Interessenvertreter sitzen, dürfte die Vermischung von wissenschaftlicher Erkenntnis und bestimmten Interessen allmählich so stark werden, daß die wissenschaftliche Aussagefähigkeit darunter leidet.

Man sollte diese pragmatischen Gesichtspunkte nicht zugunsten einer sicherlich berechtigten dogmatischen Diskussion verzerren. Es besteht durchaus die konkrete Gefahr für die Universitäten, daß in den Fakultäten, die dem gesellschaftlichen Service durch Gutachtertätigkeit, Honorare und so weiter verbunden sind, eine Verflechtung stattfindet, unter der das Niveau unserer Wissenschaft leidet. Anderes wollte Herr Schelsky nicht sagen. Irgendeine grundsätzliche Position wollte er nicht wahrnehmen.

Wenn wir jetzt über die Aktivitäten von Professoren in Gutachtergremien, also über allgemeine Fragen, zu lange diskutieren, kommen wir nicht auf die beiden entscheidenden Dinge zu sprechen: Wie kann der wissenschaftliche Stab im Staate arbeiten? und: Wie weit kommt es durch die Entwicklung der Wissenschaft in Verbindung mit Technik und Wirtschaft zu neuen Strukturen in der Gesellschaft?

von Dohnanyi

Bei Herrn Altmann klang eben an, daß in einer bestimmten Position die Abhängigkeit zum Beispiel von einer Partearaison, einer Verwaltungsraison oder auch - in der Industrie - von einer Gewinnraison den Wissenschaftler gewissermaßen von der relativen "Wahrheitsraison", von der Herr Schelsky sprach, abrückt. Er gerät damit in eine Situation, in der er eventuell nicht mehr allein der sachlichen Überlegung zu folgen vermag.

Sie werden doch zugeben, Herr Mayer, daß diese Gefahr in immer breiteren Bereichen des Engagements droht. Baumgart hat neulich einmal gesagt: "Auf die Feststellung, daß jemand engagiert sei, wird heute normalerweise gefragt: wo? - und nicht: wofür?" Durch die Ausweitung des politischen Bereichs, der offenkundig in immer mehr Fragen des täglichen Lebens eindringt, muß jedes feste Engagement zu bestimmten Verwaltungs-, Staats- oder Partearaisonhaltungen führen. Herr Schelsky will den Wissenschaftler eher in einer Übertragungsfunktion sehen. Es sollte also außerhalb dieser Raisonbereiche eine Institution geben, in der freie Forschung unabhängig von derartigen Überlegungen möglich ist.

Schelsky

Lassen Sie mich das an einem Beispiel erläutern. Wir haben die naturwissenschaftlichen Forschungen der industrieeigenen Institute untersucht. Dort wird die Forschung auf Ziele gesetzt, die nicht der Wissenschaftler festlegt. Nur wenn der Chef zu überzeugen ist, daß für jene Ziele ein bestimmtes Forschungsvorhaben erforderlich ist, kann es durchgeführt werden; Hier gilt also die Gewinnraison im Sinne der Verwertungschance. Auch die Behördenforschung wird so auf vorbestimmte Ziele angesetzt. Ich bin lange genug im Senat und Hauptausschuß der Deutschen Forschungsgemeinschaft, um zu wissen, daß die Dinge komplizierter liegen. Uns werden dort durchaus Forschungsvorhaben von behördengebundenen Instituten vorgelegt, die die betreffende Behörde selbst zu fördern nicht bereit ist, und nun kommt die autonome Wissenschaft in Gestalt der Forschungsgemeinschaft und sagt klipp und klar: Wenn die Behörde diesen oder jenen Forschungsauftrag nicht erteilt, dann geben wir aus den Mitteln der Wissenschaft die benötigten Millionen, denn wir halten ihn für aussichtsreich. Wo die Wissenschaft sich ihre Ziele der Forschung nicht selbst bestimmen kann, ist sie nicht frei.

von Dohnanyi

Aber darüber kann doch keine Meinungsverschiedenheit bestehen.

Becker

Darüber ist nun wirklich Einigkeit erzielt worden. Aber die Wissenschaftler, die in den Ministerien und den überregionalen Organisationen arbeiten, sind ebenfalls davon abhängig, daß es diese freien Institutionen gibt, in denen sie selbst nicht mitwirken können.

Lohmar

Ich möchte der inzwischen genauer beschriebenen Schelskyschen These von der Autonomie der Wissenschaft eine andere zur Seite stellen, und zwar mit dem gleichen Vorbehalt, Herr Mayer, daß die Verschränkung als Faktum natürlich gegeben ist. Ich plädiere nachdrücklich für eine Unbefangenheit der Politik gegenüber der wissenschaftlichen Beratung. Die Politik muß dafür sorgen, daß die wissenschaftliche Beratung pluralistisch organisiert bleibt. Sie muß sich also für den Politiker in verschiedenen möglichen Gutachten, Personen und Institutionen darstellen, damit eine alternative Entscheidung möglich ist. Wir dürfen keine Monopolisierung und Kartellbildung in der wissenschaftlichen Beratung gegenüber der politischen Führung dulden. Deshalb ist die Unbefangenheit der politischen Führung Voraussetzung für eine sinnvolle Politikberatung.

Radke

Unsere bisherigen Überlegungen scheinen mir von einem falschen Koordinatensystem auszugehen. Die Wissenschaft kann nicht von der Politik schlechthin getrennt werden, obwohl die Politik etwas ganz anderes ist. Es gibt als Extrem den Politiker, der ein Ignorant in den Wissenschaften ist; umgekehrt gibt es auch den Wissenschaftler, der ein Ignorant in der Politik ist. Dazwischen liegen die Schattierungen. Der wissenschaftlich gebildete Politiker kann gar nicht umhin, wissenschaftlich zu denken; es denkt mit ihm. Er nimmt die Thesen, die man ihm vorsetzt, nicht einfach hin, sondern denkt sie durch und kommt vielleicht zu anderen Resultaten. Umgekehrt gibt es den Wissenschaftler, der absolut politisch denkt.

Die Wissenschaft ist tatsächlich weitgehend ein Dienstleistungsgewerbe geworden, wie es Herr Altmann ausdrückte und was auch Herr Schelsky analytisch richtig sah. Das ist zu beklagen.

Potente Verwaltungen beschäftigen in ihren Fachabteilungen wissenschaftlich vorgebildete Leute, die wissen, was in ihren Disziplinen von wem veröffentlicht worden ist. Wo eine konkrete Frage vertieft werden muß, wird man sich logischerweise den Wissenschaftler auswählen, dessen Grundposition der eigenen am nächsten kommt. Es kommt aber auch vor, daß man sich einen gegensätzlich eingestellten Wissenschaftler heraussucht und ihn hoch genug dotiert, weil es wirkungsvoller ist, wenn dieser den eigenen Grundsatz bestätigt. Es ist eine Frage der Taktik, wie man die Wissenschaft kauft.

Herr Schelsky fragte in seinem Referat, ob die Wissenschaft hält, was sie verspricht. Man könnte das auch variieren: Hält die Wissenschaft, was sie kostet?

Becker

Wie kann man nun eigentlich den Vorgang der Übersetzung vollziehen? Welche Formen bieten sich dafür an, und welche Gefahren muß man dabei berücksichtigen?

Schelsky

Lassen Sie mich dazu einige konkrete Beispiele anführen. Wenn eine Gruppe von Strukturforschern und Kybernetikern auf einer Tagung über ihre Ergebnisse berichtet, verstehen die anwesenden Soziologen und andere Wissenschaftler, die keine Strukturforscher sind, kaum, was da vorgeht. Soll diese Gruppe nun ein Ministerium beraten: wieviel, meinen Sie, wird man dort davon begreifen? Ein zweites Beispiel: In einem der größten deutschen Chemie-Unternehmen, das einen sehr guten Stab für Entscheidungstheorie, operation-research und ähnliches unterhält, führte man uns ein Planspiel für Unternehmerentscheidung vor. Auf meine Frage, wozu man das benutze, wurde mir geantwortet, daß es pädagogischen Zwecken für den Managernachwuchs diene. Ich erkundigte mich danach, was der Vorstand davon habe, und erhielt die Auskunft, daß der Computer die statistischen Unterlagen 14 Tage bis drei Wochen nach Jahresabschluß liefere, während früher dafür drei Monate gebraucht wurden. "Decision making" jedoch wird vom Direktor und seinem Vorstand nach alter Art durchgeführt.

Ich wurde in den letzten Tagen von drei Ministern um eine Auskunft gebeten, die sich mit einem jungen Stab, der über modernste Forschungsergebnisse bestens informiert war, überhaupt nicht verständigen konnten. Man befragte mich aber nicht etwa über sozialwissenschaftliche Einsichten, sondern wollte offensichtlich meine Fähigkeit, übersetzen zu können, in Anspruch nehmen.

Strukturforschung und Entscheidungstheorien stellen heute die größten Anforderungen an leitende Persönlichkeiten und sind nach meiner Überzeugung die unbrauchbarsten Wissenschaften für die Beratung von Politikern, weil sie die Realität der Beratenen völlig außer acht lassen. In dieser Konkretheit bin ich anderer Meinung als Herr Preuss, obwohl ich ihm im Grundsätzlichen zustimme.

Sombart

Sie sind doch nur in diesem Übergangsstadium unbrauchbar.

Schelsky

Meines Erachtens gibt es zwei Möglichkeiten, dieses Problem zu lösen. Dabei denke ich einmal an die "eggheads", die Kennedy um sich hatte. Diese besaßen die Souveränität, ihrem Präsidenten gerade nicht die modernsten wissenschaftlichen Methoden vorzuführen, sondern ihn auf Grund der schlichten Quintessenz ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse unmittelbar zu beraten, weil sie fähig waren, die politischen Phänomene und Entscheidungen selbst zu begreifen. Dazu sind unsere jungen Entscheidungs- und Strukturtheoretiker keineswegs in der Lage. Sie legen umfangreiche Graphiken und Tabellen vor, aber es fehlt ihnen die Übersetzungsfähigkeit. Dann polemisieren sie gegen die Honoratiorenwissenschaft, weil sie in dieselbe Position hinein wollen.

Die zweite Möglichkeit besteht in einem ständigen persönlichen Kontakt. Ich habe darauf bereits hingewiesen, und Herr Lohmar vertrat die gleiche These. Das ist mehr als nur ein Transformationsproblem, obwohl es das primär bleibt. Wenn man zum Beispiel feststellt, daß derjenige, den man beraten will, nun einmal in den Kategorien von 1927 denkt, muß man die modernen Ergebnisse auf die Kategorien von 1927 umsetzen. Die Fähigkeit der Wissenschaft, sich auf den zu Beratenden einzustellen, ist zu schwach ausgebildet.

Im Jahre 1948 hielt ich eine Antrittsvorlesung vor der Hamburger juristischen Fakultät und kam damit gar nicht an, weil sie nicht verstanden wurde. Da sagte mir ein berühmter Professor des öffentlichen Rechts: "Wenn Sie als Soziologe Ihr Publikum nicht einschätzen können, dann sind Sie mit Recht durchgefallen".

Eine Wissenschaft, die den Beratungsanspruch erhebt, muß den Adressaten richtig einschätzen und sich seinen Kategorien anpassen können. Andernfalls ist sie zur Beratung nicht fähig. Ich bin nicht überzeugt, Herr Becker, daß die Beiräte das besser verstehen als die anderen Wissenschaftler.

Becker

Welche Wissenschaft stellt eigentlich den Beratungsanspruch, Herr Schelsky? Wir - und ursprünglich auch Sie selbst - sind hier davon ausgegangen, daß eine Beratungsnotwendigkeit aus der gesellschaftlichen Lage entsteht. Jetzt stellen Sie den Wissenschaftler als den dar, der um jeden Preis beraten will. Die Mehrzahl der deutschen Wissenschaftler ist doch froh, wenn man sie gar nicht behelligt.

Schelsky

Sie stellen alle Beratungsansprüche. Ich will aber das Problem, um das es mir hier geht, gar nicht beschränken. Es tritt insbesondere bei den von Herrn Preuss erwähnten modernen Wissenschaften auf, die nicht nur aufgefördert werden. Mein Vorwurf gilt aber selbst für die Wissenschaften, die aufgefördert werden.

Könnten wissenschaftliche Beiräte das Problem wirklich lösen? Der Bildungsrat wurde aufgelöst, und der neue funktioniert noch nicht. Solange der Wissenschaftsrat nur verteilt und seine Gutachten an die Regierung richtet, ist es gut. Jetzt erstellt er aber zum Beispiel Gutachten, die sich auf die Fakultäten wenden. Was darin über die Studiengänge gesagt wird, ist bis auf kleine Ausnahmen durchaus richtig, weil es die Quintessenz dessen enthält, was alle Vernünftigen, die darüber nachgedacht haben, schon immer empfohlen. Aber diese Gutachten werden in einer Form veröffentlicht, die den Adressaten überhaupt nicht erkennen läßt. Das hat die Fakultäten, die sie angehen, vor den Kopf geschlagen. Wahrscheinlich erzielt man vor der Öffentlichkeit einen Schauerfolg, und niemand wird sagen, es stehe etwas Falsches darin. Aber die Wirkung dürfte minimal sein. Wir wissen bereits, daß man mit Fakultätsbeschlüssen gegen die Illegitimität dieser Beratungsmethode vorgehen wird. Die wissenschaftlichen Beiräte haben in diesem Fall soziologisch nicht an ihren Adressaten gedacht, das heißt, auch ihnen ist die Transformationsaufgabe nicht völlig vertraut. Es hat keinen Sinn, die Politiker ständig mit Informationen und Wissenschaftsgutachten, die nicht auf die wesentlichen Adressaten hin kanalisiert sind, zu überhäufen, denn es gibt auch so etwas wie eine Entscheidungslosigkeit durch wissenschaftliche Überinformation. Natürlich ist dadurch zum Teil eine Vulgarisierung der Wissenschaft überhaupt die Folge.

Becker

Beziehen sich Ihre Ausführungen auf die Bundesregierung?

Schelsky

Ich denke nicht speziell an die Bundesregierung, würde sie aber nicht ausschließen. Es wäre allerdings eine Illusion, wollte man als letzte Lösung die Politiker selber verwissenschaftlichen, damit sie die moderne Wissenschaft verstehen und exakte Fragen stellen können. Wenn sich die Wissenschaft dieser Illusion hingibt, verzichtet sie de facto auf die Beratung.

Koch

Vielleicht stimmen uns die Erfahrungen des Sachverständigenrates hinsichtlich der Politikberatung etwas optimistischer. Er ist bisher der einzige wissenschaftliche Rat, der auf Grund eines Gesetzes besteht. Er wurde von der Politik gerufen und hatte sich ihr nicht etwa aufgedrängt.

Wir kamen auf Einladung des Bundeswirtschaftsministers am 21. Januar dieses Jahres mit den Vertretern der gesamten Wirtschaft zusammen. Es trafen sich der Sachverständigenrat, vier zuständige Bundesminister, der Bundesbankpräsident, der Industrie- und Handelstag - Schneider, Balke und Berg waren dabei;-, die Vertreter der Gewerkschaften mit Rosenberg, Brenner, Haferkamp, Spaethen und die Vertreter aller anderen großen Verbände. Nach mehrstündiger eingehender Debatte über das Gutachten wurde ein Kommuniqué herausgegeben, in dem es ausdrücklich heißt: "Die Teilnehmer bekunden ihre Bereitschaft, auch in ihren Bereichen an den Bemühungen zur Sicherung des Geldwertes im Sinne der Grundgedanken des Sachverständigenratgutachtens durch gleichzeitiges und gemeinsames Handeln mitzuwirken."

Ich betrachtete das damals als einen wirklichen Durchbruch und glaube nicht, daß sich jemals vorher ein so kompetenter Kreis so einhellig auf die Grundlage eines wissenschaftlichen Gutachtens gestellt und sie damit anerkannt hat. Bedauerlicherweise war das jedoch nur eine platonische Erklärung, denn jeder der Beteiligten wartete auf die Vorleistungen der anderen, insbesondere aber auf die Führung durch die Bundesregierung.

Nach der bekannten Bundestagsdebatte lud der zuständige wirtschaftspolitische Ausschuß des Bundestages die drei Wissenschaftler aus dem Sachverständigenrat zu einer Aussprache ein. Dabei zeigte sich, daß diesem Bundestagsausschuß Experten angehören, die den Inhalt der wissenschaftlichen Gutachten durchaus beherrschten. Hier funktionierte bereits die Kommunikation, wie sie das pragmatistische Modell verlangt. Nunmehr liegen die letzten Entscheidungen bei den verantwortlichen Politikern.

Zweifellos ist heute die Bereitschaft, sich beraten zu lassen, noch nicht überall in der Politik vorhanden. Ich habe aber die Hoffnung, daß nach und nach auch die Politiker lernen werden, mit den Gutachten zu leben.

von Knoeringen

Ich bin auf das hier behandelte Problem gestoßen, als ich im Bayerischen Landtag im Jahre 1954 darum rang, eine sogenannte Viererkoalition zu kühnen Schritten in die Zukunft zu befähigen. Als Kultusminister hatten wir den Rektor der Technischen Hochschule München gewonnen. Er war ein Wissenschaftler und Techniker, und wir hofften, daß er sich im Bayerischen Kultusministerium durchsetzen würde.

Unser Bemühen war darauf gerichtet, in Bayern eine Bedarfsplanung für Wissenschaft, Forschung und Bildung für die nächsten zehn Jahre zu erstellen. Bald merkten wir, daß es auch nötig war, den Gesamtbedarf in der Bundesrepublik zu kennen. In diesem Zusammenhang trat die Frage auf, wer den Bedarf der Wissenschaft sachgerecht beurteilen könnte. Daraus entstand die Idee, einen Rat bedeutender Wissenschaftler und Sachkenner zusammenzurufen. Der Bayerische Ministerpräsident Högner unterbreitete einen Vorschlag, wie in der Bundesrepublik ein solcher Rat berufen werden könnte. Dieser Wissenschaftsrat sollte dann ein Wissenschaftsförderungsprogramm für zehn Jahre aufstellen.

Zuerst stieß der Gedanke auf Ablehnung: "Niemals werden Wissenschaftler sich durchsetzen; niemals wird deren Ratschlag anerkannt werden." Ich war selber unsicher geworden und bemühte mich daher, für diesen Rat auch bedeutende Männer der Wirtschaft und der Verwaltung zu gewinnen, was auch gelang. Die Ministerpräsidentenkonferenz entschied sich auf Bayerns Antrag für den Vorschlag. Ministerpräsident Högner wurde beauftragt, Bundeskanzler Adenauer zu unterrichten. Offenbar hatte dieser ein "Problembewußtsein", denn der Beschluß fand seine volle Unterstützung. So wurde der Wissenschaftsrat durch Verwaltungsabkommen im September 1957 begründet.

Im November 1960 schließlich erschien ein dickes blaues Buch: die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen, und siehe da: Kein Landtag wagte es, auch nur einen der vorgeschlagenen Lehrstühle zu streichen. Die Autorität der Wissenschaft war durchgebrochen, die Politik akzeptierte sie. Das ist ein Beispiel, wie sich sachverständiger Rat auf die Politik auswirken kann.

Ich höre mit größtem Interesse, wie man in diesem Kreis über die Möglichkeiten der Einwirkung von Wissenschaft auf politische Entscheidungen diskutiert. Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie schwierig es ist, eine enge Verbindung von Wissenschaft zu Politik herzustellen. Herr von Dohnanyi sagt, die führenden Politiker hätten eben zu wenig Problembewußtsein. Ich glaube, das ist etwas zu schematisch gedacht.

Mich bewegte damals diese Frage so stark, daß ich die Gelegenheit einer Amerikareise benutzte, um mich über die dortigen Verhältnisse zu informieren. Ich sah mir die RAND Corporation, Stanford Research, MIT und so weiter an, wo etwa zweitausend Forscher jeden Plan gegen Honorar erarbeiten. Das ganze Wissen Amerikas steht in diesen Instituten zur Verfügung. In den Vereinigten Staaten wird Forschung wie auf einem Markt angeboten.

Ich kam mit Wissenschaftlern ins Gespräch und stellte fest, daß die Dinge, über die wir hier reden, in den United States völlig anders liegen. Ich besuchte auch Harvard und Princeton. Man sagte mir zum Beispiel, daß die Berufsorganisation der Physiker ihr Büro nach Washington verlegt habe, um alle Möglichkeiten auszunutzen, auf die Regierung Einfluß zu nehmen. Für einen Wissenschaftler ist es in den Vereinigten Staaten viel leichter, in die Verwaltung aufgenommen zu werden und später wieder in die Wissenschaft zurückzukehren. Bei uns gibt es diesen fluktuierenden interchange zwischen Wissenschaft und Verwaltung nicht.

Präsident Kennedy besaß eine besondere Methode, Wissenschaftler anzuhören. Er hatte ein ausgeprägtes Problembewußtsein und verstand es, die Wissenschaftler heranzuholen. Bereits vor seiner Präsidentschaft investierte er viel privates Geld, um Kontakt zur wissenschaftlichen Forschung zu gewinnen.

Als ich den Kongreß besuchte, hörte ich immer wieder: "The Congress needs a RAND". Nachdem ich RAND dann kennengelernt hatte, wußte ich, was damit gemeint war. Man wollte beim Kongreß eine wissenschaftliche Einrichtung haben, die ständig Ideen hervorbringt und politische Entscheidungen wissenschaftlich absichert.

Die Probleme des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik sind durch eine Institutionalisierung allein nicht zu lösen, denn hier haben Menschen miteinander zu tun. Wenn zwischen Wissenschaftlern und Politikern nicht der menschliche Funke des Vertrauens überspringt, können die Wissenschaftler Bände produzieren und werden dennoch nicht an den Politiker herankommen. Trotz aller Technik und trotz aller Ergebnisse, die heute von Computern ermittelt werden, ist immer der mitmenschliche

Kontakt erforderlich. Vertraut der Politiker dem Wissenschaftler nicht, dann ist er auch mißtrauisch gegenüber den wissenschaftlichen Forschungsergebnissen, die ihm vorgelegt werden. Wenn ein persönliches Vertrauensverhältnis besteht und der Wissenschaftler versucht, dem Politiker den Sachverhalt in dessen Sprache, nicht aber mit der komplizierten wissenschaftlichen Terminologie, zu erklären, dann beginnt der Kontakt und die Zusammenarbeit zu funktionieren. Die richtige Übersetzung aus der Sprache der Wissenschaft in die der Politik ist dabei von ausschlaggebender Bedeutung. Wir brauchen also Wissenschaftsdolmetscher.

Man sollte sich einmal ernsthaft überlegen, wie man an die Politik herankommt. Die politischen Parteien haben heute kaum ein Organ für solche Gespräche. Wohl interessieren sich viele Politiker für diese Probleme, es gibt jedoch keinen wirklichen Zugang zum Kern der politischen Willensbildung.

Ich lese die Protokolle dieses Gesprächskreises immer mit größtem Interesse und frage mich, was man daraus machen könnte. Ich leihe sie an meine Kollegen im Parlament aus, die oft sehr beeindruckt sind, aber nicht wissen, wie man sie nutzen sollte. Die Arbeit eines Bergedorfer Gesprächskreises müßte bei bestimmten Themen bis zur Formulierung eines Gesetzentwurfes führen. Damit erst kann klar ausgedrückt werden, was man will.

Es sitzen hier hervorragende Juristen um den Tisch. Man sollte versuchen, einmal eine Vorlage auszuarbeiten, die das Verhältnis von Wissenschaft und Politik genau umschreibt und konkrete Vorschläge für die Verbesserung der Kontakte beinhaltet. Man müßte das an verantwortliche Männer in der Politik heranbringen und dann eine Diskussion in diesem Kreise herbeiführen. Ein guter Politiker wird sofort spüren, welche Möglichkeiten sich aus dem engen Kontakt zur Wissenschaft ergeben.

Wissenschaftliche Forschung reicht heute bis in den Raum politischer Entscheidungen hinein. Die Wissenschaft ist so mächtig geworden, weil sie nicht mehr in einem Hinterzimmer sitzt, in dem Berge von Folianten stehen und ein greises Männlein studiert. Das Erkennen wächst aus der Forschung heraus und läßt sich sofort in materielle Macht umsetzen. Wenn das, was heute hier besprochen worden ist, angewendet werden soll, müßte dieser Kreis es als seine Aufgabe ansehen, seine Erkenntnisse im Bereich der gesellschaftlichen Entwicklung auf geeignete Weise in die Politik hineinzutragen, das heißt: an einzelne Politiker in Entscheidungsfunktionen heranzubringen. Dabei ist die richtige Übersetzung unerlässlich. Ich habe den Eindruck, daß dieser Kreis die Bedeutung der Übersetzung erkannt hat. Es käme nur darauf an, systematisch eine Arbeitstechnik zu entwickeln und dann sehr konkret weiterzudenken, und zwar politisch, nicht parteipolitisch.

Becker

Ich möchte ergänzend zu Herrn von Knoeringens skeptischen Ausführungen hinzufügen, daß die Konzeptionen des Wissenschaftsrates und des Bildungsrates, die beide solche Übersetzungsfunktionen wenn auch in etwas unterschiedlicher Weise - mit wahrnehmen, eigentlich auf seine Initiative zurückgehen. Herr von Knoeringen hatte damals eine Anzahl Wissenschaftler eingeladen, die in keiner Beziehung zur SPD standen - ich war ebenfalls dabei. Derartige Institutionen sind von ihm nicht etwa, wie es vorhin schien, als Forderungen der Wissenschaften, die unbedingt beraten wollen, sondern als Forderung der Politik, die unter allen Umständen eine solche Beratung benötigt, formuliert worden. Das ist eine wichtige Ergänzung zu dem bisher vielleicht etwas zu einseitigen Bild.

von Dohnanyi

Herr von Knoeringen hat mich wohl falsch verstanden. Wenn die Wissenschaft beraten will, kommt es darauf an, daß sie die Relevanz von Problemen vorher aufzeigt, damit dort ein Problembewußtsein geschaffen wird, wo es noch nicht besteht. Das war die Essenz meiner vorausgegangenen Ausführungen.

Die in vieler Hinsicht unbefriedigende Erfahrung im Verhältnis von Politik und Wissenschaft wird heute noch in der Industrie gemacht, wo bestimmte Institutionen gewissermaßen nur zum Spielen geschaffen werden. Wegen der Kommunikationsschwierigkeiten ist jedoch keine Umsetzung möglich. Vielleicht könnten wir in der Politik aus den Formen der Kommunikation innerhalb eines Großbetriebes lernen. Auch dort mußten letztlich die Fachstäbe bestimmte Wege und Formen finden, um mit dem "mittleren Direktorenverstand", der mit dem durchschnittlichen Politikerverstand vergleichbar ist, irgendwie zurechtzukommen.

Als ich noch selber für die Industrie tätig war, habe ich nach folgendem Grundsatz gehandelt: Es kommt nicht darauf an, den zu beratenden Partner zu überzeugen. Man muß ihm vielmehr die Möglichkeiten der Argumentation so transparent machen, daß er in der Diskussion begründet

abweichende Auffassungen entwickeln kann und daß ein nicht in wissenschaftlichen Problemen geschulter Verstand, der mit Sachfragen zu tun hat, an einem bestimmten Punkt zu sagen vermag: "In allen diesen Annahmen stimme ich mit Ihnen überein - in dem einen Punkt bin ich jedoch anderer Auffassung." Dieser Grundsatz gilt für die Beratung eines Generaldirektors ebenso wie für die eines Abgeordneten oder Ministers.

Man sollte ihn also nicht, wie Herr Schelsky es vorhin charakterisierte, mit dem Schlußergebnis einer komplizierten, zum Beispiel mathematischen, Analyse konfrontieren und ihn damit sitzen lassen, sondern müßte ihn in einer vereinfachten Form in den Denkprozeß, mit dem man selbst zu einem bestimmten Ergebnis gekommen ist, einbeziehen, um ihm die Möglichkeit eines Einspruchs zu geben. Diese Einwendungen kann man dann wiederum besprechen, und meistens kommt man doch zu dem Ergebnis, das der wissenschaftliche Ansatz erbracht hat. Es gibt zwar viele Leute, die Probleme wissenschaftlich analysieren können, aber nur sehr wenige, die Ergebnisse so zu präsentieren vermögen, daß der Praktiker sie verstehen und umsetzen kann.

Ein positives Beispiel für den Zusammenhang von Kommunikation, praktischer Darstellung und Schaffung eines Problembewußtseins in der Politik war nach meiner Meinung die Veröffentlichung Georg Pichts über die Bildungskatastrophe. Sein Buch war in gewisser Weise wahrscheinlich, zumindest zeitlich, bestimmend für die Entwicklung. Sicherlich kann man viel dagegen einwenden. Es wurden aber in einer dafür reifen Situation zwei Begriffe, nämlich Bildung und Katastrophe, die genug Dynamit enthielten, in Zusammenhang gebracht und damit ein Problembewußtsein geschaffen. Es geht mir im Augenblick nicht darum, ob alle Details in diesem Buch stimmen. Hier jedenfalls ist durch eine einfache und gezielte Kommunikation eine Verständigung bis tief hinein in das politische Bewußtsein der Entscheider gelungen.

Heerwagen

Da bin ich ganz anderer Meinung. Das ist ein Beispiel, wie eine wissenschaftliche Publizistik nicht sein darf. Der Begriff der Katastrophe trifft in diesem Sinne auf das gesellschaftliche Geschehen überhaupt nicht zu. Mit Katastrophe verbindet man im deutschen Sprachraum die Vorstellung eines unabwendbaren, aus nicht übersehbaren Gründen eintretenden Naturereignisses.

von Dohnanyi

Das ist es doch offenbar auch.

Heerwagen

Das ist es eben nicht! Es handelt sich nicht um eine Bildungskatastrophe, sondern es gibt deutsche Länder mit guter, mittelmäßiger und schlechter Bildungspolitik. Die wenigen Beispiele der schlechten Bildungspolitik - das heißt der Nichtangepaßtheit der Bildungsmaßnahmen an die modernen Strukturen der Gesellschaft - nennt man dann Katastrophe. Damit werden aber das Bewußtsein der Verantwortung und zugleich auch die politischen Korrekture ausgeschaltet. Eine solche Publizistik brauchen wir gerade nicht. Dadurch wird sofort von der Frage abgelenkt, was auf diesem Gebiet versäumt wurde und was eigentlich zu tun wäre.

Becker

Das Gefährliche an dieser Art von Publizistik ist nicht die Vokabel, die man vielleicht einmal zum Aufwecken verwenden darf, sondern die Überschätzung der quantitativen gegenüber den qualitativen Veränderungen.

Heerwagen

Das kommt noch hinzu. Wenn man sich aber solcher Begriffe wie Katastrophe bedient, kann man den Tatbestand nur mit handfesten quantitativen Daten untermauern und nicht mit qualitativen, die man brauchte, wenn von Krise oder von einer schlechten Bildungspolitik die Rede ist.

Ritter

Herr Schelsky hat uns die bestehenden Verhältnisse präzise beschrieben. Ich halte es aber für notwendig, darüber hinauszukommen. Auch ich sehe die Schwierigkeiten im wesentlichen darin, daß bei der Beschreibung der gegebenen Landschaft von der Vorstellung zweier Koordinaten ausgegangen wird, nämlich der Wissenschaft und der Politik. Besteht unser Problem nun

ausschließlich darin, diese beiden Koordinaten in Beziehung zu setzen und damit die Frage der Übersetzung zu stellen?

Das Verhältnis von Politik und Wissenschaft muß nach meiner Meinung neu durchdacht werden. Politik und Wissenschaft sind nicht nur unter dem akuten Gesichtspunkt des Überlebens wechselseitige Konstituenten, sondern auch in theoretischer und methodologischer Sicht. Hier ist tatsächlich eine Landschaftsveränderung nötig, denn das Übersetzungsproblem kann nur bewältigt werden, wenn zwischen beiden Koordinaten ein Drittes entsteht, das beide Seiten in sich aufnimmt. Es gibt eine Fülle von Problemen, die sich wissenschaftlicher Politikberatung stellen, die aber nicht im Räume der Wissenschaft, wie sie hier verstanden wurde, zu lösen sind, sondern nur in einem anderen Kommunikationsverhältnis.

So ist zum Beispiel in den USA eine Landschaft entstanden, in der sich unbeschadet des Bestehens der Verfassung eine gesellschaftliche Schicht herausgebildet hat, die quasi mit dem einen Fuß im Bereich der Politik und mit dem anderen in der Wissenschaft steht. In der Zone sachlicher Gemeinsamkeiten gibt es kein Übersetzungsproblem. Wo der eine Bereich in den anderen hineinwächst, verändert sich natürlich die Wissenschaft und auch die Politik. Das halte ich für notwendig. Damit argumentiere ich aber durchaus nicht für eine völlige Aufhebung der polaren Spannung, die Herr Schelsky aus unbestreitbar guten Gründen verteidigt.

Das Problem wird nicht dadurch gelöst, daß Wissenschaftler in die Bürokratie desertieren oder umgekehrt. In den USA besteht hier ein dichtes Gewebe. Viele Persönlichkeiten in Schlüsselstellungen lassen sich schwerlich nur der Wissenschaft oder nur der Politik zurechnen. Für die Lösung der modernen Probleme der Politik bedarf es der Durchdringung beider Felder in der Projektforschung. Das Vertrauen, von dem Herr von Knoeringen sprach, entsteht im Zuge dieser Landschaftsveränderung. In den USA hat sich eine Art "Bill-and-Joe-Community" - wie ich sie nenne - gebildet; man weiß nie genau, ob der eine oder andere gerade in Harvard, im Pentagon, im State Department oder bei RAND tätig ist. Sie kennen sich alle, soweit sie nur einige Bedeutung haben. Zwischen ihnen bestehen keine Sprachschwierigkeiten in dem hier angesprochenen Sinne, weil wissenschaftlicher Sachverstand und politischer Entscheidungsprozeß sich in der Praxis weitgehend durchdringen.

von Dohnanyi

Das ist ein Problem der Personalpolitik.

Ritter

Dazu gehört eine Mobilität, die bei unserer derzeitigen gesellschaftlichen Struktur nicht möglich ist. Wir haben die Polarität, die unter bestimmten Gesichtspunkten nützlich und sinnvoll ist. Das hat aber zur Folge, daß Bürokratie und Wissenschaftshierarchie je an einem Ende zerren, während der Aufenthalt in dem Raum dazwischen noch als Luxus oder Mißgeschick gilt. Wir brauchen aber die Mobilität, durch die das Gewebe entstehen kann. Die Frage der Übersetzung sollte also nicht nur als ein intellektuelles Übertragungsproblem gesehen werden, sondern darüber hinaus als Problem der Strukturveränderung, der Landschaftsänderung.

Schelsky

Wenn wir zwischen Politik und Wissenschaft vermitteln wollen, dann müssen wir von den Positionen ausgehen, die in Deutschland real vorhanden sind. Hier besteht eben keine institutionelle Vermischung; 95 Prozent der Wissenschaft sind autonom. Da heißt es: Politiker oder Wissenschaftler. Dieses Problem steht hier zur Diskussion. Ich selbst halte nichts von der Neutralisierung, die in einzelnen Instituten unvermeidbar ist.

Das Problem der Transformation dagegen besteht auf einer ganz anderen Ebene, nämlich der der Mentalitäten, der Lebenserfahrungen, der Kategorien, mit denen man denkt, der Sprache, mit der man sich äußert. Es mag sein, daß die RAND Corporation eine Zwischenstellung innehat. Aber auch in Amerika sind die eigentlichen Forschungsuniversitäten der Kern der Wissenschaft und nicht die RAND Corporation. In Deutschland ist das ganz sicher noch der Fall. Der Theorie der Neutralisierung kann ich jedenfalls nicht zustimmen. Dadurch werden die Probleme, die hier zur Debatte stehen, verwischt.

Ritter

Sie argumentieren gegen mich natürlich von der Position aus, die ich in Frage stelle. Dürfen wir uns einfach auf den Standpunkt stellen, daß unsere Landschaft eben anders sei, und es dabei dann

belassen? Wir müssen uns doch fragen, ob die Politik in den Kategorien, in denen sie heute mitgedacht werden muß, um den Problemen gerecht zu werden, das Dritte produzieren soll, oder ob wir uns mit der gegebenen Polarität begnügen können.

Ich habe ja anerkannt, daß Sie den derzeitigen Zustand sehr präzise beschrieben haben. Die Forderungen, die Sie aufstellen, sind von daher berechtigt und werden von mir akzeptiert. Das Gegenüber von Wissenschaft und Politik muß auch in einem maßgeblichen Umfang erhalten bleiben, denn RAND ist ohne eine Universität in Ihrem Sinne gewiß eine verlorene Sache. Ich sagte vorhin, es müsse Menschen geben, die das Zölibat auf sich nehmen, sonst können die anderen nicht bestehen. Das bestreite ich nicht. Meine Frage ist, ob die gegebene Struktur den Problemen der Politik, wie sie sich heute stellen, angemessen ist und ob die Übersetzungsfrage in dieser Struktur überhaupt zureichend beantwortet werden kann.

Becker

Offenbar hat sich neben der herkömmlichen Gegenüberstellung von Politik und Wissenschaft eine strukturell andere Ebene gebildet, für die Herr Ritter, aber auch Herr Mayer und Herr Preuss eine ganze Reihe von Erscheinungen anführten. Niemand hat jedoch in Frage gestellt, daß es rein wissenschaftliche Institutionen noch gibt und wahrscheinlich auch weiterhin geben muß. Es wurde aber Wert darauf gelegt, daß eine weitere Ebene unvermeidlich geworden ist, die man mit dem Worte "Vermischung" nur unzureichend kennzeichnet.

Schelsky

Dann stelle ich aber folgende These auf: Dieses Dritte gibt es nicht. Bei der Institutionalisierung, die Sie erstreben, handelt es sich um verdeckte Institute von Behörden und Ministerien oder ähnliches.

Sombart

Das ist doch kein Einwand. Hier geht es um die Integration der Wissenschaften in die Verwaltung, eine Verwissenschaftlichung der Administration - die Engländer sprechen von science in government.

Schelsky

Welcher Wissenschaften?

Sombart

Aller Wissenschaften. Es wurden uns Zustände beschrieben, die offensichtlich Mißstände sind. Darin war man sich einig. Man kann doch aber nicht auf einer Universitätsprofessorenideologie aus dem XIX. Jahrhundert beharren und den Abgrund zwischen Wissenschaft und Politik verewigen.

Altmann

Das hat Herr Schelsky in keiner Weise getan.

Sombart

Das ist gewiß eine polemisch überspitzte Behauptung. Aus der Sicht von Herrn Schelsky besteht das Problem darin, die Ergebnisse einer im abgeschirmten Raum der Wissenschaften erarbeiteten reinen Forschung irgendwie an den Politiker heranzubringen, damit der sie für seine Zwecke verwenden kann. Er will also eine Art von Zubringerdienst zwischen Universität und Verwaltung sauber organisieren.

Geht es aber nicht vielmehr darum - und diese Position wurde am radikalsten von Herrn Preuss vertreten;- daß die Strukturen des Wissenschaftsbetriebes und der politischen Institutionen verändert werden müssen, um beide den Erfordernissen der Industriegesellschaft anzupassen? Herr Preuss und Sie, Herr Altmann, sprachen von großen technokratischen Institutionen, in denen Wissenschaft und Politik in ganz neuer Weise zusammenströmen. Das wären Verwaltungen auf wissenschaftlichem Niveau, wie sie durchaus einem der Verwaltung und der Wissenschaft ursprünglich gemeinsamen Ideal der Daseinsbewältigung entsprechen würden.

Altmann

Das ist mir zu mystisch.

Sombart

Das ist doch nicht mystisch, Herr Altmann. So verstanden, ist die Technokrate ein Modell, das uns vielleicht helfen kann, neue Institutionen zu konzipieren. Unser Unbehagen an den bestehenden Zuständen läßt eine solche Anstrengung als dringend notwendig erscheinen.

von Dohnanyi

Die Differenz zwischen Herrn Ritter und Herrn Schelsky scheint zum Teil auf einer unterschiedlichen Einschätzung der Phasen der Entwicklung zu beruhen. Während im Augenblick die Frage der Übersetzung sicherlich der wichtigste Ansatz ist, Herr Ritter, schließt das eine spätere Integration im Sinne gemeinsamen Wissens nicht aus, wodurch ein Teil der Übersetzungsarbeiten hoffentlich überflüssig wird.

Ritter

Ich stimme Ihnen durchaus zu, Herr von Dohnanyi. Solange sich die Landschaft nicht ändert, besteht das von Ihnen und Herrn Koch dargestellte Übersetzungsproblem. Die Integration wird also zunächst nicht einbezogen. Gerade weil ich eine Entwicklung in Phasen in Betracht ziehe, bedaure ich, wenn Herr Schelsky mit seiner Bemerkung über verkappte Behördeninstitutionen Möglichkeiten in Mißkredit bringt, die wir durchaus anders bewerten sollten und die wir uns nach meiner Ansicht nicht verbauen dürfen.

Ich halte es jedenfalls für gefährlich, wenn wir uns durch die Perspektive, die wir von den bestehenden Positionen aus gewinnen, Möglichkeiten der Veränderung verstellen. Die Schwierigkeit besteht nicht einfach darin, daß man intellektuell nicht über die gleichen Kategorien verfügt, weil sich jeder mit anderen Dingen beschäftigt. Einzelne Lebensbereiche, die sich strukturell unterscheiden, werden immer neue Vokabeln und neue Sprachen hervorbringen; denn jeder Bereich hat seine Wahrheit, und jede Wahrheit hat ihr Arkanum. Dem muß die Sprache gerecht werden. Das gilt sogar für eine Freundschaft. Zwei Freunde reden in einer Sprache miteinander, die ein Dritter nur schwer versteht. Wer das übersieht, unterschätzt das Problem der Übersetzung, als könne man durch Training, durch Bildungsprozesse und so weiter der einen Seite die Sprache der anderen beibringen. Das Problem sitzt tiefer. Deshalb halte ich eine Überwindung der rein bipolaren Struktur, durchaus unter Wahrung unvermischter Zonen, für notwendig, wenn das Übersetzungsproblem gelöst werden soll.

Dams

Vielleicht denken wir bei der wissenschaftlichen Laufbahn zu sehr in alteingefahrenen Bahnen; wir haben eine "closed shop" - Situation. In den USA waren die Ordinarien der Universitäten vor ihrer Hochschultätigkeit zumeist leitende Angestellte in der Verwaltung oder in der Industrie und gehen oft von der Universität wieder in die Wirtschaftspraxis zurück. Sie können die Verhältnisse aus der Sicht der Gegenseite beurteilen. Ich stimme also Herrn Ritter durchaus zu, daß diese Mobilität der Wissenschaftler für das gegenseitige Verständnis sehr wesentlich ist.

Heerwagen

Wir sollten nicht vergessen, daß es auch eine Frage des Bildungsniveaus eines Volkes ist, wie weit eine Vermischung erreicht werden kann. Es ist nämlich ein Unterschied, ob Politiker und Wissenschaftler in den Vereinigten Staaten miteinander sprechen, wo heute nahezu fünfzig Prozent der jeweiligen Jahrgänge Hochschul-, das heißt in diesem Falle: Collegebildung erwerben, oder in der Bundesrepublik, die pro Jahrgang nur über fünf Prozent Hochschulgebildete verfügt. Das muß sich natürlich in der Verwaltung, der Politik und in anderen öffentlichen Bereichen auswirken. Solange die Vermischung und das selbstverständliche Miteinandersprechen noch nicht die Regel ist, müssen besonders die Journalisten die schwierige Aufgabe des Vermittlers, des Übersetzers übernehmen. Denn die Bundestagsabgeordneten lesen nicht etwa das Träger-Gutachten, sondern nur den Kommentar, der in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung oder im Handelsblatt steht.

Becker

Sie dürfen unsere Abgeordneten aber nicht überschätzen.

Heerwagen

Ich spreche hier aus meiner eigenen Erfahrung. Sowohl auf selten der Wissenschaften als auch auf der der Politik bestehen Kommunikationsschwierigkeiten. Was Herr Schelsky über die Wissenschaftler

aussagte, kann ich nur bestätigen. Es gibt aber auch Schwierigkeiten auf Seiten der Politik. Zu dem spürbar niedrigen Bildungsniveau der Politikerzunft im allgemeinen kommt eine weit stärkere Belastung mit historisch gewordenen, schichtenspezifischen Ideologien. Dieses Problem gibt es für die Amerikaner nicht. Infolgedessen können sie viel leichter zu neuen Methoden übergehen.

Wenn man bei uns bestimmte Fragen etwa der Bildungs- und Wissenschaftspolitik mit gewissen Abgeordnetengruppen oder auch mit Ministern bespricht, stößt man immer wieder auf die Mauer eines historisch bestimmten ideologischen Vorurteils, das die Verständnismöglichkeit blockiert. Nicht nur die Wissenschaftler haben Vorstellungen und Fiktionen aus dem Neunzehnten Jahrhundert, auch die Politiker orientieren sich an dessen Leitbildern. Der Vermittler steht ständig vor der Frage, wie man über diese Vorurteile hinwegkommt. Wir haben in Deutschland keine zureichende Publizistik, die in der Lage ist, zwischen den Wissenschaftlern und den Politikern zu vermitteln, die Transformation zu leisten. Man sollte überlegen, wie dieser Mißstand zu beheben ist. Das wäre wirksamer als ein Gesetz.

Schelsky

In meinem Referat führte ich unter den Kooperationsformen politischer Praxis und wissenschaftlicher Experten die Tagungen mit auf, habe mich aber bisher nicht dazu geäußert. Tagungen haben immer die Tendenz, sich zu der Beliebigkeit von Grundsatzdiskussionen zu entwickeln, was sich heute abend wieder bewiesen hat. Sorel hat einmal vom "Arbitraire der Vernunft" gesprochen. Ich kann für mich in Anspruch nehmen, daß ich viel Grundsätzliches über Wissenschaft und auch über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik geschrieben habe. Heute wollte ich bewußt pragmatischer sein, als ich sonst selber bin, und von den konkreten Dingen her Fragen stellen. Ich habe nämlich allmählich den Eindruck gewonnen, daß man von Grundsatzüberlegungen etwa: Wie ist das Verhältnis der Wissenschaft zur Politik? Welche Stellung nehmen die Wissenschaftssysteme in der Gesellschaft ein? - abkommen sollte. Darüber könnte man noch jahrelang ohne praktische Konsequenzen reden.

Der Versuch, zu praktischen Konsequenzen zu kommen, entscheidet sich an der Konkretheit, etwa daran, wie die Rechtsbestimmungen des Experten formuliert werden. Deshalb habe ich das Thema "Wissenschaftlicher Experte und politische Praxis" angenommen, das ja viel konkreter lautet, als wir es hier diskutierten. Wir haben wieder das allgemeine Thema von Wissenschaftssystem und Politik behandelt, das aber die wissenschaftliche Intelligenz ja, zu der ich mich selber rechne, mehr interessiert als die Praktiker.

An Grundsätzlichem hat die Diskussion erbracht, daß man zwei Lösungen anstreben kann. Bei der einen Lösung geht man von dem Tatbestand eines weitgehend auch institutional autonomen Wissenschaftssystems und einer unmittelbar pragmatisch denkenden politischen Praxis aus. Dann stehen Probleme wie die der Übersetzung im Vordergrund. Sicherlich könnte eine Vermischung der Systeme - Lösungen des dritten Weges, wie Herr Ritter es formulierte;- , in the long run verwirklicht werden. Aber: in the long run we are dead. Ich gebe dem keine unmittelbare praktische Chance.

Bei einem neuen Referat würde ich etwa die Anregung von Herrn Heerwagen aufnehmen, daß nämlich die Wissenschaft auch einen unmittelbaren Beratungsanspruch hat und nicht nur aufgefordert zu werden braucht. Ich habe in der Tat den Experten als einen zur Beratung aufgeforderten Wissenschaftler ausgelegt. Ich bin, um es ganz offen zu sagen, gar nicht dagegen, daß Wissenschaftslobbys errichtet werden, damit die Wissenschaft sich unmittelbar in ihrer eigenen Verantwortung in bestimmten Entwicklungen zu Wort melden kann. Weiterhin halte ich es für sehr interessant, daß Herr Mestmäcker das konkretisierte, was Herr Preuss - auch meinen Intentionen nach - grundsätzlich richtig ausführte: Welches sind eigentlich die politischen Funktionen der Information und der Beratung? Werden sie vom politischen System des Parlamentarismus oder dem der Royal Commissions gerechtfertigt, das ein behördliches Auftragsystem darstellt?

Hier wird nun tatsächlich die Frage wichtig: Welche Art von Demokratie - denn beides sind demokratische Systeme;- , welche politische Struktur bildet die Grundlage für diese Aufgabe der Wissenschaft?

Nur einmal klang in der Diskussion kurz die Frage des Geheimnisschutzes an, die sich bei der Weitergabe von Informationen an die Wissenschaft und durch Information, die die Wissenschaft geben muß, stellt. Wir befinden uns dabei auf einem geschichtlich bekannten Weg, der nicht unproblematisch ist. Die Wissenschaft muß nämlich dort, wo sie politisch belangvoll wird, zu einer Geheimwissenschaft werden. Dieses bereits vor Jahrhunderten diskutierte Problem ist hochaktuell, und niemand von Ihnen wird leugnen können, daß es an die Wurzeln der Wissenschaft rührt.

Es wurde immer wieder davon gesprochen, daß die Politik durch die Wissenschaft versachlicht wird. Ich würde vorsichtiger sagen: Sie wird verwissenschaftlicht. Das bedeutet, daß für politische Entscheidungen, die nach wie vor, von wem auch immer, gefällt werden müssen, nunmehr die Wissenschaft der Referenzrahmen wird. Es gibt keine unmittelbaren Entscheidungen mehr, zum Beispiel in Ideen oder Programmpolitik. Die politischen Kämpfe werden weiter ausgetragen, aber etwa in Form von Gutachterkämpfen. Unsere Diskussion ist ja in diesem Sinne eine politische Diskussion gewesen.

Zum Schluß möchte ich noch einmal den Gedanken von Herrn Preuss aufgreifen. Auch ich bin der Überzeugung, daß - um einen veralteten marxistischen Begriff anzuwenden - die Wissenschaft materielle Gewalt ist oder daß sie - um einen modernen marxistischen Begriff zu gebrauchen, den ich selber in meinen Schriften zitiert habe - unmittelbare Produktivkraft geworden ist. Von dorthin stellt sich allerdings das Grundproblem der Zuordnung der Wissenschaft in der öffentlich-rechtlichen Ordnung der Gesellschaft, das ich pragmatisch anzugreifen suchte. In diesen grundsätzlichen Fragen bin ich völlig der Meinung von Herrn Preuss. Ich wollte jedoch diese Probleme konkret angehen. Es ist eine pragmatische politische Frage, ob aus grundsätzlichen Erwägungen zum Thema der Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft eine öffentlich-rechtliche Ordnung hinsichtlich der Stellung der Wissenschaft entworfen wird. Darauf habe ich keine Hoffnung mehr, obwohl ich lange selbst daran geglaubt und darauf hingearbeitet habe. Ich bin der Überzeugung, daß in solchen ganz konkreten Fragen wie die der aktuellen Situationen des Expertenschutzes, der Stellung von wissenschaftlichen Beiräten zur Gesetzgebung, zur Regierung, zur Verwaltung und so weiter die Weichen gestellt werden. Ich wollte diese grundsätzlichen Fragen einmal an der Konkretheit selber diskutieren lassen und die Richtung gewinnen, wie das entschieden werden könnte. Wie weit mir das gelungen ist, muß ich Ihrem eigenen Urteil überlassen.

Lohmar

Möglicherweise könnte der Hinweis von Herrn Ritter auf die Notwendigkeit einer neuen Qualität der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik in der informellen Institutionalisierung von Gesprächszirkeln wie diesem und anderen in verschiedenen Städten der Bundesrepublik doch eine Chance gewinnen. Es gibt in Frankreich den Club Jean Moulin, der ein interessantes Beispiel für die Möglichkeit und Ergiebigkeit solcher Kooperation ist, die über den Kreis von Wissenschaftlern und Politikern im engeren Sinn hinausreicht. Ich habe vorhin bewußt die hohen Beamten, die Wirtschaftler und Journalisten in meine Betrachtungen mit einbezogen, weil diese nach meiner Meinung in die Kommunikation und auch in die Übersetzung - über den Kreis von Wissenschaftlern und Politikern hinaus - eingeschaltet werden sollten.

Weiterhin scheint mir ein Ausscheren der eigentlichen Staatsführung aus ihrer Verantwortung nicht möglich zu sein, jedenfalls dann nicht, wenn man in der systematischen Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Politikern Erfolg haben will. Damit soll der Staat nicht die Aufgabe haben, diese Zusammenarbeit zu ordnen, sondern er soll beide Bereiche einander zuordnen.

Becker

Ich glaube, daß Herr Schelsky uns heute auf eine sehr geschickte Weise pädagogisch gegenübergetreten ist. Er hat nämlich betont die konkreten Fragen in den Vordergrund gestellt und dabei natürlich als erfahrener Pädagoge gewußt, daß das Abstrakte lebendig wird, wenn man das Konkrete aufzeigt. Umgekehrt wären gerade aus diesem Kreise die konkreten Beispiele auf ihn zugekommen, wenn er die andere Seite seiner Palette, nämlich seine eigene Fähigkeit zur Abstraktion, hier entwickelt hätte. Insofern habe ich das Gefühl, daß sich die Diskussion genau in den von ihm vorgesehenen Bahnen bewegte.

Verschiedentlich wurde von einer neuen Qualität der Kommunikation zwischen Politik und Wissenschaft gesprochen. Dieselben Kommunikationsprobleme gibt es jedoch in sehr aktueller Weise auch zwischen den Wissenschaften selbst, die sich heute untereinander weitgehend nur mit Hilfe der wissenschaftlichen Publizistik verstehen können.

Wir sind nicht dazu gekommen, über Öffentlichkeit und Geheimhaltung im einzelnen zu diskutieren. Herr Schelsky hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die damit zusammenhängenden Probleme an die Wurzeln der Demokratie, aber auch an die der Wissenschaft gehen. Bei dieser Frage müßte man vor allem über den Zeitpunkt der Veröffentlichung sehr detailliert reden, wann nämlich Untersuchungsergebnisse im Interesse des Funktionierens der Demokratie und der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik öffentlich werden sollten.

Ich glaube, Herr Körber, Sie haben am heutigen Abend besonders deutlich gespürt, daß unser Thema ein äußerst lebhaftes Interesse gefunden hat. Bei allen Diskussionsteilnehmern scheint der Wunsch lebendig, dieses Gespräch in einer modifizierten Zusammensetzung des Kreises und einer stärker spezialisierten Thematik weiterzuführen. Das hängt sicherlich damit zusammen, daß hier eines der ungelösten Grundprobleme unserer Gesellschaft angesprochen ist. Auch die Beispiele von Herrn Koch aus der Praxis illustrieren, wie tastend wir uns auf diesem Gebiet vorläufig noch fortbewegen. Gerade die Vergleiche mit dem Ausland wie auch der Appell von Herrn von Knoeringen machen deutlich, wie weit wir von einer Lösung dieser Problematik bei uns noch entfernt sind.

Herr Schelsky hat auf die vielen Mißlichkeiten aufmerksam gemacht, die zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Konflikt wissenschaftlicher Beratung und Interessenvertretung auftreten. In einer weiteren Diskussion müßte auch die Frage erörtert werden, ob es nicht eine Vertretung der in den Verbänden organisierten Gesellschaft gibt, die, ebenso wie die Verwaltung, Partner der Wissenschaft sein kann. Ist die Herrschaft der Verbände - um Theodor Eschenburgs Formulierung zu benutzen - als ein Schreckgespenst so real? Haben die Verbände nicht vielmehr eine durchaus legitime Funktion, die in ein spezifisches Verhältnis zur wissenschaftlichen Beratung einbezogen werden müßte? Herr Altmann sprach davon, daß der Ausbau der wissenschaftlichen Verbandsstäbe ebenso wichtig sei wie der Ausbau der wissenschaftlichen Beratung der Parlamente.

Hier besteht eine Vielfalt von Problemen, die wir gar nicht durchsprechen konnten. Wir müssen vor allem um eine Spezialisierung bis in die einzelnen Rechtsformen hinein - das war wohl der Kern der Ausführungen von Herrn Schelsky - in einem juristischen Sinne besorgt sein; sonst könnten sich unter Umständen Zustände ergeben, die ganz andere Folgen haben, als mit der Gemeinsamkeit von Wissenschaft und Politik eigentlich beabsichtigt war.

Körber

Ich bin Ihnen, meine Herren, sehr dankbar, daß unser Thema ein hartes und lebhaftes Gespräch zur Verdeutlichung der schwierigen Probleme zwischen Wissenschaft und Politik verursachte. Es hat sich gezeigt, daß die Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlichen Experten und Politikern auf beiden Seiten noch viele Wünsche offen läßt und daß dieses Dilemma dringend einer Lösung bedarf.

Trotz der unterschiedlichen Standpunkte, die hier von den teilnehmenden Wissenschaftlern, Praktikern und Politikern verfochten wurden, darf ich doch wohl den Schluß ziehen, daß es für eine bessere Verständigung zwischen Wissenschaft und Politik erst einmal notwendig ist, nicht nur in Bezug auf die Sprache, sondern auch hinsichtlich der unterschiedlichen Denkkategorien eine gemeinsame Basis zu finden. Weil bei uns noch nicht in genügender Anzahl der so dringend benötigte Typ des "Wissenschaftsmanagers" zur Verfügung steht, haben wir leider zur Zeit noch nicht die Möglichkeit, aus amerikanischen Vorbildern auch für uns brauchbare Lösungen zu adaptieren. Wir können nur hoffen, daß die in unserem Gespräch vorgebrachten Anregungen und konkreten Vorschläge für eine gesellschaftlich fruchtbare Zusammenarbeit sich bei den Wissenschaftlern und Politikern niederschlagen werden.

Da unsere Lebensbereiche immer stärker von wissenschaftlichen Erkenntnissen durchdrungen werden, kommt der Wissenschaft oder besser den Wissenschaften erhöhte funktionale Bedeutung in der Gesellschaft zu, denn bei ihnen fangen, wie wir auch heute gesehen haben, die politisch und geistig relevanten Fragen an, was selbstverständlich die gesellschaftliche Reaktion auf den naturwissenschaftlich-technischen Entwicklungsprozeß erforderlich macht. Wenn auch die Wissenschaft durch die ihr gegebene Freiheit für Forschung und Lehre eine dogmatische und politische Unsicherheit und ein Sich-in-Fragestellen auslöst, so versteht sie sich doch selbst als eine friedliche Institution, der es um Wohlfahrt und Frieden geht. Es scheint bei der Bedeutung der Frage, was Frieden, ja ein möglicher Weltfrieden überhaupt sei, angebracht zu sein, dieses Problem in einem besonderen Bergedorfer Gesprächskreis aufzugreifen.

Zum Schluß danken wir unseren beiden Referenten herzlich für ihre Thesen, die dieses fruchtbare Gespräch auslösten. Wir danken ganz besonders unserem Gesprächsleiter, der als Kenner der Materie dieses Denkprozesses sich so überzeugend um das Gleichgewicht der Argumente mühte.